



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

03 2012

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Migrationshintergrund 2010

Schulen 2011/2012

Steuerstatistik



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Im August 2011 wurden 33 833 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult. Die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger lag damit zwei Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e : Faltblatt Frauen

03 | 2012

STATISTISCHE MONATSFESTE

65. Jahrgang

kurz + aktuell **187**

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Handel ■ Tourismus
Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Bildung ■ Verkehr

Verbraucherpreise **198**

Rheinland-Pfalz in Karten: Geförderte Stromeinspeisung aus
Fotovoltaik 2010 nach Verwaltungsbezirken **199**

Menschen mit Migrationshintergrund 2010 **200**

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und
berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12 **210**

Das Steuerstatistische Gesamtsystem – Teil 2 **227**

Daten zur Konjunktur **235**

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz **263**

Neuerscheinungen **279**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Auftragseingänge der Industrie im Dezember deutlich gesunken – Inlandsbestellungen legten zu

Im Dezember 2011 gingen bei der rheinland-pfälzischen Industrie preisbereinigt sechs Prozent weniger Aufträge ein als ein Jahr zuvor (Deutschland: unverändert). Grund für diesen deutlichen Rückgang waren die Auslandsorder, die um 12,5 Prozent abnahmen (Deutschland: -0,8 Prozent). Die Inlandsbestellungen stiegen um 4,1 Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent).

Die Entwicklung der Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industriegütern verlief in den Branchen uneinheitlich. Die Hersteller von Metall-erzeugnissen verzeichneten gegenüber dem Vorjahresmonat einen überdurchschnittlichen Zuwachs (+24 Prozent). Hier wurde die positive Entwicklung vor allem vom Inlandsgeschäft getragen, das um 38 Prozent zulegte; die Auslandsnachfrage war vergleichsweise verhalten (+2,8 Prozent). Weit weniger starke Impulse kamen von den Wirtschaftszweigen „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+3,2 Prozent) sowie „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (+0,9 Prozent). Deutlich im Minus war im Dezember der Auftragseingang der Pharmaindustrie: Verglichen mit dem Vorjahresmonat ging er real um 29 Prozent zurück. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war vor allem das Auslandsgeschäft, das um 36 Prozent einbrach. Aus dem Inland kamen 9,1 Prozent weniger Aufträge. In der chemischen Industrie sowie der Her-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz			
Indikator	Monatswerte	Veränderung Dezember 2011	
	Dezember 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingänge (real)			
Industrie	92,9	-6,0% ↓	-4,0% ↓
Inland	91,7	4,1% ↑	-5,8% ↓
Ausland	94,0	-12,5% ↓	-2,7% ↓
Chemie	60,3	-14,7% ↓	-11,1% ↓
Fahrzeugbau	97,9	0,9% ↗	11,4% ↑
Maschinenbau	145,1	-6,3% ↓	2,0% ↑
Metallerzeugnisse	105,6	24,3% ↑	-0,4% ↘
Bauhauptgewerbe	109,4	15,5% ↑	-4,9% ↓
Umsätze (real)			
Großhandel	106,5	5,1% ↑	-5,1% ↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	126,2	0,3% ↗	13,5% ↑
Kfz-Handel	88,7	0,6% ↗	-9,0% ↓
Gastgewerbe	92,7	4,2% ↑	8,5% ↑

stellung von Papier, Pappe und Waren daraus nahm die Nachfrage um 15 bzw. 12 Prozent ab, vor allem bedingt durch das stark rückläufige Auslandsgeschäft (-17 bzw. 14 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat November fielen die Auftragseingänge um vier Prozent (Deutschland: -2 Prozent). Die Inlandsorder sanken deutlich um 5,8 Prozent (Deutschland: -9,4 Prozent), während sich die Auslandsnachfrage um 2,7 Prozent abschwächte (Deutschland: +4,2 Prozent). Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

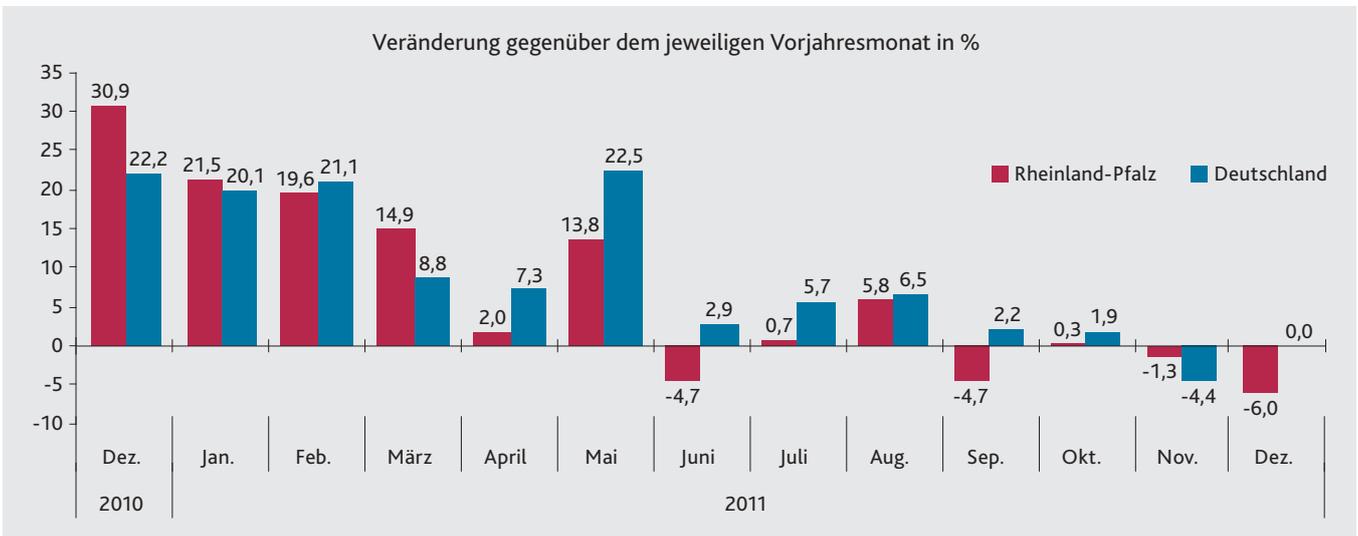
legten die Bestellungen kräftig um elf Prozent zu. Ursächlich hierfür war die überproportionale Zunahme der Auslandsbestellungen (+30 Prozent), während die Inlandbestellungen um 9,8 Prozent sanken. Die Nachfrage im Maschinenbau stieg nur leicht um zwei Prozent, nachdem sie im Vormonat um fast 26 Prozent zugelegt hatte. Hier konnte das rückläufige Auslandsgeschäft (-9,4 Prozent) durch die überdurchschnittliche Zunahme der Inlandsbestellungen (+26 Prozent) kompensiert werden. Teilweise deutlich im Minus waren die übrigen Wirtschaftszweige. Zwei-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



stellige Rückgänge verzeichneten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-16 Prozent) und von Papier, Pappe und Waren daraus (-11,5 Prozent) sowie die chemische Industrie (-11 Prozent). Einen etwas schwächeren Nachfragerückgang gab es bei der Metallerzeugung und -bearbeitung mit -6,7 Prozent.

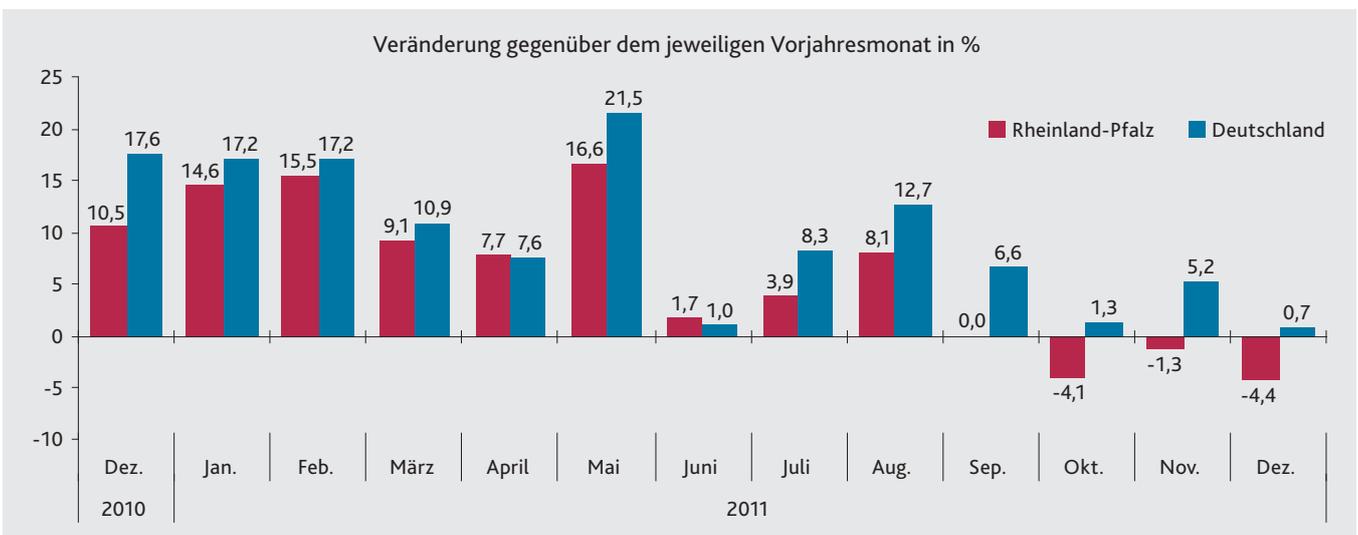
Industrieproduktion 2011 um 5,3 Prozent gestiegen – Dezemberergebnis im Minus

Die rheinland-pfälzische Industrie produzierte im Jahr 2011 mehr als im Jahr zuvor. Die Jahresproduktion legte durchschnittlich um 5,3 Prozent zu. Allerdings vollzog sich der Zuwachs vor allem in der ersten Jahreshälfte; in

den letzten drei Monaten lag die Produktion unter dem Vorjahresniveau.

Im Dezember 2011 stellte das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz preisbereinigt 4,4 Prozent weniger Güter her als ein Jahr zuvor (Deutschland: +0,7 Prozent). Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Vorleistungsgütersektor, dessen

Index der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



Produktionsleistung um 8,4 Prozent zurückging (Deutschland: +2,1 Prozent). Die Erzeugung der Investitionsgüterproduzenten zog demgegenüber im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht an (+3,7 Prozent; Deutschland: +0,1 Prozent).

Starken Einfluss auf den geringeren Output hatten die chemische Industrie sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung. Diese beiden Wirtschaftszweige verringerten ihren Produktionsausstoß deutlich um 17 bzw. 13 Prozent. Einen gedrosselten Güterausstoß verzeichneten auch die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (-9,6 Prozent) sowie der Maschinenbau (-7,6 Prozent). Die Produktion der Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-0,3 Prozent) und von Gummi- und Kunststoffwaren (-0,1 Prozent) lag nahezu auf dem Niveau von Dezember 2010. Die übrigen größeren Branchen weiteten ihre Produktion teils kräftig aus, allen voran die Hersteller von Metallerzeugnissen (+18 Prozent) sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+18 Prozent). Die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Glas, Glaswaren und Keramik verzeichneten moderate Zuwachsraten (+2 bzw. 1,6 Prozent).

Gegenüber November 2011 sank das Produktionsvolumen um 12,1 Prozent (Deutschland: -12 Prozent). Der Rückgang wurde vor allem im Vorleistungsgütersektor verursacht (-18 Prozent; Deutschland: -19 Prozent). Auch die Hersteller von Investitionsgütern mussten ihre Erzeugung zurückfahren (-2,1 Prozent; Deutschland: -7 Prozent).

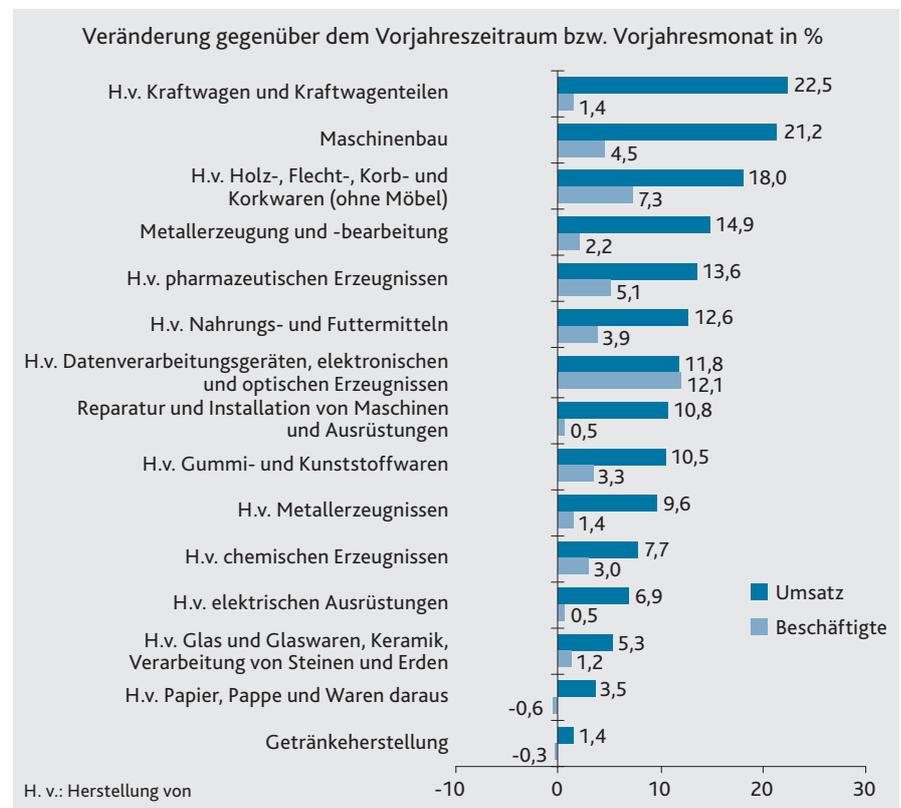
Der Maschinenbau weitete als einziger großer Wirtschaftszweig seine Produktionsleistung gegenüber November 2011 spürbar aus (+6,1 Prozent). In allen anderen größeren Branchen gab es Rückgänge, die in der Metallerzeugung und -bearbeitung am stärksten ausfielen (-30 Prozent). Deutlich zweistellige Einbußen registrierten auch die Hersteller von Glas, Glaswaren und Keramik (-26 Prozent) sowie von Gummi- und Kunststoffwaren (-24 Prozent). Bei den übrigen Branchen nahm der Produktionsausstoß in einer Schwankungsbreite von 4,8 Prozent (Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln bis 17 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus) ab.

Industrie erzielte im Jahr 2011 deutliches Umsatzplus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im vergangenen Jahr Umsätze in Höhe von 83 Milliarden Euro. Das waren 11,3 Prozent mehr als im Jahr 2010 (Deutschland: +10,9 Prozent). Die Inlandserlöse zogen um 9,5 Prozent an (Deutschland: +11 Prozent), die Auslandsumsätze stiegen um 13 Prozent (Deutschland: +11 Prozent). Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) lag damit bei 52,9 Prozent (Deutschland: 46,1 Prozent).

Die rheinland-pfälzische Industrie zählte im Dezember 2011 insgesamt 247 259 Beschäftigte, das waren rund

Umsätze 2011 und Beschäftigte im Dezember 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Dezember 2011	
	Dezember 2011		zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100			
Auftragseingang	109,4	15,5%	↑	-4,9% ↓
Hochbau insgesamt	143,9	37,4%	↑	9,9% ↑
Wohnungsbau	176,8	106,8%	↑	1,5% ↗
gewerblicher Hochbau	155,1	33,7%	↑	8,5% ↑
öffentlicher Hochbau	95,8	-8,6%	↓	33,4% ↑
Tiefbau insgesamt	77,7	-9,1%	↓	-22,7% ↓
gewerblicher Tiefbau	143,3	9,4%	↑	25,3% ↑
öffentlicher Tiefbau	84,8	-24,5%	↓	-22,7% ↓
Straßenbau	53,9	-3,8%	↓	-40,7% ↓
Baugewerblicher Umsatz	167,2	30,9%	↑	-3,9% ↓
Hochbau insgesamt	162,9	36,1%	↑	-0,8% ↘
Wohnungsbau	173,5	63,4%	↑	-0,5% ↘
gewerblicher Hochbau	184,8	39,4%	↑	2,7% ↑
öffentlicher Hochbau	121,3	7,7%	↑	-8,0% ↓
Tiefbau insgesamt	171,4	26,3%	↑	-6,7% ↓
gewerblicher Tiefbau	202,1	30,2%	↑	22,1% ↑
öffentlicher Tiefbau	160,2	-3,7%	↓	10,8% ↑
Straßenbau	168,1	53,1%	↑	-21,7% ↓

6 300 oder 2,6 Prozent mehr als im Dezember 2010 (Deutschland: +3,4 Prozent). Im Jahr 2011 wurden 3,6 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr (Deutschland: +4,1 Prozent).

Die zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen erzielten ausnahmslos Zuwächse. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau stiegen die Umsätze überdurchschnittlich um 22,5 bzw. 21 Prozent. Grund für diese Entwicklung war in beiden Wirtschaftszweigen vor allem das Auslandsgeschäft (+36 bzw. 24 Prozent), während das Umsatzplus im Inland geringer ausfiel (+6,6 bzw. 16 Prozent). Umsatzsteigerungen im zweistelligen Bereich meldeten auch

die Metallerzeugung und -bearbeitung (+15 Prozent), die Pharmaindustrie (+14 Prozent), die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+13 Prozent) sowie von Gummi- und Kunststoffwaren (+10,5 Prozent). Die übrigen Branchen meldeten einstelligen Zuwachsraten.

Den stärksten Beschäftigtenzuwachs gegenüber Dezember 2010 verzeichnete mit 5,1 Prozent die Pharmaindustrie, gefolgt vom Maschinenbau (+4,5 Prozent) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,9 Prozent). Rückgänge von jeweils weniger als einem Prozent gab es in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus sowie in der Getränkeherstellung.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vorjahresvergleich deutlich gestiegen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Dezember 2011 im Vorjahresvergleich um 15,5 Prozent gestiegen. Damit kam es nach dem Plus von 23 Prozent im November auch im Dezember 2011 wieder zu einer deutlichen Verbesserung der Auftragslage. Während die Nachfrage im Hochbau mit 37 Prozent besonders stark anzog, blieb der Tiefbau um 9,1 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es wiederum deutliche Unterschiede. Einen sprunghaften Auftragszuwachs verzeichnete der Wohnungsbau (+107 Prozent). Im gewerblichen Hochbau (+34 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (+9,4 Prozent) wurden ebenfalls mehr Aufträge als im Vorjahr registriert. Den größten Auftragsrückgang hatte wiederum der öffentliche Tiefbau zu verkraften (-24,5 Prozent). Zu Einbußen kam es aber auch im öffentlichen Hochbau (-8,6 Prozent) sowie im Straßenbau (-3,8 Prozent). Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vergleich zum November 2011 verschlechterte sich die Nachfrage nach Bauleistungen um 4,9 Prozent. Die Auftragseingänge im Hochbau zogen deutlich an (+9,9 Prozent), während sie im Tiefbau kräftig nachgaben (-23 Prozent). Der öffentliche Hochbau (+33 Prozent) sowie der

gewerbliche Tiefbau (+25 Prozent) schlossen mit Verbesserungen im zweistelligen Bereich. Zuwächse wurden zudem im gewerblichen Hochbau (+8,5 Prozent) sowie im Wohnungsbau (+1,5 Prozent) registriert. Starke Auftragsrückgänge meldeten der Straßenbau (-41 Prozent) sowie der öffentliche Tiefbau (-23 Prozent).

Im Vergleich zum Dezember 2010 stieg der baugewerbliche Umsatz um 31 Prozent auf rund 316 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze sogar um 36 Prozent auf knapp 153 Millionen Euro. Der Tiefbau verzeichnete ein Umsatzplus von 26 Prozent auf fast 164 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es im Wohnungsbau (+63 Prozent) den stärksten Zuwachs. Außerdem meldeten der Straßenbau (+53 Prozent), der gewerbliche Hochbau (+39 Prozent) sowie der gewerbliche Tiefbau (+30 Prozent) kräftige Verbesserungen. Zu Umsatzeinbußen kam es dagegen lediglich im öffentlichen Tiefbau (-3,7 Prozent).

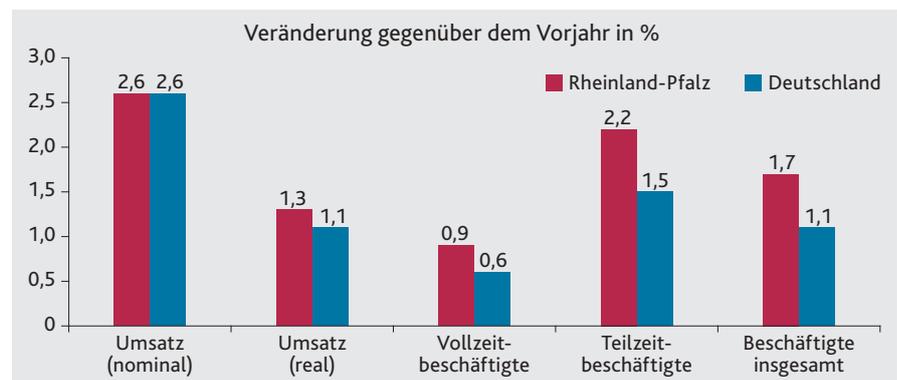
Gegenüber dem Vormonat sank der baugewerbliche Umsatz um 3,9 Prozent. Im Hochbau kam es im Dezember 2011 zu einer leichten Verschlechterung um 0,8 Prozent. Im Tiefbau war ein Rückgang um 6,7 Prozent zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Umsatzeinbußen gab es insbesondere im Straßenbau (-22 Prozent) sowie im öffentlichen Hochbau (-8 Prozent). Dagegen konnten der gewerbliche Tiefbau (+22 Prozent) sowie der öffentliche Tiefbau (+11 Prozent) ihre Umsätze gegenüber dem Vormonatsergebnis deutlich verbessern.

Positive Umsatzentwicklung im Einzelhandel

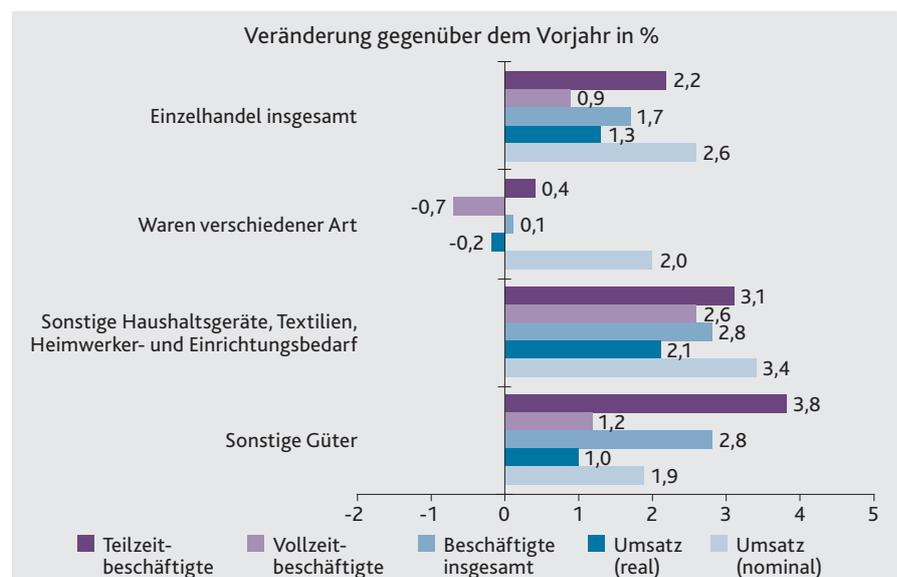
Der rheinland-pfälzische Einzelhandel erzielte 2011 mehr Umsatz als im Jahr zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 2,6 Prozent über dem Vorjahreswert (Deutschland: ebenfalls +2,6 Prozent). Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, stiegen die Umsätze um 1,3 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent).

Der Umsatz im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, stieg im Vergleich zum Vorjahr nominal um zwei Prozent, ging real jedoch um 0,2 Prozent zurück. Im Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren erhöhte sich der Umsatz nominal um 7,3 Prozent, real um 5,5 Prozent. Der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kom-

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2011



Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2011 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



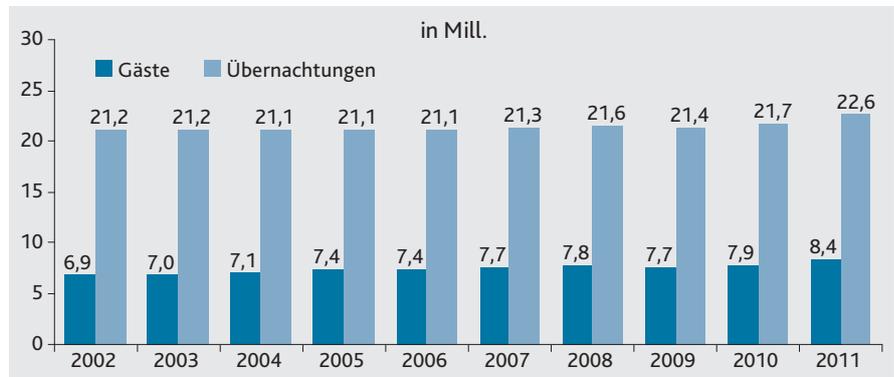
munikationstechnik verzeichnete im Jahr 2011 nur ein leichtes nominales Umsatzwachstum von 0,7 Prozent. Dass der Anstieg real mit +7,7 Prozent deutlich stärker ausfiel, ist auf den anhaltenden Preisverfall in diesem Segment zurückzuführen. Im „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ erhöhten sich die Umsätze nominal um 3,4 Prozent und real um 2,1 Prozent. Das stärkste Wachstum erreichte der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (nominal +9,6 Prozent, real +8,2 Prozent). Im „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen u. a. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, stieg der Umsatz nominal um 1,9 Prozent und real um ein Prozent.

Die positive Umsatzentwicklung wirkte sich auch auf die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel aus. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag im Jahr 2011 um 1,7 Prozent höher als im Jahr 2010. Während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,2 Prozent zunahm, stieg die Zahl der Vollzeitkräfte um 0,9 Prozent.

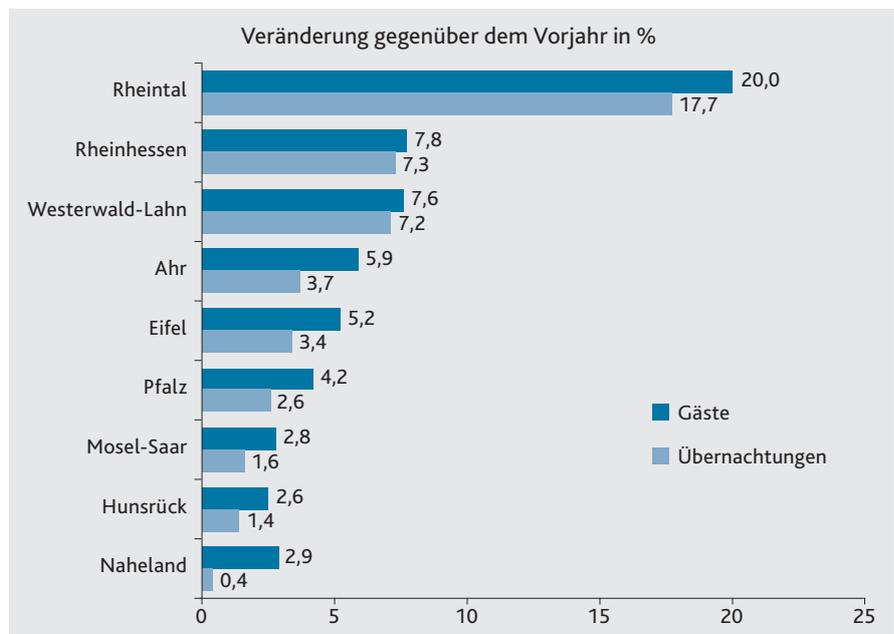
Tourismus im Jahr 2011 mit Gäste- und Übernachtungsrekord

Der rheinland-pfälzische Tourismus verzeichnete im abgelaufenen Jahr 2011 Rekordergebnisse. Nahezu 8,4 Millionen Übernachtungsgäste besuchten das Land, das waren 6,3 Prozent mehr als im Jahr 2010 und so viele wie noch nie seit der Landes-

Gäste und Übernachtungen 2002–2011



Gäste und Übernachtungen 2011 nach Tourismusregionen



gründung. Die Zahl der Übernachtungen stieg gegenüber dem Jahr 2010 um 4,2 Prozent auf über 22,6 Millionen. Die bisherige Rekordmarke aus dem Jahr 2000 wurde um fast 185 000 Übernachtungen überboten.

Das mit Abstand stärkste Gäste- und Übernachtungsplus verzeichneten die Beherbergungsbetriebe im Rheintal (Gästekünfte: +20 Prozent, Über-

nachtungen: +18 Prozent). Dies dürfte in erster Linie auf die Bundesgartenschau in Koblenz zurückzuführen sein, die von April bis Oktober zahlreiche Gäste in die Region lockte. In den übrigen Tourismusregionen waren die Gäste- und Übernachtungszahlen ebenfalls höher als im Jahr 2010.

Am stärksten profitierten die Hotels von der positiven Tourismusedwick-

lung. Aber auch die übrigen Betriebsarten konnten eine Zunahme der Gästezahlen verzeichnen. Lediglich beim Übernachtungsaufkommen mussten die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken einen leichten Rückgang verbuchen.

Mehr als 6,5 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz im Jahr 2011. Das waren 7,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste um 5,6 Prozent auf fast 17,6 Millionen. Bei den ausländischen Gästen (1,8 Millionen, +1,6 Prozent) und deren Übernachtungen (fünf Millionen, -0,1 Prozent) verlief die Entwicklung im Jahr 2011 nicht ganz so gut.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer mit Abstand die größte Gruppe, gefolgt von Gästen aus Belgien und den USA. Von diesen drei Gästegruppen verzeichneten lediglich die Belgierinnen und Belgier eine Zunahme der Übernachtungszahlen um 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Während die Übernachtungen der Gäste aus den Niederlanden und den USA zurückgingen, gab es bei zahlreichen kleineren Gästegruppen zum Teil deutliche Zuwächse.

Landwirtschaftliche Betriebe werden immer größer

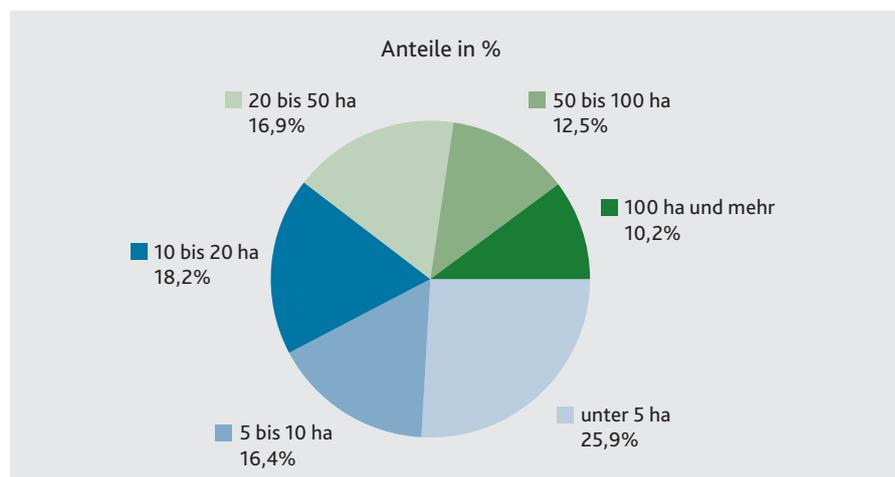
Der Rückgang der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße setzte sich auch im

Jahr 2011 fort. Im März 2011 gab es in Rheinland-Pfalz 20 000 landwirtschaftlichen Betriebe, das waren 600 bzw. drei Prozent weniger ein Jahr zuvor. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ging leicht um 2 000 Hektar auf 703 000 Hektar zurück. Dadurch stieg die landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb innerhalb eines Jahres um einen auf 35 Hektar.

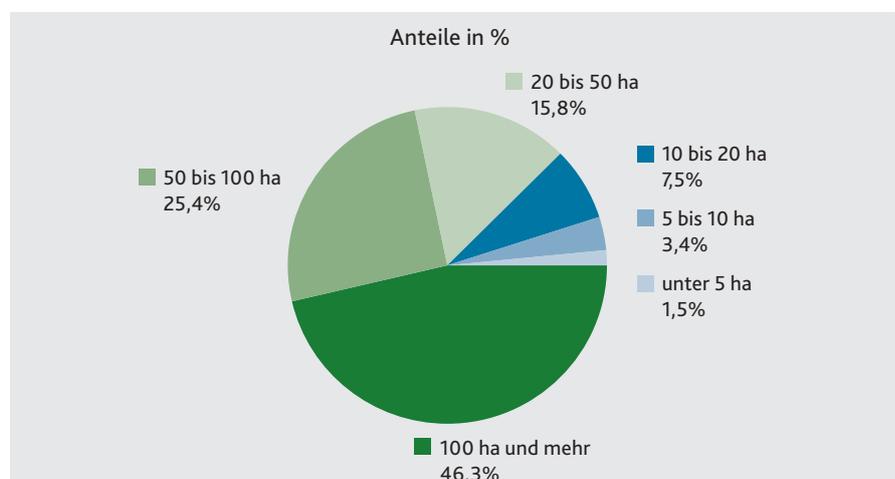
Gut ein Viertel der Betriebe (5 200) bewirtschaften weniger als fünf

Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Zurückzuführen ist die starke Besetzung dieser Größenklasse vor allem auf die kleinbetrieblichen Strukturen im Weinbau. Wein- und Obstbaubetriebe verfügen im Allgemeinen aufgrund der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit über eine kleinere Flächenausstattung als z. B. Getreideerzeuger. Mit 10 900 Hektar bewirtschaften die Betriebe unter fünf Hektar nur 1,5 Prozent der

Landwirtschaftliche Betriebe 2011 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe 2011 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

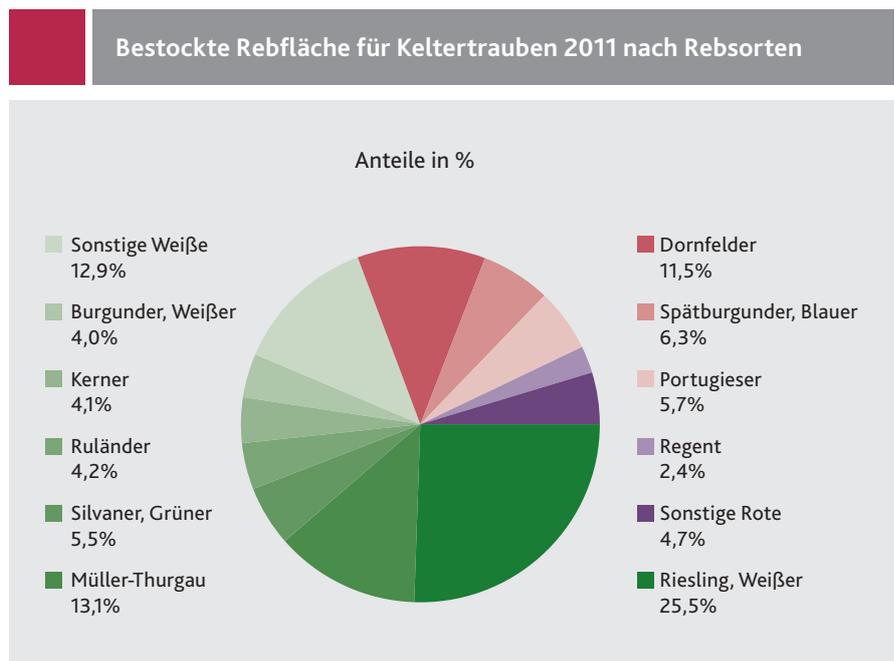


gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Demgegenüber bewirtschafteten die gut 2 100 Betriebe mit mindestens 100 Hektar (zehn Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe) mehr als 46 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Bundesweit gab es im März 2011 noch 293 900 landwirtschaftliche Betriebe, das waren 1,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Insgesamt betrug die landwirtschaftlich genutzte Fläche 16,7 Millionen Hektar, so dass ein durchschnittlicher Betrieb in Deutschland auf 57 Hektar kam. Fast zwölf Prozent der Betriebe bewirtschafteten 100 und mehr Hektar. Der Anteil der Betriebe mit weniger als fünf Hektar lag bei unter zehn Prozent.

Müller-Thurgau verlor über ein Viertel an Rebfläche – Dornfelder legte deutlich zu

Das Rebsortenspektrum in Rheinland-Pfalz hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich gewandelt. Die größte Bedeutung kam hierbei dem in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu beobachtenden Trend zum Anbau von roten Rebsorten zu. Während die mit roten Sorten bestockte Rebfläche zwischen den Jahren 2001 und 2011 um 32 Prozent auf 19 573 Hektar zunahm, reduzierte sich die mit weißen Sorten bepflanzte Fläche um fast 13 Prozent auf 44 237 Hektar. Insgesamt ging die Rebfläche in diesem Zeitraum um 2,5 Prozent auf 63 810 Hektar zurück. Etwa zur Mitte des Jahrzehnts stoppte jedoch die Ausdehnung der mit Rotwein



bestockten Flächen. Seither sind die Anteile von weißen und roten Rebsorten mit knapp 70 bzw. gut 30 Prozent nahezu unverändert.

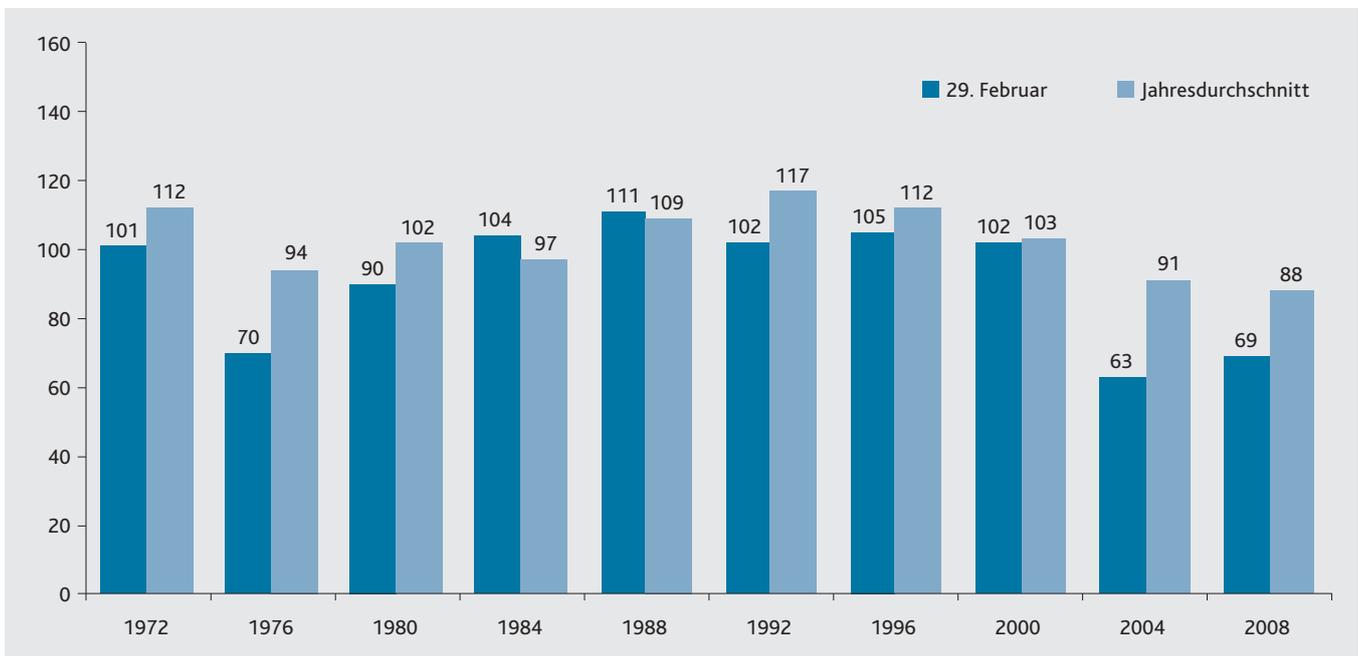
Im Zehn-Jahres-Vergleich wurden die Flächen fast aller roten Rebsorten ausgeweitet, am stärksten die des Dornfelders. Er wuchs 2011 auf 7 365 Hektar, das waren 2 288 Hektar mehr als vor zehn Jahren. Die Spätburgunderfläche wurde um 953 auf 4 003 Hektar ausgedehnt. Nahezu vervierfacht hat sich die Fläche, auf der die Rebsorte Regent angebaut wird. Sie stieg von 408 auf 1 561 Hektar. Deutlich an Bedeutung verlor dagegen Portugieser. Sein Anbauareal schrumpfte um 1 007 auf 3 646 Hektar.

Deutliche Flächenreduzierungen von jeweils mehr als 1 000 Hektar waren zwischen 2001 und 2011 für fünf weiße Rebsorten zu verzeichnen. Die Rebfläche des Müller-Thurgau schrumpfte um 3 223 auf 8 339

Hektar (–28 Prozent). Die für den Anbau von Kerner genutzte Fläche reduzierte sich um fast die Hälfte auf 2 637 Hektar. Auch Scheurebe, Silvaner und Bacchus wuchsen auf deutlich kleineren Flächen als noch vor zehn Jahren. Demgegenüber wurden die Anbauflächen von Riesling, Ruländer und Weißburgunder um jeweils mehr als 1 000 Hektar ausgedehnt. Riesling baute damit seine Spitzenposition weiter aus. Im Jahr 2011 waren mit Riesling-Reben 16 297 Hektar und damit ein Viertel der gesamten Anbaufläche bestockt.

Auf Gemeindeebene verfügte Landau in der Pfalz mit 2 053 Hektar über die größte bestockte Rebfläche. Landau ist damit zugleich die größte Weinbaugemeinde Deutschlands, vor Neustadt an der Weinstraße (2 019 Hektar). Mit deutlichem Abstand folgt die Stadt Worms (1 538 Hektar) auf Rang drei.

Geborene am 29. Februar sowie im täglichen Durchschnitt 1972–2008



69 Schaltjahreskinder feiern erstmals „richtig“ Geburtstag

Am 29. Februar 2012 das erste Mal „richtig“ Geburtstag feiern – dieses Schicksal teilen in Rheinland-Pfalz 69 „Schaltjahreskinder“, die vor vier Jahren geboren wurden. Ihren „zweiten“ – oder achten – Geburtstag haben 63 Kinder, die am 29. Februar 2004 zur Welt kamen. Zum „dritten“ – oder zwölften – Mal begehen 102 Kinder ihren Ehrentag, die am Schalttag des Jahres 2000 das Licht der Welt erblickten.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 kamen täglich 88 Kinder zur Welt. Die Zahl der Geburten am 29. Februar, der auf einen Freitag fiel, lag mit 69 deutlich unter dem Jahresdurchschnitt und auch unter dem Durchschnitt aller Freitage dieses Jahres. Die Entwicklung der zurückliegenden

zehn Schaltjahre zeigt dagegen keine gravierenden Abweichungen vom jeweiligen Jahresdurchschnitt. Lediglich in den Jahren 1976 und 2004 gab es auffallend wenige Geburten am 29. Februar, weil der Schalttag auf einen Sonntag fiel.

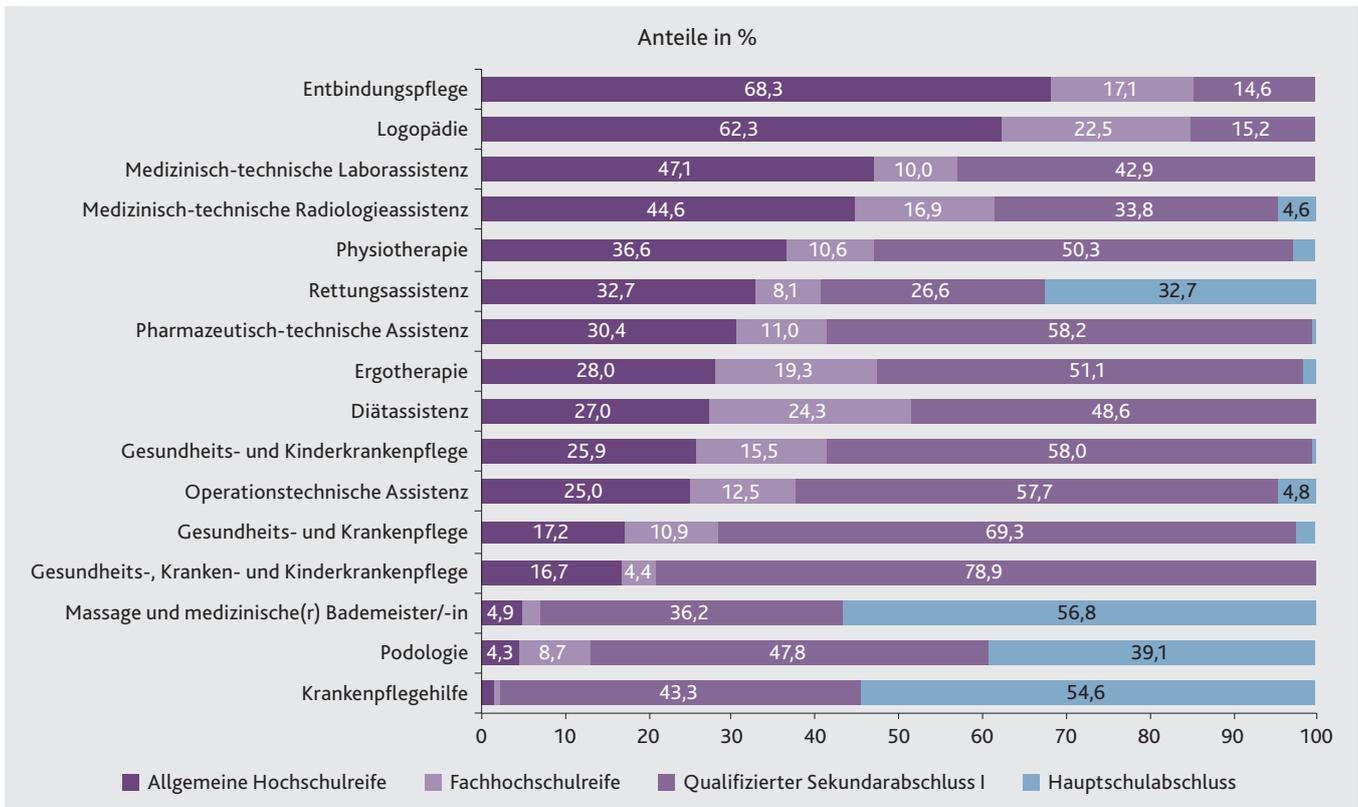
Es gibt vergleichsweise wenige „Sonntagskinder“. Der Tag der Geburt wird offenbar nicht zwingend ausschließlich von biologischen Faktoren beeinflusst. Immer mehr Kinder werden durch einen Kaiserschnitt auf die Welt geholt, so dass Geburtstermine in einem gewissen Rahmen planbar sind und nicht unbedingt auf einen Sonntag fallen müssen. Während früher derartige operative Eingriffe nur im Ausnahmefall erfolgten, lag der Anteil in den 90er-Jahren bei rund 18 Prozent und erreicht inzwischen knapp ein Drittel.

Gesundheitsfachberufe für Abiturientinnen und Abiturienten attraktiv

Nichtakademische Ausbildungsgänge in Gesundheitsberufen sind für junge Menschen mit hoher Schulbildung attraktiv. Von den aktuell rund 7 500 Auszubildenden verfügen fast 38 Prozent über die Fachhochschulreife oder das Abitur, 56 Prozent haben einen qualifizierten Sekundarabschluss I („Mittlere Reife“). Die EU-Kommission hatte jüngst mit dem Vorschlag, europaweit die Hochschulreife für die Ausbildung in Pflegeberufen vorauszusetzen, für eine kontroverse Diskussion in Deutschland gesorgt.

Relativ stark vertreten sind Schülerinnen und Schüler mit Hochschulreife mit jeweils rund 85 Prozent in den Ausbildungsgängen Entbindungspflege (Ausbildung zur Heb-

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2011/12 nach Bildungsgängen und schulischer Vorbildung



amme) und Logopädie. Demgegenüber dominiert insbesondere bei den Auszubildenden im Bildungsgang Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege die mittlere Reife (79 Prozent). Jugendliche mit Hauptschulabschluss stellen die Mehrheit in den Bildungsgängen Massage und medizinischer Bademeisterin bzw. Bademeister (57 Prozent) sowie in der Krankenpflegehilfe (55 Prozent).

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens ist zum Schuljahr 2011/12 insgesamt leicht gesunken. Derzeit absolvieren in diesen Einrichtungen 5 832 Frauen und 1 697 Männer eine Ausbildung in einem nichtakademi-

schen Gesundheitsfachberuf. Das sind 58 Personen weniger als im vorangegangenen Schuljahr 2010/11.

In der Zeit von Anfang Oktober 2010 bis Ende September 2011 bestanden 2 049 Personen die Abschlussprüfung in einem der Gesundheitsfachberufe. Das sind 8,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Erfolgsquote lag bei gut 85 Prozent.

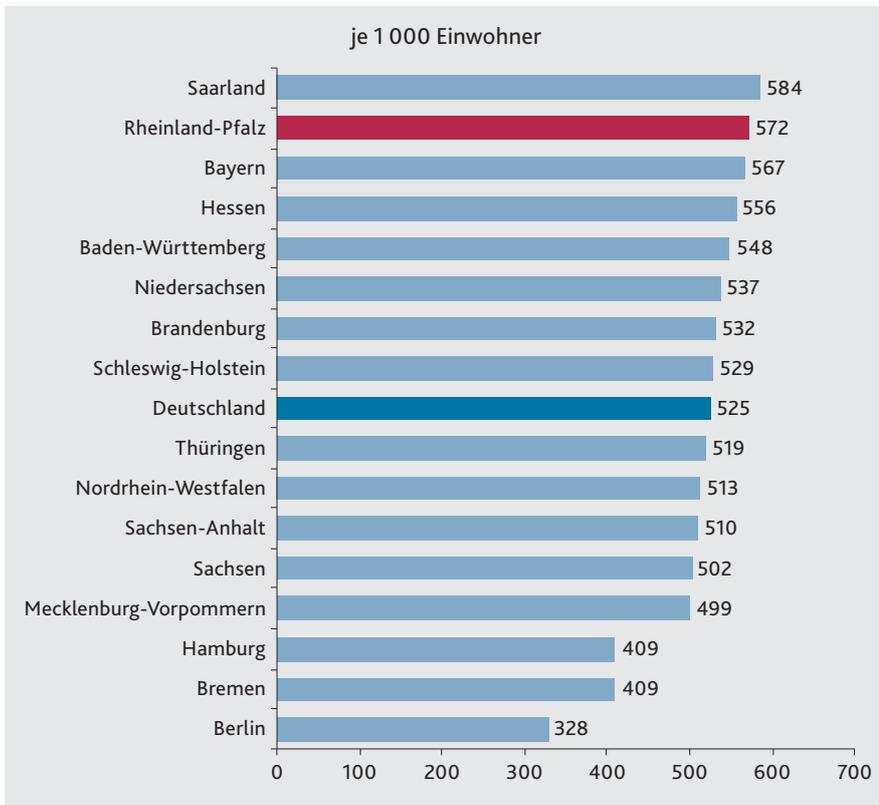
Bestand an Kraftfahrzeugen gestiegen

In Rheinland-Pfalz waren am 1. Januar 2012 rund 2,8 Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen. Die Zahl der Fahrzeuge erhöhte sich binnen Jahresfrist um 1,6 Prozent.

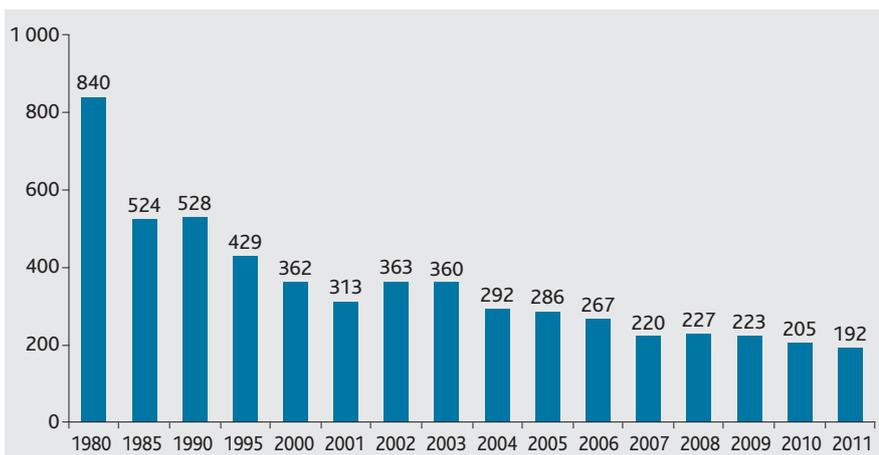
Bei den Personenkraftwagen, der größten Fahrzeuggruppe, stieg der Bestand um 1,5 Prozent auf 2,3 Millionen. Die Zahl der Lastkraftwagen lag um 3,7 Prozent höher als vor einem Jahr. Um jeweils 1,8 Prozent erhöhte sich der Bestand an Kraft-rädern sowie an land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen.

Auf 1 000 Einwohner kamen zu Beginn des Jahres 572 Personenkraftwagen. Damit lag Rheinland-Pfalz hinter dem Saarland (584 Pkw je 1 000 Einwohner) an zweiter Stelle, gefolgt von Bayern (567) und Hessen (556). Bundesweit waren im Januar 2012 mehr als 51,7 Millionen Fahrzeuge zugelassen, 1,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

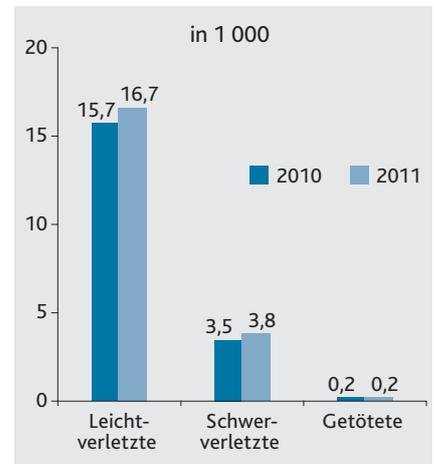
Personenkraftwagen am 1. Januar 2012 nach Ländern



Todesopfer durch Straßenverkehrsunfälle 1980–2011



Verunglückte im Straßenverkehr 2010 und 2011



Zahl der Verkehrstoten im dritten Jahr in Folge rückläufig

Im Jahr 2011 starben in Rheinland-Pfalz 192 Menschen bei Verkehrsunfällen. Auf Basis vorläufiger Berechnungen sank die Zahl der Todesopfer damit im dritten Jahr in Folge und unterschritt erstmals die Marke von 200.

Gegenüber dem Jahr 2010 reduzierte sich die Zahl der Getöteten um 13. Die Zahl der Schwerverletzten stieg dagegen um zehn Prozent auf 3 840 an. Leicht verletzt wurden 16 673 Unfallbeteiligte, das waren 6,2 Prozent mehr als im Jahr 2010.

Insgesamt registrierten die Polizeidienststellen auf rheinland-pfälzischen Straßen 132 080 Verkehrsunfälle, das waren 0,6 Prozent mehr als im Jahr 2010.

Verbraucherpreise im Februar 2012

Die Inflationsrate für Rheinland-Pfalz stieg im Februar auf 2,5 Prozent. Nach einem leichten Rückgang im Januar zog sie damit wieder spürbar an.

Für den Anstieg waren besonders die Preise fossiler Energien für Haushalt und Verkehr verantwortlich. Gas war 9,8 Prozent, Heizöl sogar um 18 Prozent teurer als noch im Februar 2011. Die Preise für Zentralheizung und Fernwärme stiegen um elf Prozent, Kraftstoffe verteuerten sich um 7,8 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich um 3,4 Prozent. Hierzu hat insbesondere der Preisauftrieb bei Fleisch und Fleischwaren (+6,5 Prozent) sowie bei Fisch und Fischwaren (+7 Prozent) beigetragen. Auch Molkereiprodukte und Eier (+3,3 Prozent) sowie Speisefette und -öle (+6,5 Prozent) wurden deutlich teurer.

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher günstiger verlief hingegen die Entwicklung bei Obst (-2,2 Prozent) und Gemüse (-1,4 Prozent). So gaben die Preise für Weintrauben um 15 Prozent, die Preise für Birnen sogar um 25 Prozent nach. Kopf- oder Eisbergsalat war 10 Prozent günstiger als im Vorjahresmonat.

Im Vergleich zum Januar 2012 stiegen die Verbraucherpreise um 0,7 Prozent. Dies ist unter anderem auf saisonbedingte Einflüsse zurückzuführen. So waren Pauschalreisen um 9,4 Prozent teurer, Mieten für Ferienwohnungen und -häuser erhöhten sich um 9,3 Prozent. Auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+1 Prozent) sowie für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+0,8 Prozent) sind überdurchschnittlich gestiegen.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2012

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2011 in %



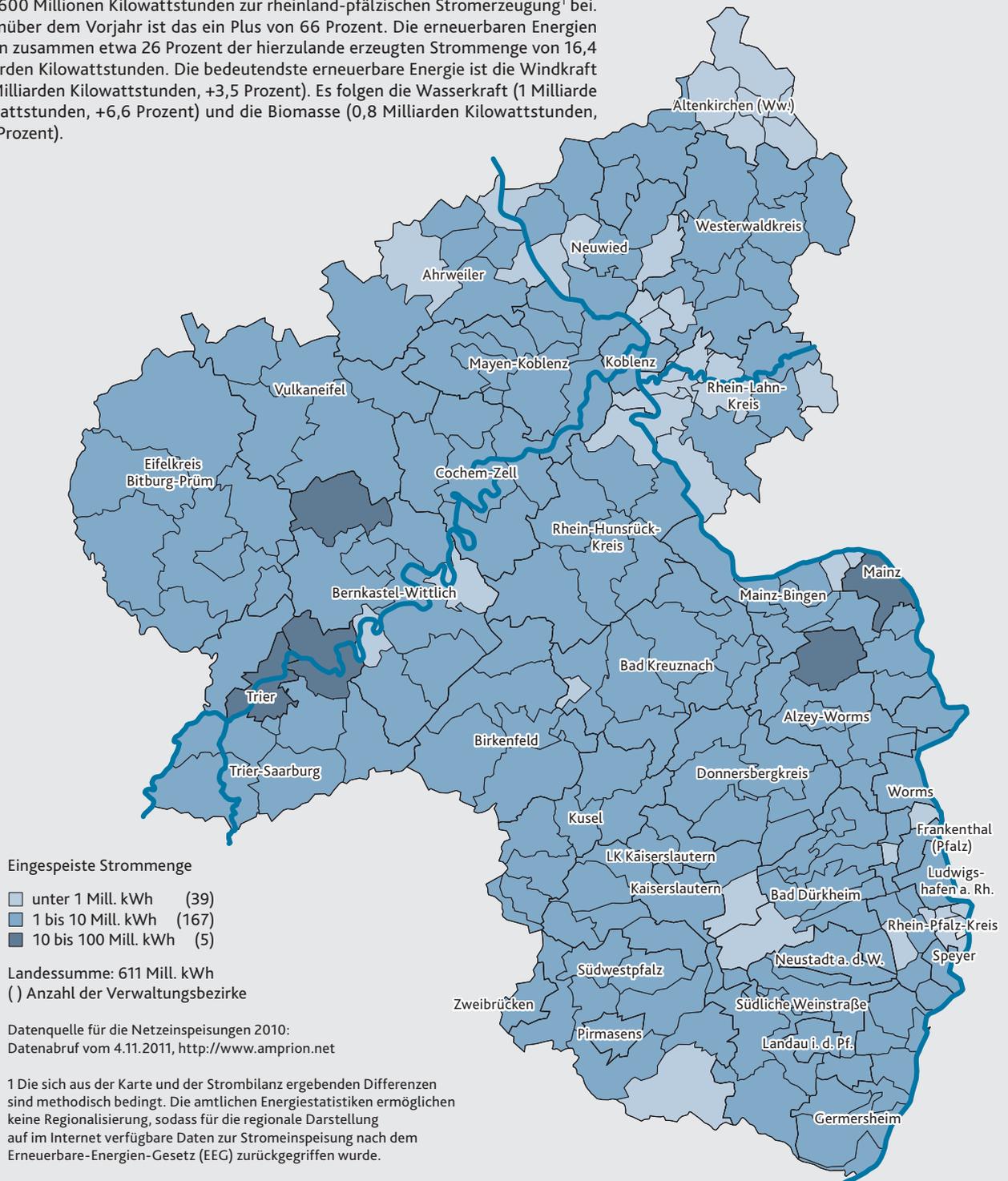
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Geförderte Stromeinspeisung aus Fotovoltaik 2010 nach Verwaltungsbezirken

Fotovoltaik mit stärkstem Zuwachs

Die Fotovoltaik trug im Jahr 2010 nach einer vorläufigen Berechnung für die Strombilanz rund 600 Millionen Kilowattstunden zur rheinland-pfälzischen Stromerzeugung¹ bei. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Plus von 66 Prozent. Die erneuerbaren Energien stellen zusammen etwa 26 Prozent der hierzulande erzeugten Strommenge von 16,4 Milliarden Kilowattstunden. Die bedeutendste erneuerbare Energie ist die Windkraft (1,7 Milliarden Kilowattstunden, +3,5 Prozent). Es folgen die Wasserkraft (1 Milliarde Kilowattstunden, +6,6 Prozent) und die Biomasse (0,8 Milliarden Kilowattstunden, +0,5 Prozent).



Menschen mit Migrationshintergrund 2010

Fast ein Fünftel der Bevölkerung hat Migrationshintergrund



Von Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2010 wiesen 19 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf. Das waren gut 747 000 Personen. Sie sind entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten. Menschen mit Migrationshintergrund haben häufig eine geringere schulische bzw. berufliche Qualifikation als die übrige Bevölkerung und sind in geringerem Maße am Erwerbsleben beteiligt. Mit fast 27 Prozent war die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2010 mehr als doppelt so hoch wie in der übrigen Bevölkerung.

Mikrozensus als Datengrundlage

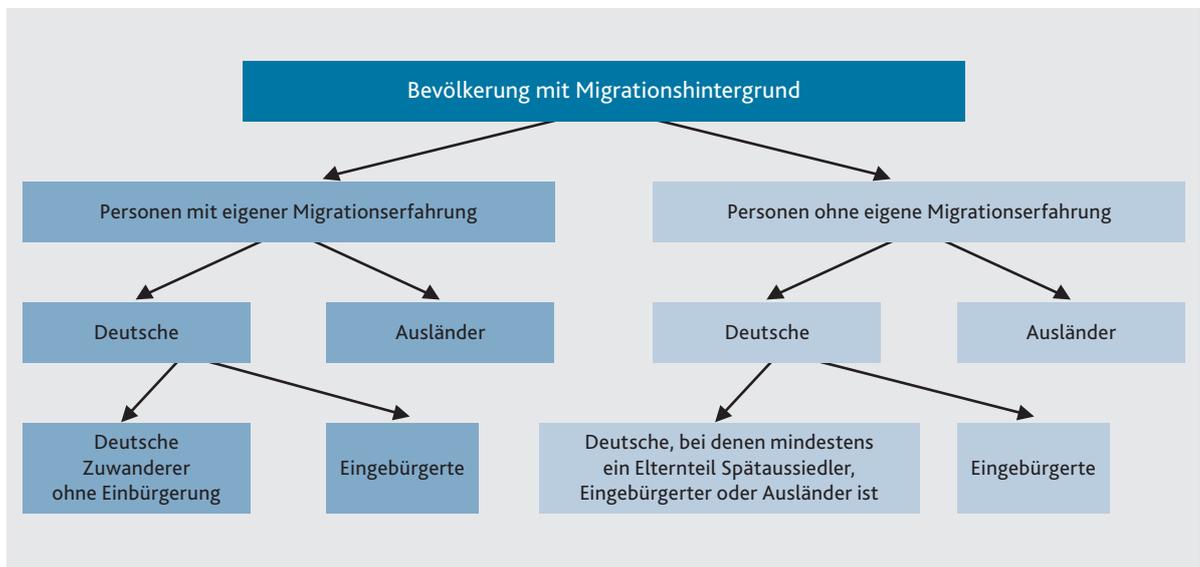
Bis vor wenigen Jahren konnten Untersuchungen zum Thema „Migrationshintergrund“ in weiten Teilen nur auf dem „Ausländerkonzept“ aufsetzen. Dadurch war die Zuweisung eines Migrationshintergrundes lediglich über das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ möglich. Eine Analyse nur auf der Grundlage des „Ausländerkonzepts“ kann aber nur unvollständige Ergebnisse liefern. So werden z. B. eingebürgerte Personen in der Statistik nur noch als Deutsche erfasst, obwohl sie nach herrschender Meinung einen Migrationshintergrund haben oder sogar über eigene Migrationserfahrung verfügen. Nach einer Änderung im Mikrozensusgesetz wurden für den Zeitraum 2005

bis 2012 auch Fragen in die Erhebung aufgenommen, die Aufschluss über die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund geben und darüber hinaus weitere Auswertungen ermöglichen.

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Zu der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören also sowohl Personen mit eigener Migrationserfahrung, als auch Personen, die keine eigene Migrationserfahrung haben. Der detaillierte Migrationsstatus gibt an, zu welcher Gruppe eine Person gehört.¹

Migrationshintergrund schließt die Migrationserfahrung von Vorfahren begrifflich mit ein

¹ Der vorliegende Fachbeitrag befasst sich ausschließlich mit den Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne. Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne“ umfasst zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus. Sie werden hier nicht berücksichtigt.



Fast jede bzw. jeder Fünfte hat Migrationshintergrund

Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz knapp unter Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2010 lebten in den rheinland-pfälzischen Privathaushalten gut vier Millionen Menschen. Von diesen hatten rund 747 000 einen Migrationshintergrund; das waren 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Fast jede bzw. jeder Fünfte in Rheinland-Pfalz ist also entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder Nachfahre von Einwanderern.

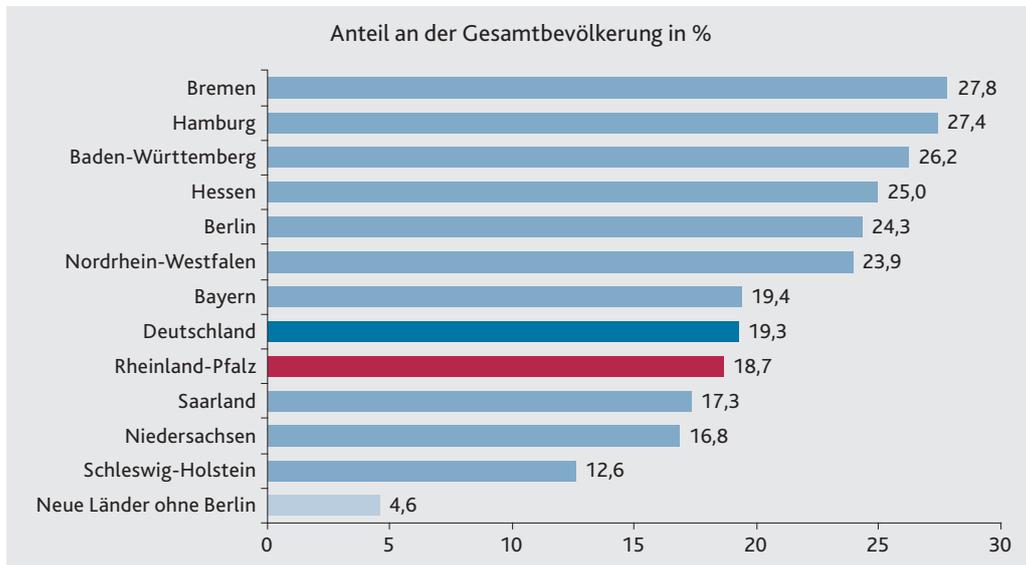
Damit lag der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz knapp unter dem Bundesdurchschnitt von gut 19 Prozent. Mit fast 28 Prozent bzw. mehr als 27 Prozent wiesen Bremen und Hamburg die höchsten Anteile auf, in Schleswig-Holstein war der Anteil mit 13 Prozent unter den alten Bundesländern am niedrigsten.

Hinsichtlich des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich in Deutschland ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. So lag im Jahr 2010 in den

neuen Bundesländern der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei 4,6 Prozent und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Grund hierfür dürfte zum einen sein, dass in der Zeit vor der „Wende“ nur wenige Ausländerinnen und Ausländer in die DDR eingewandert sind. Zum anderen zogen auch nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nur relativ wenige Ausländerinnen und Ausländer in die neuen Bundesländer. Das hatte vor allem ökonomische Gründe.

Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Rheinland-Pfalz leben, setzte sich 2010 aus 441 000 Personen mit deutscher (elf Prozent der Gesamtbevölkerung) und 307 000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (7,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) zusammen.

G 1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2010 nach Ländern


Über eigene Migrationserfahrung verfügten 13 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, d. h., in Rheinland-Pfalz lebten im Jahr 2010 rund 506 000 Menschen, die in der Vergangenheit aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert sind. In diesem Personenkreis überwiegen die Deutschen (6,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) leicht gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern (6 Prozent der Gesamtbevölkerung). In der Gruppe der nicht Zugewanderten, also der Personen

mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung, haben die Deutschen mit 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung ebenfalls den größeren Anteil gegenüber Ausländerinnen und Ausländern mit 1,7 Prozent. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund dürfte es sich zum überwiegenden Teil um sogenannte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Nachkommen handeln, die vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kamen.

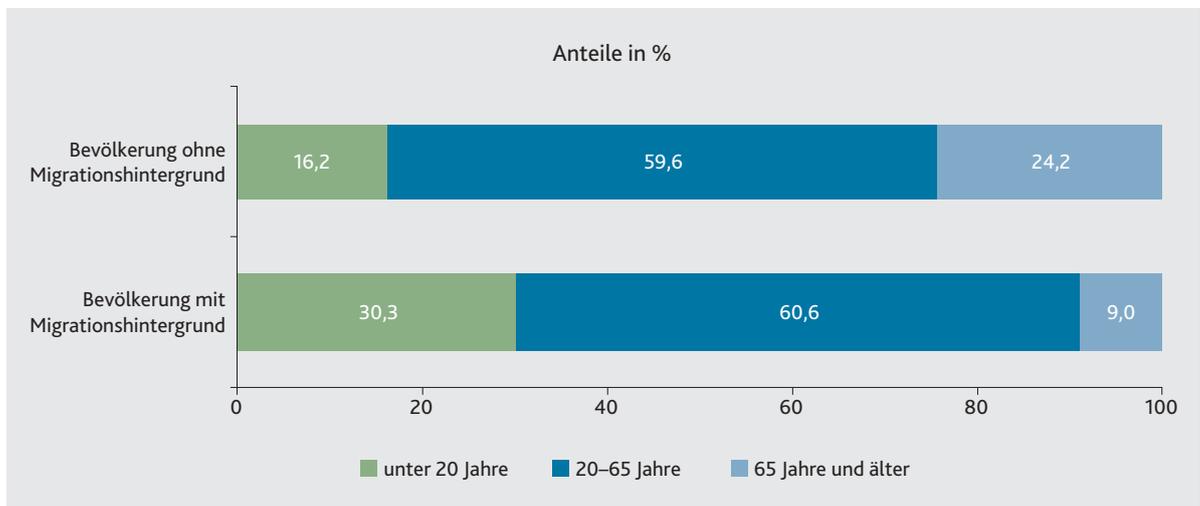
T 1 Bevölkerung 2010 nach detailliertem Migrationsstatus

Bevölkerungsgruppe	Bevölkerung	
	1 000	Anteil in %
Menschen ohne Migrationshintergrund	3 258	81,3
Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne ¹	747	18,7
Zugewanderte (Menschen mit eigener Migrationserfahrung)	506	12,6
Ausländer mit eigener Migrationserfahrung	239	6,0
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	267	6,7
Nicht Zugewanderte (Menschen ohne eigene Migrationserfahrung)	242	6,0
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	68	1,7
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	174	4,3
Insgesamt	4 005	100

¹ In Abgrenzung hierzu umfasst die Bevölkerungsgruppe „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne“ zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmbarem Migrationsstatus.

G 2

Bevölkerung 2010 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen



Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat niedrigeres Durchschnittsalter

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erheblich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund waren 2010 im Durchschnitt 34 Jahre, diejenigen ohne Migrationshintergrund rund 46 Jahre alt.

Deutlich höherer Anteil an jüngeren Menschen

Die Altersstruktur der beiden Bevölkerungsgruppen zeigt, dass bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der Jüngeren deutlich höher war als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Gut 30 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren jünger als 20 Jahre, während der entsprechende Anteil in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur rund 16 Prozent betrug. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren mit neun Prozent deutlich geringer als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund

(24 Prozent). Die Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren unterschieden sich hingegen kaum.

Vor allem bei Merkmalen wie Bildung und Erwerbstätigkeit, die im Folgenden dargestellt werden, ist das Alter eine wichtige Determinante. Dabei erschweren stark unterschiedliche Altersstrukturen Vergleiche zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Altersspezifische Anteilswerte bzw. Quoten konnten im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht berücksichtigt werden.

15 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss

Bei der Erhebung im Jahr 2010 gaben 15 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen Schulabschluss zu besitzen.² In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil der Personen ohne Schulabschluss dagegen auf lediglich 2,6 Prozent. Über einen Haupt- oder Volksschulabschluss verfügten knapp 36 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund und knapp 50 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund.

² Bezugsgröße ist hier die Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter ohne Personen, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden. Gleiches gilt für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

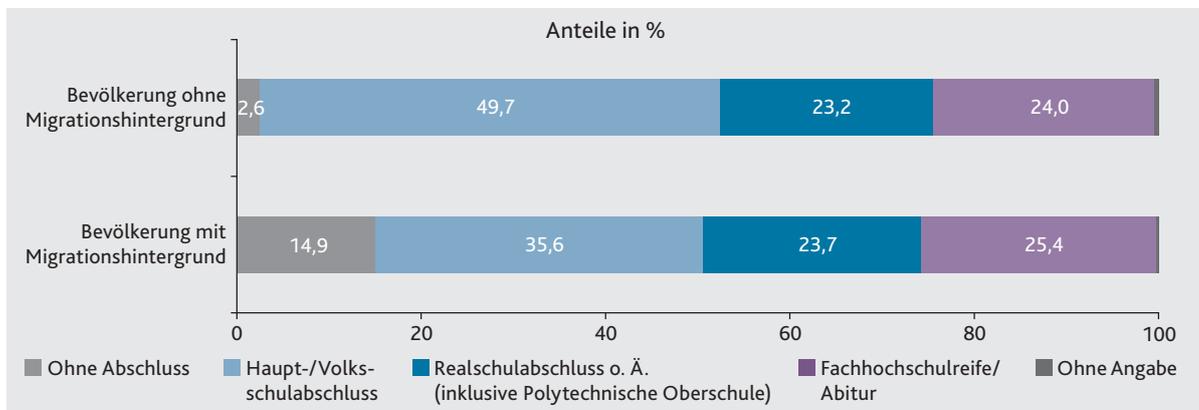
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2012 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 3

Bevölkerung 2010 nach Migrationshintergrund und höchstem schulischen Abschluss



Kaum Unterschiede bei mittlerer und höherer Schulbildung

Im Bereich der mittleren und höheren Schulbildung zeigten sich kaum Unterschiede: Die mittlere Reife erreichten gut 23 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund und knapp 24 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund. Einen höheren Bildungsabschluss konnten 24 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund und gut 25 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund vorweisen.

Gut 45 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss

Berufliche Bildung wichtig für Integrationserfolg

Ein wesentliches Kriterium für die Integration junger Menschen in das Berufsleben und den Arbeitsmarkt ist neben der schulischen auch die berufliche Ausbildung. Die Überwindung der sogenannten ersten Schwelle des Arbeitsmarktes, d. h. der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung, ist von großer Bedeutung für die künftigen beruflichen Chancen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus können Menschen mit Migrationshintergrund weitaus seltener einen Berufsabschluss

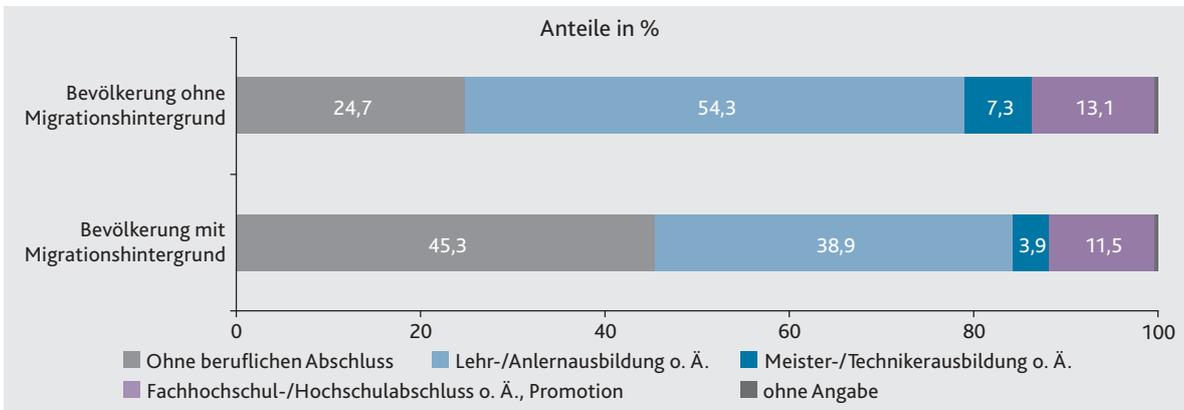
vorweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Bei der Befragung 2010 gaben gut 45 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen beruflichen Abschluss zu besitzen.³ Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund betrug dieser Anteil dagegen nur knapp 25 Prozent. Eine Lehr- bzw. Anlernausbildung haben 39 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund absolviert, wohingegen 54 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund erfolgreich eine Lehre oder Ähnliches abgeschlossen haben. Auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die eine Meister- bzw. Techniker Ausbildung absolviert oder einen Fachschulabschluss erworben haben, ist deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Ähnlich wie bei den Schulabschlüssen zeigten sich bei den höheren Abschlüssen (Fachhochschul-/ Hochschulabschluss bzw. Promotion) nur geringe Unterschiede: 11,5 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und gut 13 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund besaßen einen solchen Abschluss. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die schulischen und beruflichen Abschlüsse von Menschen mit Migrati-

³ Bezugsgröße ist hier die Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter ohne Personen, die sich noch in Berufsausbildung befinden. Gleiches gilt für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

G 4

Bevölkerung 2010 nach Migrationshintergrund und höchstem beruflichen Abschluss



hintergrund teilweise bereits im Herkunftsland erworben wurden und damit auf dem deutschen Arbeitsmarkt tendenziell weniger gefragt sind.

Menschen mit Migrationshintergrund seltener erwerbstätig

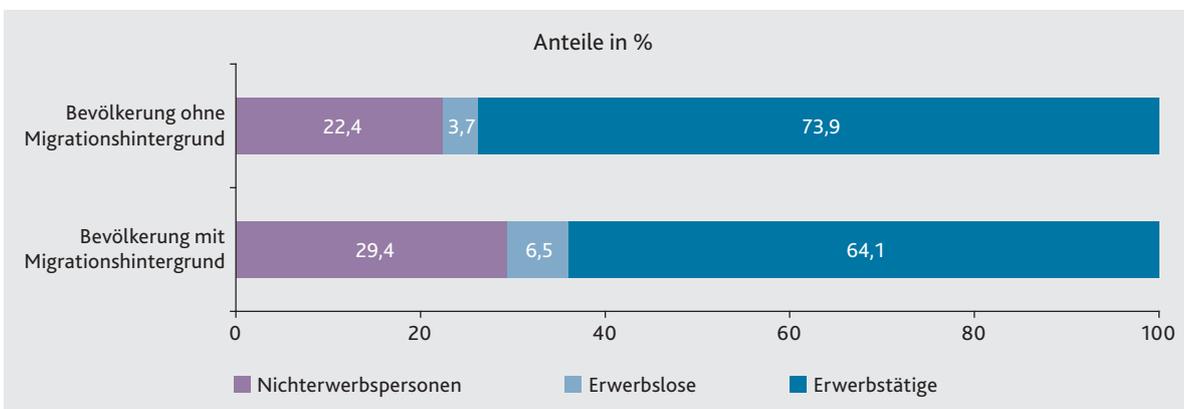
Von den gut vier Millionen Menschen, die im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz wohnten, waren 2,03 Millionen – also etwas mehr als die Hälfte – Erwerbspersonen. Davon waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1,9 Millionen erwerbstätig und 111 300 erwerbslos.

Menschen mit Migrationshintergrund sind aufgrund der nach wie vor bestehenden

Disparitäten bei den erreichten Schul- und Ausbildungsabschlüssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zum Teil erheblich benachteiligt. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen einer Anstellung. Geringqualifizierte stellen dagegen seit längerem die Hauptproblemgruppe am Arbeitsmarkt in Deutschland dar. Vor dem Hintergrund des sinkenden Bedarfs an gering qualifizierten Arbeitskräften wird sich deren Situation weiter verschlechtern. Weil sich unter den Geringqualifizierten überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden, sind diese von der Entwicklung auch stärker betroffen.

G 5

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2010 nach Migrationshintergrund und Beteiligung am Erwerbsleben



Unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt spiegeln sich in unterschiedlichen Erwerbslosenanteilen wider

Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 2010 häufiger erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund (6,5 Prozent gegenüber 3,7 Prozent).

Auch der Anteil der Nichterwerbspersonen war bei den 15- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund mit gut 29 Prozent deutlich höher als in der gleichen Altersgruppe ohne Migrationshintergrund (22 Prozent). Entsprechend lag die Erwerbstätigenquote der Menschen ohne Migrationshintergrund zwischen 15 und 65 Jahren in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 bei knapp 74 Prozent und damit deutlich über der Erwerbstätigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund gleichen Alters (64 Prozent).

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig

Die soziale und wirtschaftliche Lage wird maßgeblich von der beruflichen Situation bestimmt, welche wiederum in starkem Maße von der Qualifikation abhängig ist. Auch die Stellung im Beruf wird im Wesentlichen von der Qualifikation bestimmt. Dem Mikrozensus 2010 ist zu entnehmen, dass Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell andere berufliche Positionen bekleiden als Personen ohne Migrationshintergrund.

Ein Großteil der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren ohne Migrationshintergrund, nämlich knapp 62 Prozent, arbeitete 2010 als Angestellte. Rund 20 Prozent waren als Arbeiterinnen und Arbeiter und 7,6 Prozent

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Erwerbslose

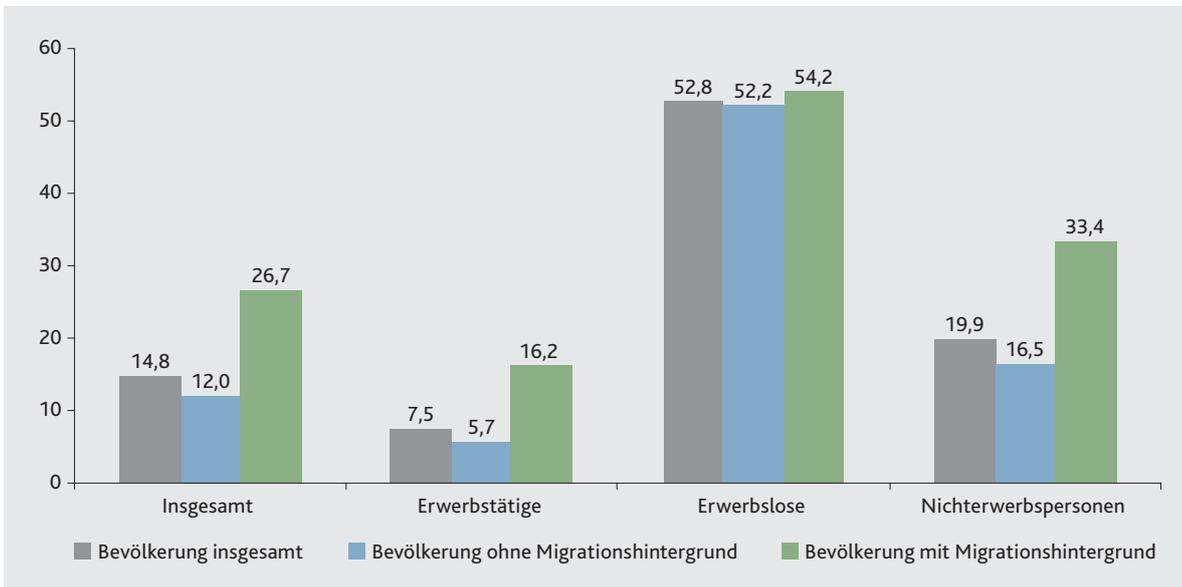
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und z. Z. nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

G 6

Armutsgefährdungsquoten 2010 nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung



als Beamtinnen und Beamte tätig. Jede(r) Zehnte dieser Bevölkerungsgruppe ging einer selbstständigen Tätigkeit nach, 0,5 Prozent waren mithelfende Familienangehörige. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren dagegen deutlich häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig (40 Prozent) als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund. Der höhere Arbeiteranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beruht hauptsächlich auf der geringeren Qualifikation, die ein Großteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund aufweist.

Vor allem Angestellte (49 Prozent), aber auch Selbstständige (8,4 Prozent) waren in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vergleichsweise seltener vertreten.

In geringerem Umfang waren Erwerbstätige mit Migrationshintergrund als mithelfende Familienangehörige oder als Beamte beschäftigt. Letzteres dürfte mit den gesetzlichen Zugangsbeschränkungen zu Beamtenpositionen zusammenhängen, für die in

der Regel zumindest eine EU-Staatsangehörigkeit gefordert ist.

Armutsgefährdung

Das im Durchschnitt geringere berufliche Ausbildungsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund führt nicht nur zu geringeren Arbeitsmarktchancen, es hat auch ein geringeres Einkommen bzw. eine höhere Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zur Folge.

Im Ergebnis weisen Personen mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko auf. Mit einer Armutsgefährdungsquote von fast 27 Prozent lag der Wert mehr als doppelt so hoch wie bei den Personen ohne

Gut jede(r) Vierte mit Migrationshintergrund gilt als armutsgefährdet

Armutsgefährdungsquote

Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt.

Migrationshintergrund (zwölf Prozent). Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung lag 2010 bei knapp 15 Prozent.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren deutlich häufiger als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund lag 2010 bei rund 16 Prozent. Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund wiesen demgegenüber eine Armutsgefährdungsquote von 5,7 Prozent auf. Von den Nichterwerbspersonen mit Migrationshintergrund galt sogar jeder Dritte als armutsgefährdet. Von den Nichterwerbspersonen ohne Migrationshintergrund traf dies hingegen nur auf jeden Sechsten zu. In besonderem Maße armutsgefährdet waren Erwerbslose, unabhängig davon, ob es sich um Erwerbslose mit oder ohne Migrationshintergrund handelt.

Fazit

Migration und Integration sind für unsere Gesellschaft in hohem Maße bedeutsam. Im statistischen Vergleich wird deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Qualifikation ungünstiger abschneiden und weniger Erfolg am Arbeitsmarkt haben. Dies wirkt sich offenbar auch auf die Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund aus. Sie sind deutlich stärker armutsgefährdet als die übrige Bevölkerung. Dies trifft auch dann zu, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), ist Referentin im Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12

Neue Fachoberschulen starten mit 463 Schülerinnen und Schülern



Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landesspezifischen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten stellen eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen dar. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit acht Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler insgesamt sinkt um fast zwei Prozent

Im aktuellen Schuljahr 2011/12 besuchen 442 320 Schülerinnen und Schüler die 1 554 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind 8 688 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (-1,9 Prozent).

Das Schuljahr 2011/12 ist damit bereits das achte in Folge, in dem sinkende Gesamtschülerzahlen zu verzeichnen sind. Die Ursache hierfür liegt in dem demografischen Wandel und dem damit einhergehenden Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den seit Jahren konstant niedrigen Geburtenzahlen, die nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer besetzten Elternjahrgänge zurückzuführen sind.

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) ein Rückgang bereits seit Ende der 90er-Jahre festzustellen ist, sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. In der Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13) sind erstmals im aktuellen Schuljahr leicht sinkende Schülerzahlen aufgetreten. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung. Zum anderen werden die Schülerzahlen in dieser Schulstufe auch durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie durch individuelle Bildungsentscheidungen bestimmt.

Steigende Schülerzahlen in der Sekundarstufe II

T 1

Schüler an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2011/12 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schul- und Förderschulkindergärten ¹	485	-59	-10,8	162	33,4	323	66,6	.	.
Grundschulen	141 410	-4 283	-2,9	68 452	48,4	72 958	51,6	26 581	18,8
Hauptschulen	5 210	-4 193	-44,6	2 264	43,5	2 946	56,5	889	17,1
Realschulen	10 350	-5 329	-34,0	6 249	60,4	4 101	39,6	556	5,4
Realschulen plus	93 036	4 855	5,5	42 212	45,4	50 824	54,6	14 730	15,8
Gymnasien	138 070	-812	-0,6	73 622	53,3	64 448	46,7	7 964	5,8
Integrierte Gesamtschulen	35 754	1 418	4,1	17 185	48,1	18 569	51,9	4 238	11,9
Freie Waldorfschulen	2 455	21	0,9	1 252	51,0	1 203	49,0	51	2,1
Kollegs und Abendgymnasien	727	-30	-4,0	327	45,0	400	55,0	44	6,1
Förderschulen	14 823	-276	-1,8	5 429	36,6	9 394	63,4	1 911	12,9
Insgesamt	442 320	-8 688	-1,9	217 154	49,1	225 166	50,9	56 964	12,9

¹ Daten zum Migrationshintergrund werden an Schul- und Förderschulkindergärten nicht erhoben.

Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen bremst den Schülerrückgang in der Oberstufe.

Deutlich weniger Einschulungen

Im August 2011 wurden 33 833 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.¹ Die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger lag um zwei Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Damit setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende demografisch bedingte Rückgang der Einschulungszahlen fort.

Der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen sank zum Schuljahr 2011/12 auf 4,3 Prozent (-0,6 Prozentpunkte). Demgegenüber wurden 91 Prozent der Kinder regulär eingeschult (+1 Prozentpunkt). Insgesamt 4,9 Prozent der Einschulungen an Grundschulen erfolgten vorzeitig (-0,4 Prozentpunkte).

Fast fünf Prozent aller Einschulungen vorzeitig

Schon bei der Einschulung zeigen sich Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. So lag, ähnlich wie in den Vorjahren, der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund über dem Durchschnitt (sechs Prozent). Vergleichsweise gering fiel bei diesen Kindern der Anteil der vorzeitigen Einschulungen (3,5 Prozent) aus.

Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult

Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

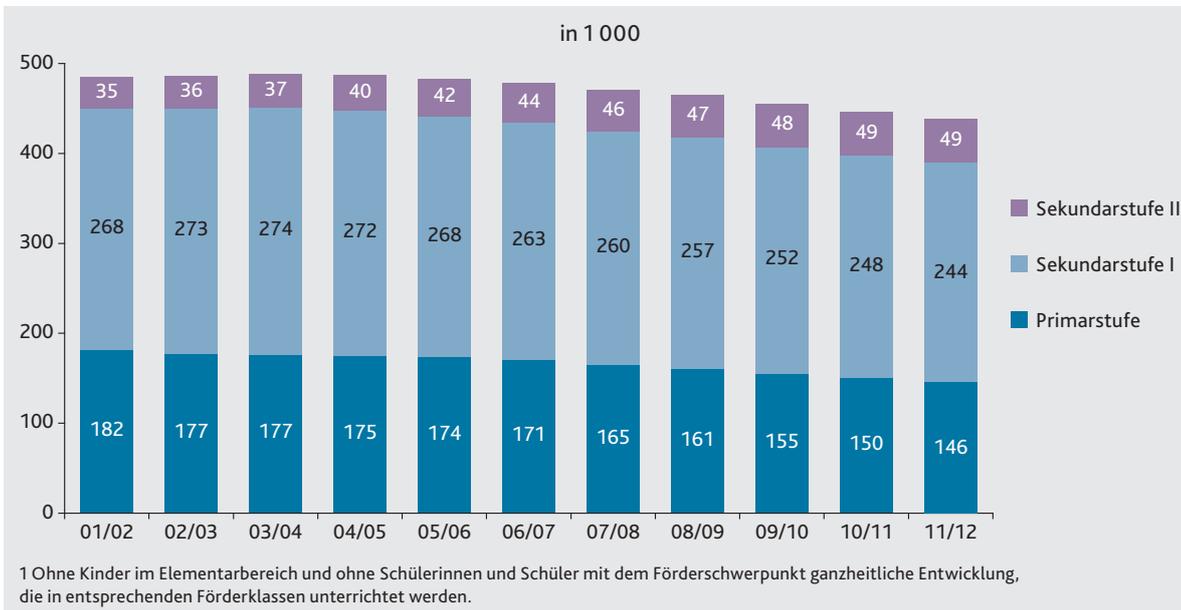
- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland,
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

Sozioökonomische Charakteristika der Familie, wie etwa das Bildungsniveau, der berufliche Status oder die finanzielle Situation der Eltern werden im Rahmen der amtlichen Schulstatistik nicht erhoben.

¹ Einschließlich wiederholte Einschulungen.

G 1

Schülerinnen und Schüler¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2001/02–2011/12 nach Schulstufen



Wie die folgenden Ausführungen zeigen, ziehen sich diese Unterschiede durch die gesamte weitere schulische Laufbahn. Insbesondere Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, weisen höhere Nichtversetztenquoten auf, wechseln seltener auf ein Gymnasium und erlangen seltener die Hochschulreife.

Ähnliches gilt, wenn auch in geringerem Maße, für Jungen. Auch sie werden häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult und durchlaufen das schulische Bildungssystem im Durchschnitt etwas weniger erfolgreich als ihre Mitschülerinnen. Ein anhaltender Rückgang ist bei den Schul- und Förderschulkindergärten zu verzeichnen

T 2

Schulanfängerinnen und Schulanfänger 2001–2011 nach Einschulungsart und Schulart

Einschulungs-jahr	Ins-gesamt	Grundschulen							Freie Waldorf-schulen	Förder-schulen
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹			
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
2001	42 273	41 241	1 822	4,4	36 822	89,3	2 597	6,3	160	872
2002	42 537	41 520	2 160	5,2	36 819	88,7	2 541	6,1	164	853
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094
2010	34 541	33 391	1 758	5,3	30 001	89,8	1 632	4,9	166	984
2011	33 833	32 723	1 588	4,9	29 716	90,8	1 419	4,3	158	952

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

T 3

Schulanfänger an Grundschulen 2011 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	29 716	90,8	14 459	90,8	15 257	90,8	5 559	90,5
Verspätet ¹	1 419	4,3	504	3,2	915	5,4	368	6,0
Vorzeitig	1 588	4,9	964	6,1	624	3,7	217	3,5
Insgesamt	32 723	100	15 927	100	16 796	100	6 144	100

¹ Einschließlich wiederholt Einschulte.

Weniger Kinder besuchen einen Schul- oder Förderschulkinder- garten

(–11 Prozent). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schulbesuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schul- und Förderschulkinder- gärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

Weniger Grundschülerinnen und -schüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Derzeit besuchen 145 569 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das sind drei Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Daten der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes lassen auch zukünftig auf rückläufige Schülerzahlen schließen.

Mehr als 97 Prozent der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernen an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen bzw. mit Realschulen plus geführt. Zum Schuljahr 2011/12 sank die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler auf 141 410 (–2,9 Prozent). Ebenfalls abgenommen hat die Schülerzahl in der Primarstufe an Förderschulen. Nahezu unverändert blieb sie an Freien Waldorfschulen.

Neue Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse der Hauptschulabschluss (Berufsunreife) und nach dem erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Seit dem Jahr 2009 kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. Mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ wurde zum Schuljahr 2009/10 die neue Schulart der Realschule plus eingeführt, die bereits im Einführungsjahr an die Stelle der bisherigen Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen trat und bis zum Schuljahr 2013/14 schrittweise die noch existierenden Haupt- und Realschulen ablösen soll.

Die Neuordnung der Schullandschaft erfolgte zum einen als Reaktion auf den Akzeptanzverlust der Hauptschulen. Zum

T 4

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2011/12 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	14 378	39,3	7 278	41,2	7 100	37,5	754	21,9
Integrierte Gesamtschulen	6 124	16,7	2 874	16,3	3 250	17,2	678	19,7
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	3 213	8,8	1 586	9,0	1 627	8,6	191	5,5
Realschulen plus	11 292	30,9	5 070	28,7	6 222	32,9	1 730	50,2
Realschulen	1 012	2,8	633	3,6	379	2,0	39	1,1
Hauptschulen	341	0,9	145	0,8	196	1,0	32	0,9
Freie Waldorfschulen	16	0,0	10	0,1	6	0,0	0	0,0
Förderschulen	219	0,6	89	0,5	130	0,7	22	0,6
Insgesamt	36 595	100	17 685	100	18 910	100	3 446	100

¹ Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2011/12.

Fachoberschulen an Realschulen plus führen nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife

anderem soll sie dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde zum Schuljahr 2011/12 die Möglichkeit geschaffen, der Realschule plus – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – eine Fachoberschule anzugliedern. Dieser berufsbildende Bildungsgang führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife, der Studienberechtigung für die Fachhochschule. Die Ausbildung an der Fachoberschule umfasst neben dem schulischen Unterricht auch einen fachpraktischen Teil: So absolvieren die Schülerinnen und Schüler in ihrem ersten Schuljahr an jeweils drei Tagen der Woche ein berufliches Praktikum. Zurzeit ist an zwölf Realschulen plus auch eine Fachoberschule angeschlossen.

Gymnasien weiterhin beliebteste Schulart

39,3 Prozent der Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium

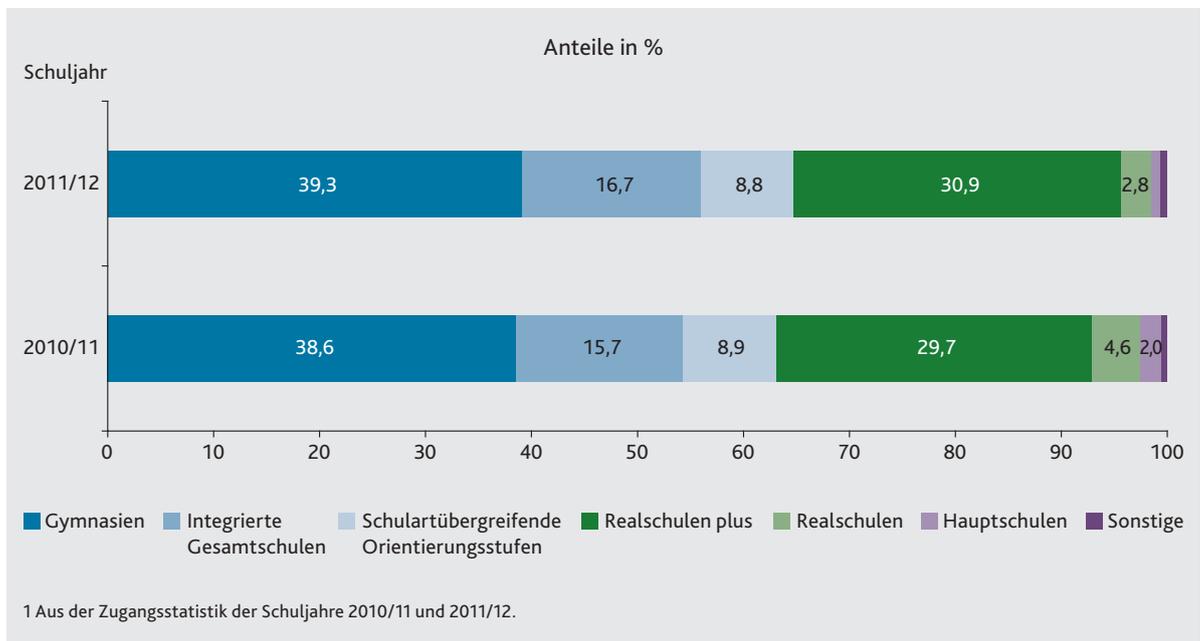
Zum Schuljahr 2011/12 wechselten 36 595 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Knapp vier von zehn setzen ihre Schullaufbahn an einem Gymnasium fort (39 Prozent). Damit ist das Gymnasium auch im Schuljahr

2011/12 die beliebteste Schulart. Fast jedes dritte Kind wechselte in die fünfte Klassenstufe einer Realschule plus (31 Prozent). Der Anteil der Realschulen plus wuchs damit im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte. Ebenfalls leichte Zuwächse verzeichnen die 54 Integrierten Gesamtschulen. Sie nahmen 17 Prozent der Grundschulabsolventinnen und -absolventen auf (+1 Prozentpunkt). Nahezu unverändert blieben die Anteile der Grundschülerinnen und -schüler, die in die schulartübergreifende Orientierungsstufe (8,8 Prozent) oder auf Freie Waldorfschulen und Förderschulen (zusammen 0,6 Prozent) wechselten. Lediglich noch 3,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler begannen den neuen Bildungsabschnitt an den bis zum Jahr 2013 auslaufenden Haupt- und Realschulen (-2,9 Prozentpunkte).

Schullaufbahneempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Kinder zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Ihnen werden, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Diese Empfehlung ist nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

G 2

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen der Schuljahre 2010/11 und 2011/12

Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf Gymnasien

Kinder mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrem Übergangsverhalten auch im Jahr 2011 von dem der Gesamtschülerschaft. So wechselten sie deutlich häufiger auf eine Realschule plus (50 Prozent) und sehr viel seltener auf ein Gymnasium (22 Prozent).

Weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I

Derzeit besuchen 243 663 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Innerhalb der letzten zehn Jahre gab es deutliche Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerschaft auf die einzelnen Schularten. Diese sind zum einen durch die Schulstrukturreform des Jahres 2009 bedingt. Sie sind zudem das Ergebnis einer steigenden Präferenz für jene Schulen, die zum Abitur führen. Von dieser Entwicklung profitierten insbesondere Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.

Die strukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I werden deutlich anhand der Verteilung der Schülerschaft in der achten Klassenstufe. So besuchen im laufenden Schuljahr 2010/11 bereits 41 Prozent aller Achtklässler eine Realschule plus. Vor einem Jahr lag dieser Anteil bei 37 Prozent. Lediglich noch 6,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler werden an einer Haupt- oder Realschule unterrichtet (-4,1 Prozentpunkte). Fast 49 Prozent und damit etwa die Hälfte der Achtklässler besucht ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule (+0,4 Prozentpunkte).

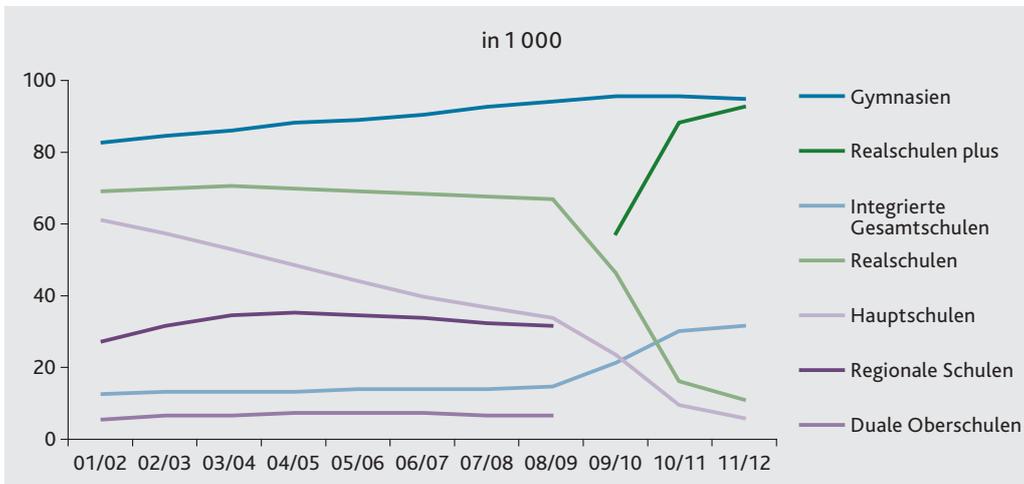
Bei Kindern mit Migrationshintergrund lassen sich die bereits beim Übergangsverhalten zu beobachtenden Unterschiede bezüglich der Schulwahl auch in der achten Klassenstufe feststellen. Sie besuchen im Vergleich zur Gesamtschülerschaft überdurchschnittlich häufig eine Realschule plus (58,4 Prozent) und relativ selten ein Gymnasium (16,5 Prozent).

Fast 41 Prozent aller Achtklässler besuchen eine Realschule plus

Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

G 3

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in den Schuljahren 2001/02–2011/12 nach ausgewählten Schularten



Integrierte Gesamtschulen gewinnen auch im Sekundarbereich II an Bedeutung

Weniger Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe

Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 2011/12 besuchen insgesamt 47 396 Schülerinnen und Schüler die gymnasiale Oberstufe (Mainzer Studienstufe) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule. Das sind 0,1 Prozent

weniger als im Vorjahr. Weitere 1 192 werden an einer Freien Waldorfschule, einem Kolleg oder Abendgymnasium unterrichtet.

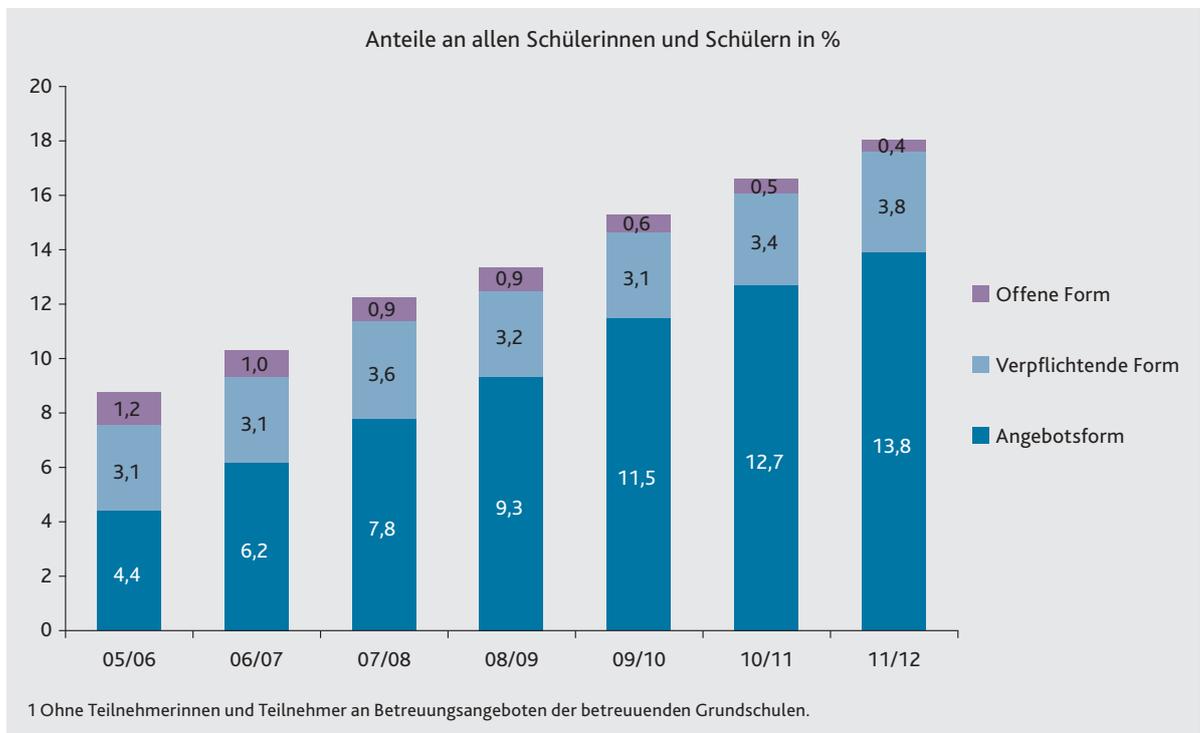
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei 8,8 Prozent. Wie auch in den Vorjahren ist die Mehrheit der Jugendlichen in der gymnasialen Oberstufe weiblich (55,2 Prozent). Deutlich unterrepräsentiert sind noch immer Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil beträgt derzeit 6,6 Prozent.

T 5

Schüler der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2011/12 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund		Zum Vergleich Schuljahr 2010/11	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anteil in %
Gymnasien	15 999	36,2	8 570	39,9	7 429	32,7	830	16,5	17 036	37,5
Integrierte Gesamtschulen	5 473	12,4	2 583	12,0	2 890	12,7	709	14,1	4 850	10,7
Realschulen plus	17 994	40,7	8 071	37,6	9 923	43,7	2 935	58,4	16 839	37,1
Realschulen	1 832	4,1	1 091	5,1	741	3,3	111	2,2	2 817	6,2
Hauptschulen	1 165	2,6	506	2,4	659	2,9	222	4,4	2 123	4,7
Förderschulen	1 502	3,4	540	2,5	962	4,2	216	4,3	1 510	3,3
Freie Waldorfschulen	219	0,5	129	0,6	90	0,4	4	0,1	210	0,5
Insgesamt	44 184	100	21 490	100	22 694	100	5 027	100	45 385	100

G 4

Ganztagsschülerinnen und -schüler¹ in den Schuljahren 2005/06–2011/12 nach Angebotsart

Gut 79 000 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

Ganztagsangebote sollen auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

Im Jahr 2001 startete die rheinland-pfälzische Landesregierung ein Ganztagsschulprogramm mit dem Ziel, die Ganztagsbetreuung auszubauen. Hintergrund hierfür war das Bestreben, die Bildung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft besser fördern zu können. Zudem sollte durch die Erweiterung der Ganztagsangebote auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Der Ausbau der Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz wurde zudem finanziell durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt.

18 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nutzen schulische Ganztagsangebote

Die Teilnahme an den schulischen Ganztagsangeboten wuchs in den letzten sechs Jahren deutlich. Im laufenden Schuljahr 2011/12 nutzen 79 471 Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot. Das sind

85,7 Prozent mehr als noch im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung des Merkmals. Insgesamt beträgt der Ganztagschüleranteil im laufenden Schuljahr 18 Prozent (2005/06: 8,8 Prozent).

Die zahlenmäßig größte Bedeutung hat die Ganztagsbetreuung in Angebotsform. Insgesamt 13,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nehmen derzeit daran teil. Das Ganztagsangebot in verpflichtender Form wird von 3,8 Prozent und das Ganztagsangebot in offener Form von 0,4 Prozent aller Schülerinnen und Schüler genutzt.

Die Inanspruchnahme ist in den einzelnen Schulstufen teilweise unterschiedlich. Zwischen dem Primarbereich und dem Sekundarbereich gibt es kaum Differenzen (jeweils rund 19 Prozent). Dabei kommt den im Sekundarbereich I seit dem Schuljahr 2008/09 bestehenden G8-Gymnasien

Rund 19 Prozent der Kinder im Grundschulbereich nehmen Ganztagsschulangebote wahr

T 6

Schülerinnen und Schüler 2011/12 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter mit Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon					
				verpflichtende Form		offene Form		Angebotsform	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Primarstufe	145 569	28 145	19,3	2 255	1,5	632	0,4	25 258	17,4
Sekundarstufe I	243 663	45 854	18,8	9 399	3,9	839	0,3	35 616	14,6
Sekundarstufe II	48 588	1 470	3,0	1 027	2,1	179	0,4	264	0,5
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 015	4 002	99,7	3 993	99,5	-	-	9	0,2
Insgesamt	441 835	79 471	18,0	16 674	3,8	1 650	0,4	61 147	13,8

Ganztagschule in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule.

Die **Ganztagschule in Angebotsform** bietet ein Ganztagsangebot von 8.00 bis 16.00 Uhr an mindestens vier Tagen pro Woche. Die Teilnahme ist frei wählbar, aber nach erfolgter Anmeldung bindend.

Bei **Ganztagschulen in verpflichtender Form** erstreckt sich der Unterricht auf die Vormittage und in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

Die **Ganztagschule in offener Form** legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an, die vom Schulträger bereitgestellt wird.

Betreuende Grundschulen

Darüber hinaus existieren an vielen Grundschulen vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst. Auf eine Darstellung wurde verzichtet, da zu diesem Aspekt in der amtlichen Schulstatistik keine vollständigen Informationen vorliegen.

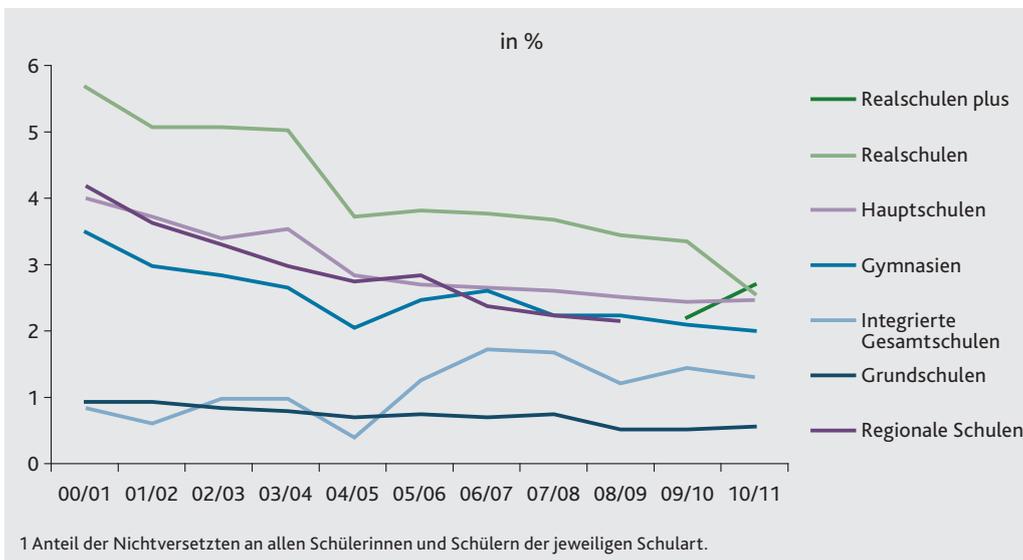
(G8GTS) eine besondere Bedeutung zu, da die in dieser Schulart angebotene Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre ab Klassenstufe sieben ausschließlich in Form einer verpflichtenden Ganztagschule erfolgt. Im Sekundarbereich II, in dem Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren unterrichtet werden, hat das Ganztagsangebot mit einer Teilnahmequote von 3 Prozent eine geringere Bedeutung, zumal in der Oberstufe durch den üblichen Nachmittagsunterricht weniger Bedarf an Ganztagsangeboten besteht.

Anteil der Nichtversetzten in den meisten Schularten rückläufig

Schon seit längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens“ in der Wissenschaft und der Bildungspolitik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt als auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren in den meisten Schularten zu einem deutlichen Rückgang der Nichtversetztenquoten.

G 5

Nichtversetzenquote¹ an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 2000/01–2010/11



Nichtversetzungen an Realschulen plus am häufigsten

Ungeachtet des insgesamt rückläufigen Trends blieben auch zum Ende des Schuljahres 2010/11 die Unterschiede zwischen den Schularten erhalten. Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule plus das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und Grundschüler in derselben Klassenstufe.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

Vergleichsweise häufig waren es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt wurden. Die Nichtversetzenquoten lagen hier insbesondere in der Sekundarstufe II über dem Durchschnitt.

Sonderpädagogische Förderung auch an Regelschulen

Bei etwa vier Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2011/12 liegt ein durch die Schulbehörde festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf vor. Dieser wird festgestellt, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so weit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen, um in der Schule erfolgreich lernen und einen Schulabschluss erreichen zu können. Schülerinnen und Schüler mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen, die

T 7

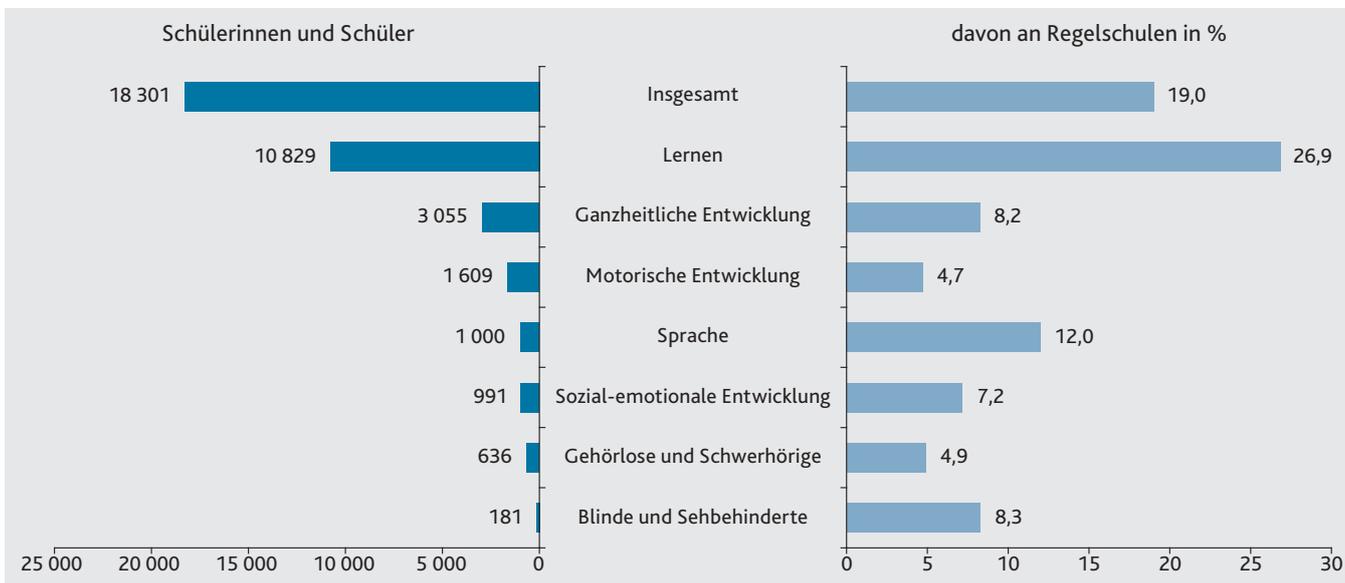
Nichtversetzte im Schuljahr 2010/11 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %
Primarstufe	801	0,5	350	0,5	451	0,6	277	1,1
Sekundarstufe I	5 075	2,0	1 835	1,5	3 240	2,5	907	3,2
Sekundarstufe II ²	1 282	2,7	554	2,1	728	3,5	170	5,4
Insgesamt	7 158	1,6	2 739	1,2	4 419	1,9	1 354	2,4

1 Anteil der Nichtversetzten in der betrachteten Schülergruppe an allen Schülerinnen und Schülern dieser Gruppe. – 2 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

G 6

Schülerinnen und Schüler sowie Regelschulanteil im Schuljahr 2011/12 nach Förderschwerpunkten



bezogen auf das schulische Lernen nicht in einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung münden, werden nicht erfasst.

Die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es im Bereich Lernen (59 Prozent). Weitere 16,7 Prozent haben einen Förderbedarf im Bereich ganzheitliche Entwicklung und 8,8 Prozent im Bereich motorische Entwicklung.

Rund acht von zehn Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem Förderbedarf werden derzeit an einer Förderschule unterrichtet, 19 Prozent besuchen andere allgemeinbildende Schulen. Am häufigsten werden Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache an Regelschulen integriert, den geringsten Regelschulanteil haben Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung.

Insgesamt erfolgte in den vergangenen zehn Jahren eine stärkere Orientierung hin

zu einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern.² Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die integrativ unterrichtet werden, wurde in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Fast 13 Prozent Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Im aktuellen Schuljahr 2011/12 haben 12,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund nach der Abgrenzung der Kultusministerkonferenz (56 964). Weniger als die Hälfte von ihnen sind keine deutschen Staatsbürger (24 831). Unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern dominieren jene mit türkischem Pass (33,2 Prozent). Ebenfalls viele dieser Kinder und Jugendlichen haben eine italienische (7,6 Prozent), eine polnische (4,8 Prozent) oder eine albanische (3,8 Prozent) Staatsangehörigkeit. Fast 45 000 Schülerinnen und Schüler sprechen in der Familie vorwiegend

Türkisch und Russisch sind häufigste nicht-deutsche Familiensprachen

² Link, Bettina, Sonderpädagogische Förderung im Schuljahr 2010/11, In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Monatshefte – 6 (2011), S. 526-536.

T 8

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2011 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss ¹	2 469	5,6	968	4,4	1 501	6,8	478	9,0
Hauptschulabschluss	8 820	20,1	3 722	17,0	5 098	23,2	1 765	33,4
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 042	41,1	8 956	40,9	9 086	41,3	2 215	41,9
Fachhochschulreife	785	1,8	420	1,9	365	1,7	64	1,2
Allgemeine Hochschulreife	13 762	31,4	7 831	35,8	5 931	27,0	764	14,5
Insgesamt	43 878	100	21 897	100	21 981	100	5 286	100

¹ Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

nicht deutsch. Das sind rund zehn Prozent der gesamten Schülerschaft. Die häufigste nichtdeutsche Familiensprache ist mit einem Anteil von 30 Prozent Türkisch, gefolgt von Russisch (23 Prozent).

Weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss

Mehr als 31 Prozent verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit Abitur

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife oder mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2001 lediglich 22,5 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2011 schon 31 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 5,8 Prozentpunkte auf nun 41 Prozent. Auch hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

5,6 Prozent erreichen keinen Hauptschulabschluss

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Er lag im Jahr 2011 bei 5,6 Prozent und damit 3,8 Prozentpunkte unter dem Wert von 2001.

³ Besondere Form der Berufsreife.

Mit 60 Prozent stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen beziehungsweise aus entsprechenden Bildungsgängen. Von den insgesamt 2 469 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 37 Prozent einen Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen³ und 15 Prozent einen im Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt.

Die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss kommt aus Förderschulen

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verließen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Hauptschulabschluss. Mit neun Prozent ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei allen Schülerinnen und Schülern.

Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gesunken

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 127 094 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule (-1,6 Prozent).

Der Rückgang der Schülerzahlen ist teilweise demografisch bedingt. Zur allgemein sinkenden Zahl der Jugendlichen kommt aber auch

T 9

Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulformen	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr ¹	76 979	-2,3	28 845	37,5	48 134	62,5	9 304	12,1
Berufsvorbereitungsjahr	2 087	-10,6	805	38,6	1 282	61,4	486	23,3
Berufsfachschulen	21 530	-6,1	11 091	51,5	10 439	48,5	3 833	17,8
Fachoberschulen	463	.	236	51,0	227	49,0	38	8,2
Fachschulen	12 014	4,3	7 070	58,8	4 944	41,2	1 377	11,5
Berufsoberschulen	2 624	-1,2	1 023	39,0	1 601	61,0	314	12,0
Duale Berufsoberschulen	2 291	-4,7	932	40,7	1 359	59,3	236	10,3
Berufliche Gymnasien	9 106	7,8	4 189	46,0	4 917	54,0	1 222	13,4
Insgesamt	127 094	-1,6	54 191	42,6	72 903	57,4	16 810	13,2

¹ Duales Ausbildungssystem einschließlich Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (576 im laufenden Schuljahr).

ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen wählen allgemeinbildende Schulen, die zum Abitur führen und entscheiden sich dann für ein Studium und nicht für die Ausbildung an einer berufsbildenden Schule.

Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich in den nächsten Jahren möglicherweise durch die zum Schuljahr 2011/12 neu eingerichteten Fachoberschulen, in denen zurzeit die ersten Schülerinnen und Schüler lernen. Bisher ist an zwölf der insgesamt 194 Realschulen plus eine Fachoberschule angegliedert. Die organisatorische Verbindung mit den Realschulen plus zeigt sich auch bei der Zusammensetzung der Schülerschaft. So stammt die Mehrheit der 463 Anfängerinnen und Anfänger aus dieser Schulart (403).

In den übrigen berufsbildenden Schulformen entwickelten sich die Schülerzahlen im Vergleich zum Schuljahr 2010/11 sehr unterschiedlich. Im größten Bereich, der dualen Ausbildung, sank die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 2,3 Prozent auf 76 979. Noch deutlichere Rückgänge verzeichnen das

Berufsvorbereitungsjahr (-10,6 Prozent) und die Berufsfachschule I (-8,6 Prozent) – jene Bildungsgänge, die vorrangig der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit geringer schulischer Vorbildung dienen. Demgegenüber gab es an den Berufsoberschulen II (+9,4 Prozent) und an den beruflichen Gymnasien (+7,8 Prozent) deutliche Zuwächse. Diese Schulen führen zur fachgebundenen und zur allgemeinen Hochschulreife.

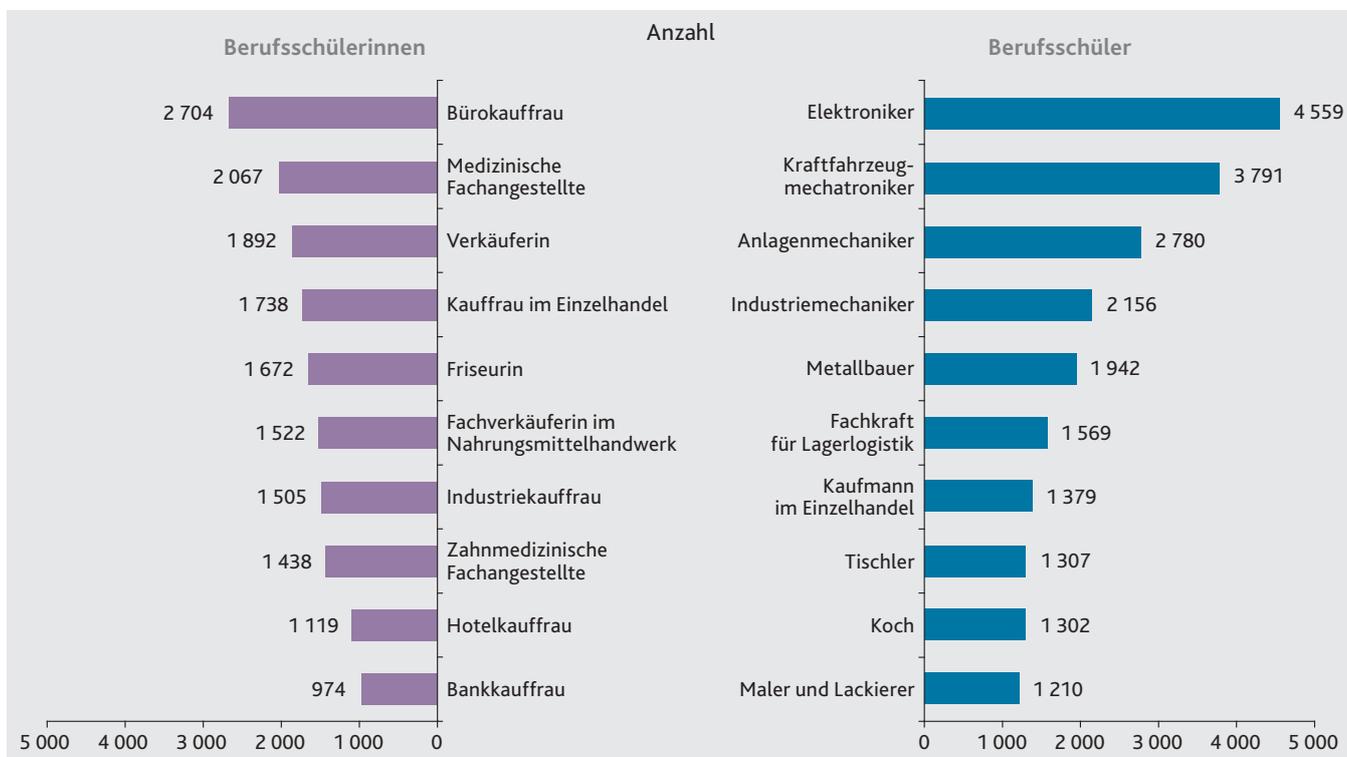
Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stellen an den berufsbildenden Schulen im laufenden Schuljahr einen Anteil von 13,2 Prozent. Überdurchschnittlich stark vertreten sind sie im Berufsvorbereitungsjahr (23,3 Prozent) und in der Berufsfachschule I (20 Prozent). An den neuen Fachoberschulen beträgt ihr Anteil 8,2 Prozent und liegt damit deutlich niedriger als an den beruflichen Gymnasien (13,4 Prozent).

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 42,6 Prozent. Auch im Schuljahr 2011/12 unterscheiden sich junge Frauen

42,6 Prozent
Frauenanteil an
berufsbildenden
Schulen

G 7

Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschülern im Schuljahr 2011/12 nach Geschlecht



und Männer deutlich in der Wahl der Ausbildungsberufe. Während Berufsschülerinnen im Dualen System eher Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen Umfeld wählten, bevorzugten Berufsschüler vor allem Berufe aus dem technischen und handwerklichen Bereich.

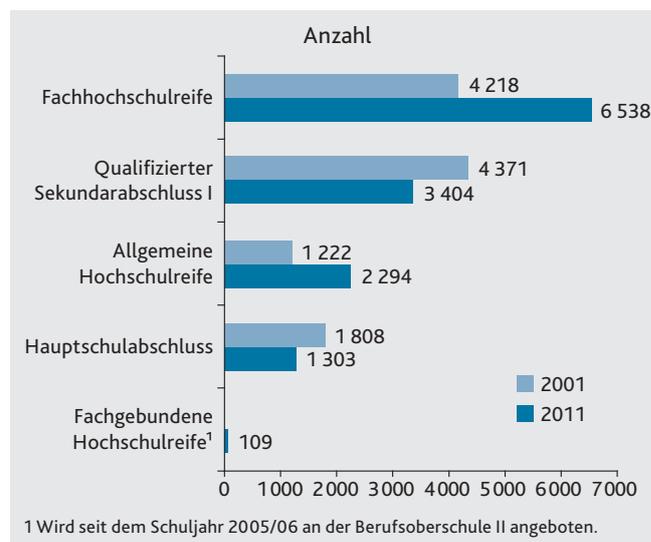
beruflichen Bildung, darunter 13 648 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem berufsbildenden Abschluss.

Berufsbildende Schulen auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung wichtig

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Im Jahr 2011 verließen 50 869 Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der

G 8

An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 2001 und 2011



T 10 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2001–2011 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte			Studienberechtigtenquote (neu): Berechnung nach dem Quotensummenverfahren			Studienberechtigtenquote (alt): Studienberechtigte im Verhältnis zum Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			%		
2001	15 912	8 449	7 463	.	.	.	35,2	38,4	32,2
2002	16 623	8 933	7 690	.	.	.	36,9	40,6	33,5
2003	16 912	9 162	7 750	.	.	.	38,0	42,0	34,1
2004	17 194	7 963	9 231	.	.	.	37,9	35,9	39,8
2005	16 861	7 876	8 985	.	.	.	36,4	34,7	38,0
2006	17 631	7 996	9 635	37,7	41,9	33,7	36,6	33,8	39,4
2007	19 855	10 727	9 128	41,3	45,3	37,6	41,0	45,1	37,0
2008	21 201	11 450	9 751	43,8	48,2	39,7	43,5	48,1	39,1
2009	21 881	11 795	10 086	45,3	49,9	40,9	45,4	50,4	40,8
2010	22 967	12 420	10 547	47,7	53,0	42,8	48,2	53,2	43,3
2011	23 488	12 796	10 692	49,8	55,4	44,3	49,3	54,9	43,9

Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen beruhen auf Rundungsdifferenzen.

**Studienberech-
tigtenquote
auf 49,8 Pro-
zent gestiegen**

Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen (einschließlich Fachhochschulreife) wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt (38 Prozent). Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für das Jahr 2011 eine Studienberechtigtenquote von knapp 50 Prozent (2001: 35 Prozent).

Jede zweite Lehrkraft an berufsbildenden Schulen 50 Jahre und älter

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 36 174 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit

von ihnen in Vollzeit (57,7 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (69,3 Prozent). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (86,5 Prozent). Ausgeglichen ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 54,4 Prozent). Derzeit sind 41,6 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre oder älter. Im Vorjahr waren es noch 42,4 Prozent.

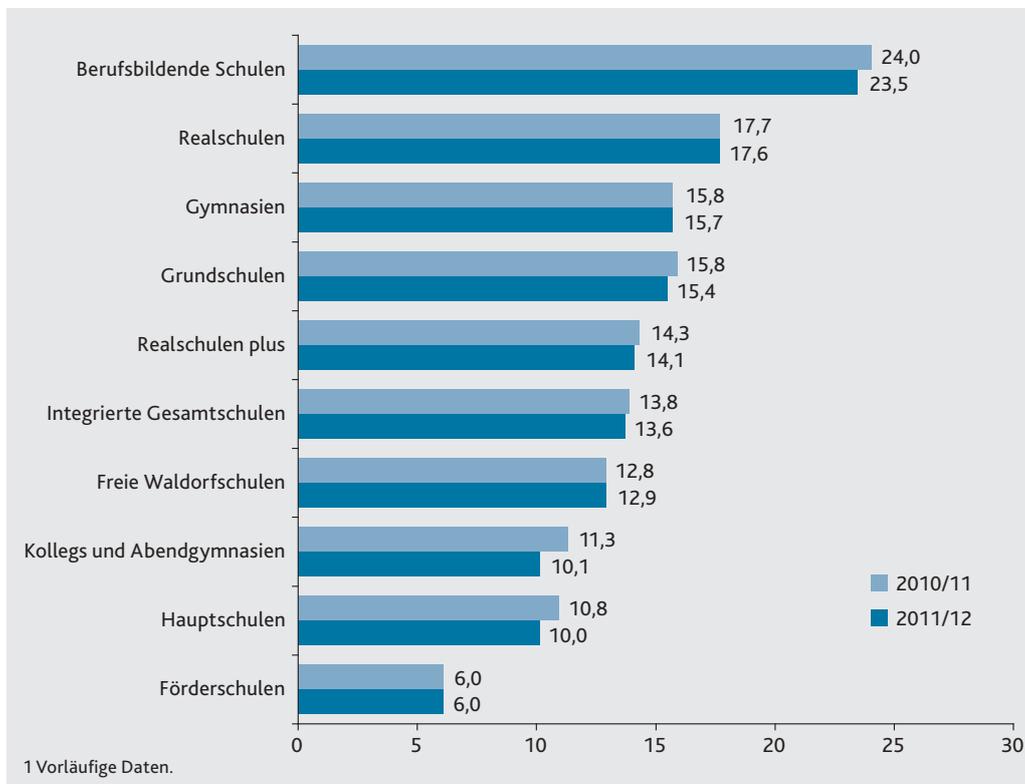
**An Grund-
schulen lehren
überwiegend
Frauen**

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 900 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (55,9 Prozent). Auch Vollzeitbeschäftigte sind an den berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von 66,5 Prozent deutlich häufiger vertreten. Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt dabei etwas ungünstiger aus als an den allgemeinbildenden Schulen. So liegt der Anteil der 50 Jahre oder älteren hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer bei 49,9 Prozent. Das

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, auf die Bevölkerung im entsprechenden Alter bezogen. Die Berechnung erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

G 9

Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2010/11 und 2011/12¹ nach ausgewählten Schularten

heißt, in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird voraussichtlich die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an fast allen Schularten günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülern zu Lehrern an fast allen

Schularten verbessert. Wurden an allgemeinbildenden Schulen ein Jahr zuvor noch 14,5 Schülerinnen und Schüler von einer Lehrkraft betreut, so sind es derzeit 14,2. An berufsbildenden Schulen fiel die Schüler-Lehrer-Relation im selben Zeitraum von 24 auf 23,5.

Die Schüler-Lehrer-Relation wird wesentlich durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehrkraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen, insbesondere aufgrund des hohen Anteils von Teilzeitbildungsgängen, traditionell sehr hoch liegt.

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

Fazit

Auch im aktuellen Schuljahr setzt sich der demografisch bedingte Schülerrückgang fort. Betroffen ist neben der Primarstufe und der Sekundarstufe I ab diesem Schuljahr erstmals auch die Sekundarstufe II. Auch die berufsbildenden Schulen verzeichneten zum wiederholten Mal rückläufige Schülerzahlen. Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den berufsbildenden Schulen zeigt sich ein anhaltender Bedarf zur besseren Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Diese durchlaufen das Schulsystem noch immer mit deutlich geringerem Erfolg als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Umfassende Änderungen ergaben

sich in Folge der Schulstrukturreform im Bereich der weiterführenden Schulen. Mit der Einführung der Realschule plus und der schrittweisen Ablösung der bisherigen Hauptschulen sollen mehr Schülerinnen und Schüler zu (höheren) Schulabschlüssen geführt werden. Diesem Ziel dienen auch die zum aktuellen Schuljahr eingeführten Fachoberschulen, an denen bereits die ersten Schülerinnen und Schüler für die Fachhochschulreife lernen.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat Bildung.

Das Steuerstatistische Gesamtsystem

Teil 2: Aktueller Stand der Umsetzung



Von Dr. Dirk Schneider

Die amtlichen Steuerstatistiken unterliegen seit mehreren Jahren einem grundlegenden Wandel. Im Jahr 2006 wurde eine Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken initiiert, und zwar mit dem Ziel, ein integriertes Steuerstatistisches Gesamtsystem auf der Grundlage jährlicher Bundesstatistiken zu schaffen.

In der Februar-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes wurde über die Entstehungsgeschichte des Steuerstatistischen Gesamtsystems berichtet. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung.

Ziele: Kohärenz, Aktualität, Flexibilität und Effizienz

Neues System soll Synergieeffekte nutzen

Die Konzeptionierung des Steuerstatistischen Gesamtsystems (StSys) wurde nach der im August 2006 erfolgten grundlegenden Verständigung auf dieses System zeitnah in Angriff genommen. Die Federführung übernahmen das Statistische Bundesamt sowie die statistischen Ämter der für die Steuerstatistiken zuständigen Patenländer Rheinland-Pfalz und Thüringen. Im Oktober 2007 wurde dann ein Rahmenwerk zur mittelfristigen Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken fertiggestellt. Hierin wurde festgelegt, dass das neue Steuerstatistische Gesamtsystem mögliche Synergieeffekte nutzen und hierbei insbesondere folgende Ziele erreichen soll:

- Schaffung einer kohärenten steuerstatistischen Datenbasis durch Ersatz der Geschäftsstatistiken durch Bundesstatistiken,
- Verbesserung der Aktualität der steuerstatistischen Daten durch Einführung einer jährlichen Periodizität,
- Gewährleistung der erforderlichen Qualität und Zuverlässigkeit der steuerstatistischen Daten,
- Ermöglichung einer auf die Nutzeranforderungen ausgerichteten schnellen und flexiblen Bereitstellung der Daten,
- Sicherstellung einer möglichst kostengünstigen bzw. kostenneutralen künftigen Durchführung des novellierten Systems der Steuerstatistiken.

Neugestaltung
von Verfahren-
abläufen
und Techno-
logien

Das bis dahin existente System der Steuerstatistiken war durch eine Vielzahl von isolierten Datenbeständen und darauf aufsetzenden Programmen, überwiegend auf Großrechnerbasis, gekennzeichnet. Die fachliche und produktionstechnische Verantwortung für die Datenhaltung und die Programmabwicklung oblag dabei allen statistischen Ämtern für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Zur Erreichung der Ziele des Steuerstatistischen Gesamtsystems war es erforderlich, die bisherigen Verfahrensabläufe und eingesetzten Technologien neu zu gestalten.

Informationstechnische Ausgestaltung als ZPD-Verfahren

Moderne
Datenbank-
technologie
bietet Vorteile

Das neue Steuerstatistische Gesamtsystem folgt den Grundsätzen der zentralen IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD). Danach wird für die Steuerstatistiken im Statistischen Verbund an zentraler Stelle nur noch eine einzige Datenbasis vorgehalten, auf die alle statistischen Ämter über eine Web-Applikation nach den Regeln einer Benutzer- und Rechteverwaltung zugreifen können. Diese Datenbasis gliedert sich in eine Eingangs-, eine Aufbereitungs- und eine Auswertungsdatenbank:

Drei logische
Teil-Daten-
banken

- Die Eingangsdatenbank dient dem Import der Liefermaterialien der Finanzverwaltungen und beinhaltet somit noch nicht plausibilisierte Daten.
- Die Aufbereitungsdatenbank dient der Plausibilisierung des Liefermaterials in der fachlichen Zuständigkeit der einzelnen statistischen Ämter.
- Die Auswertungsdatenbank schließlich dient der Speicherung des vollständig plausibilisierten Materials zum Zwecke der Erstellung von Auswertungen.

¹ BGBl. Teil I, Nr. 69, S. 3150; vgl. auch Deutscher Bundestag, Drucksache 16/6290.

Mit dieser neuen Technologie lassen sich bei der Aufbereitung der Daten verschiedene Synergieeffekte erzielen. Zum einen schafft die verwendete Datenbanktechnologie die Möglichkeit, mehrere Steuerstatistiken miteinander zu verknüpfen. Ordnungsmerkmale wie der Gemeindeschlüssel, die Gewerkekennzahl und die Rechtsform eines Unternehmens brauchen deshalb nur noch einmal plausibilisiert zu werden und können, soweit vorgesehen, anschließend für die anderen Statistiken genutzt werden. Ferner müssen die entsprechenden Leitdateien nur einmal in der Datenbank vorgehalten und gepflegt werden. Zum anderen ermöglicht die identische Gestaltung der Grundfunktionalitäten der Aufbereitungsprogramme für die einzelnen Statistiken die Standardisierung von Arbeitsschritten, z. B. bei der Eingangskontrolle. Das neue Steuerstatistische Gesamtsystem bietet darüber hinaus auch die Möglichkeit der Erzielung von Synergieeffekten bei der Auswertung der Daten, indem die Möglichkeit zur Durchführung statistikübergreifender Auswertungen besteht.

Notwendige Rechtsgrundlagen wurden zeitnah geschaffen

Kurze Zeit nach der Verabschiedung des Rahmenwerks zur mittelfristigen Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken im Oktober 2007 wurde mit der Schaffung der notwendigen Rechtsgrundlagen begonnen. Mit Artikel 18 des Jahressteuergesetzes 2008 (JStG 2008) vom 20. Dezember 2007¹ wurde schließlich eine neue jährliche Bundesstatistik über die Umsatzsteueranlagen ab dem Veranlagungsjahr 2006 eingeführt und die Periodizität der Bundesstatistik über die Erbschaft- und Schenkungsteuer ab dem Veranlagungsjahr 2008 von fünfjährlich auf jährlich verkürzt. Darüber

Anpassungen
mit Gültigkeit
ab 2008

hinausgehend wurde auch die Periodizität der Bundesstatistik über die Personengesellschaften und Gemeinschaften ebenfalls ab dem Feststellungsjahr 2008 von dreijährlich auf jährlich verkürzt. In der Begründung wurde erneut darauf verwiesen, dass die zeitnahe Erfassung wichtiger steuerstatistischer Daten zur Quantifizierung der Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen notwendig und nicht zuletzt auch eine Forderung des Bundesrechnungshofes sei. Die Neueinführung der Statistik über die Umsatzsteuerveranlagungen wurde in diesem Zusammenhang damit begründet, dass ein vollständiger Überblick über die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen nach Rechtsformen gewünscht sei. Ein hoher Anteil der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (zum damaligen Zeitpunkt rund 40 Prozent) war nicht zur Abgabe einer Umsatzsteuervoranmeldung verpflichtet und wurde deshalb in der Statistik über die Umsatzsteuervoranmeldungen nicht abgebildet. Durch die zusätzliche statistische Erfassung der Umsatzsteuerveranlagungen sollte diese Informationslücke geschlossen werden. Die Verkürzung der Periodizität der Statistik über die Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde angesichts des Bedarfs an aktuellen Daten zur Quantifizierung der erforderlichen Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer vorgenommen. Das Bundesver-

fassungsgericht hatte mit Beschluss vom 7. November 2006 entschieden, dass das Erbschaftsteuerrecht in seiner damaligen Ausgestaltung verfassungswidrig war. Es hatte ferner den Gesetzgeber verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2008 eine Neuregelung zu treffen. Die Verkürzung der Periodizität der Statistik über die Personengesellschaften und Gemeinschaften schließlich hatte den Hintergrund, dass eine aktuelle jährliche Datengrundlage für Untersuchungen zur Rechtsformneutralität der Unternehmenssteuern benötigt wurde.

Integration der ersten drei Module Anfang 2012 abgeschlossen

Parallel zur Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlagen wurden die Planungen zur informationstechnischen Umsetzung des Steuerstatistischen Gesamtsystems aufgenommen. Die Umsetzung teilt sich auf in die Erstellung eines Rahmenwerks sowie in die Programmierung und Integration der einzelnen Statistiken. Die Einführung des Steuerstatistischen Gesamtsystems erfolgt schrittweise in Form von Modulen. Einen zusammenfassenden Überblick über den bereits realisierten und den geplanten Zeitablauf der Integration der einzelnen Steuerstatistiken in das Steuerstatistische Gesamtsystem gibt die Tabelle T1.

T 1

Zeitlicher Ablauf der Integration der einzelnen Statistiken in das StSys

Modul	Statistik	Statistikjahr	Jahr der Integration
1	Umsatzsteuer (Veranlagungen)	2006	2010
2	Erbschaft- und Schenkungsteuer	2009	2010
3	Personengesellschaften und Gemeinschaften	2008	2011/12
Planung¹			
4	Umsatzsteuer (Voranmeldungen)	2011	2012
5	Gewerbesteuer	2010	2013
6	Lohn- und Einkommensteuer	2012	2015
7	Körperschaftsteuer	2013	2015

¹ Stand: Dezember 2011

G 1 Steuerstatistiken 1995–2005
Stand 2006 (nach Inkrafttreten des Steueränderungsgesetzes 2007)

Statistik \ Statistikjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bundesstatistiken:											
Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)											
Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)											
Lohn- und Einkommensteuerstatistik											
Statistik im Feststellungsverfahren (Personengesellschaften, Gemeinschaften)											
Körperschaftsteuerstatistik											
Gewerbesteuerstatistik											
Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik											
Geschäftsstatistiken:											
Lohn- und Einkommensteuerstatistik											
Körperschaftsteuerstatistik											
Gewerbesteuerstatistik											

G 2 Steuerstatistiken von 2006–2015
Stand 2006 (nach Inkrafttreten des Steueränderungsgesetzes 2007)

Statistik \ Statistikjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bundesstatistiken:										
Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)										
Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)										
Lohn- und Einkommensteuerstatistik										
Statistik im Feststellungsverfahren (Personengesellschaften, Gemeinschaften)										
Körperschaftsteuerstatistik										
Gewerbesteuerstatistik										
Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik										
Geschäftsstatistiken:										
Lohn- und Einkommensteuerstatistik										
Körperschaftsteuerstatistik										
Gewerbesteuerstatistik										

 Aufbereitung außerhalb des StSys

G 3

Steuerstatistiken 2006–2015
Aktueller Stand (Anfang 2012)

Statistik \ Statistikjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bundesstatistiken:										
Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)										
Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)	Modul 1									
Lohn- und Einkommensteuerstatistik										
Statistik im Feststellungsverfahren (Personengesellschaften und -gemeinschaften)			Modul 2							
Körperschaftsteuerstatistik										
Gewerbsteuerstatistik										
Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik				Modul 3						
Geschäftsstatistiken:										
Lohn- und Einkommensteuerstatistik										
Körperschaftsteuerstatistik										
Gewerbsteuerstatistik										

G 4

Steuerstatistiken 2006–2015
Vorgesehener zukünftiger Stand

Statistik \ Statistikjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bundesstatistiken:										
Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)						Modul 4				
Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)										
Lohn- und Einkommensteuerstatistik							Modul 6			
Statistik im Feststellungsverfahren (Personengesellschaften und -gemeinschaften)										
Körperschaftsteuerstatistik								Modul 7		
Gewerbsteuerstatistik					Modul 5					
Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik										
Geschäftsstatistiken:										
Lohn- und Einkommensteuerstatistik										
Körperschaftsteuerstatistik										
Gewerbsteuerstatistik										



Aufbereitung bereits abgeschlossen



Aufbereitung außerhalb des StSys



Aufbereitung im StSys

Die zeitliche Reihenfolge der Integration der ersten drei Statistiken wurde im Jahr 2007 wie folgt festgelegt:

- Das erste Modul bildete die neu geschaffene Statistik über die Umsatzsteuerveranlagungen. Dies war geboten, weil für diese Statistik bislang noch kein Aufbereitungsprogramm vorhanden war. Die Integration wurde somit für das Veranlagungsjahr 2006, für das die Statistik erstmalig zu erheben war, terminiert.
- Das zweite Modul stellte die Statistik über die Erbschaft- und Schenkungsteuer dar. Dies war zweckmäßig, weil die zu treffende Neuregelung des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts umfangreiche Anpassungen des Altprogramms erfordert hätte, was nicht effizient gewesen wäre. Dementsprechend wurde die Integration in das Steuerstatistische Gesamtsystem für das Veranlagungsjahr 2009 vorgesehen.
- Das dritte Modul schließlich umfasst die mit dem Jahressteuergesetz 2008 auf eine jährliche Periodizität umgestellte Statistik über die Personengesellschaften und Gemeinschaften. Die Integration wurde für das Feststellungsjahr 2008 vorgesehen.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz hat Konsortialführung für das Rahmenwerk und die ersten beiden Module

Der Verlauf der Programmierung der ersten drei Module gestaltete sich folgendermaßen: Im Juni 2008 wurde die Programmierung des Rahmenwerks einschließlich des ersten Moduls an ein Konsortium der statistischen Ämter der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen übertragen. Die Konsortialführung hatte das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz inne. Der Produktionsbetrieb des Steuerstatistischen Gesamtsystems wurde zunächst interimweise dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg übertragen und konnte mit dem ersten Modul im Februar 2010 aufgenommen werden. Die Programmierung

des zweiten Moduls wurde im März 2009 erneut dem genannten Konsortium übertragen. Bereits im September 2010 konnte die Integration des Moduls erfolgen. Die Programmierung des dritten Moduls wurde im September 2009 an das Statistische Amt des Landes Thüringen vergeben. Die Integration dieses Moduls konnte im Januar 2012 endgültig abgeschlossen werden.

Weitere Anpassungen der Rechtsgrundlagen notwendig

Mit der vollzogenen Anpassung des Gesetzes über Steuerstatistiken im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2008 ist der zentrale Gedanke des Steuerstatistischen Gesamtsystems noch nicht zur Gänze umgesetzt. Zwar sind die Statistiken über die Erbschaft- und Schenkungsteuer und über die Personengesellschaften und Gemeinschaften, wie oben dargelegt, inzwischen als jährliche Bundesstatistiken etabliert. Die Bundesstatistiken über die Einkommensteuer, über die Körperschaftsteuer und über die Gewerbesteuer werden aber derzeit weiterhin parallel als dreijährliche Bundesstatistiken und als jährliche Geschäftsstatistiken erstellt. Es wurde deshalb ein Entwurf zur Novellierung des Gesetzes über die Steuerstatistiken erarbeitet, der den stufenweisen Ersatz der dreijährlichen Bundesstatistiken und der jährlichen Geschäftsstatistiken zur Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer durch entsprechende jährliche Bundesstatistiken vorsieht. Dieser Entwurf befindet sich derzeit in der Abstimmung. Ursprünglich wurde angestrebt, die Änderungen spätestens im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2011 zu vollziehen. Mittlerweile zeichnet es sich jedoch ab, dass die Änderungen erst gegen Ende des Jahres 2012 im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2013 umgesetzt werden.

Vorgesehene Anpassungen mit Gültigkeit ab 2012

Umsetzung der übrigen vier Module ab 2012 geplant

Weitere Arbeiten sind von Gesetzgebung abhängig

Die zeitliche Reihenfolge der Integration der restlichen Steuerstatistiken in das Steuerstatistische Gesamtsystem ist davon abhängig, ob die im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2013 angedachte Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken in der Form des derzeitigen Entwurfs vom Gesetzgeber verabschiedet wird. Entschiede sich der Gesetzgeber gegen eine Ablösung der bislang geführten Geschäftsstatistiken durch jährliche Bundesstatistiken, wäre eine Integration der Module für die bislang mehrjährigen Statistiken zur Gewerbesteuer, zur Lohn- und Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer nur für diejenigen Veranlagungsjahre möglich, in denen gemäß der derzeitigen Rechtslage eine Bundesstatistik erhoben wird, d. h. für die Jahre 2010, 2013 oder 2016. Eine entsprechende neue Rechtsgrundlage vorausgesetzt, ist die zeitliche Reihenfolge der Integration wie folgt vorgesehen:

- Das vierte Modul wird die Statistik über die Umsatzsteuervoranmeldungen bilden, wobei die Integration für das Statistikjahr 2011 erfolgen soll.
- Das fünfte Modul wird die Statistik über die Gewerbesteuer darstellen, wobei die Integration für das Veranlagungsjahr 2010 geplant ist.
- Die beiden letzten Module werden schließlich die Statistik über die Lohn- und Einkommensteuer und die Statistik über die Körperschaftsteuer sein. Ursprünglich hatten sich die statistischen Ämter dahingehend verständigt, dass das sechste Modul die Statistik über die Körperschaftsteuer und das siebte Modul die Statistik über die Lohn- und Einkommensteuer bilden sollen. Dabei sollte die Statistik über

die Körperschaftsteuer mit dem Veranlagungsjahr 2012 und die Statistik über die Lohn- und Einkommensteuer mit dem Veranlagungsjahr 2014 in das System integriert werden. Mittlerweile wurde jedoch der Beschluss gefasst, die Reihenfolge der beiden Statistiken zu tauschen. Danach soll die Statistik über die Lohn- und Einkommensteuer bereits mit dem Veranlagungsjahr 2012 und die Statistik über die Körperschaftsteuer erst mit dem Veranlagungsjahr 2013 in das System überführt werden. Dies bedeutet gleichzeitig einen schnelleren Abschluss der Integration aller Statistiken in das Steuerstatistische Gesamtsystem bereits im Jahr 2015.

Der Verlauf der Programmierung der letzten vier Module gestaltete sich bislang wie folgt: Die Programmierung des vierten Moduls wurde im August 2011 dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg übertragen und ist inzwischen angelaufen. Für die übrigen Module wurden bislang noch keine Aufträge zur Programmierung vergeben. Die Erstellung der fachlichen Vorgaben für die Programmierung des fünften und sechsten Moduls sind jedoch bereits im Gange. Einen zusammenfassenden Überblick über die historische und geplante Entwicklung der Steuerstatistiken vermitteln die Grafiken G 1 bis G 4.

Programmierung des vierten Moduls bereits angelaufen

Fazit

Die Anforderungen der Nutzer steuerstatistischer Daten, insbesondere des Bundesministeriums der Finanzen, sind im Hinblick auf die Qualität und die Aktualität der Daten in den letzten Jahren stark gestiegen. Mit dem Steuerstatistischen Gesamtsystem wird es den statistischen Ämtern möglich sein, diesen veränderten Anforderungen

Rechnung zu tragen. Die moderne technologische Ausgestaltung des Systems als Web-Anwendung nach dem Prinzip der zentralen Produktion und Datenhaltung ermöglicht die Erzielung von Synergien und dadurch die möglichst kostengünstige Realisierung des neuen verbesserten Datenangebots. Die Umsetzung des Steuerstatistischen Gesamtsystems, welche die amtliche Statistik vor eine große Herausforderung stellt, ist erfolgreich angelaufen. Das Rahmenwerk

sowie die Statistiken über die Umsatzsteueranlagen, über die Erbschaft- und Schenkungsteuer und über die Personengesellschaften und Gemeinschaften wurden bereits programmiert und in den Produktiveinsatz überführt.

Dr. Dirk Schneider leitet das Referat Steuern.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

ifo Index steigt kräftig

Geschäftsklima steigt zum vierten Mal in Folge

Die Unternehmen in Deutschland beurteilen die Lage für die heimische Wirtschaft immer optimistischer. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Februar 2012 überraschend kräftig von 108,3 auf 109,6 Punkte. Das ist der vierte Anstieg in Folge. Damit erreicht das wichtigste deutsche Konjunkturbarometer den besten Wert seit Juli 2011.

Geschäftslage und Geschäftserwartungen günstiger beurteilt

Die befragten Manager beurteilen sowohl die aktuelle Lage der deutschen Wirtschaft als auch die Zukunftsaussichten für die kommenden sechs Monate besser als noch im Vormonat. Nach einem Rückgang im Januar stieg der Lageindex von 116,3 auf 117,5 Punkte. Der Erwartungsindex erhöhte sich von 100,9 auf 102,3 Punkte.

In allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft Verbesserung der Stimmung

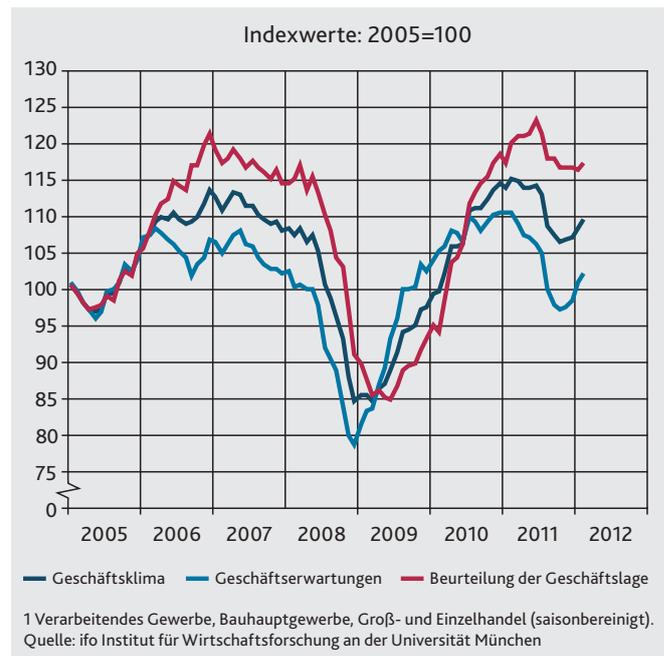
Die Geschäftsaussichten im verarbeitenden Gewerbe werden den dritten Monat in Folge günstiger eingeschätzt. Bei der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage gab es jedoch eine leichte Verschlechterung. Im Baugewerbe haben sich sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen deutlich verbessert. Das Geschäftsklima hat sich im Handel spürbar aufgehellt. Die Unternehmen des Einzel- und des Großhandels berichten von einer günstigeren Geschäftslage als im Januar, und sie blicken optimistischer auf die Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe niedriger als im Vorjahr

Für Rheinland-Pfalz deuten die harten Indikatoren für November 2011 noch auf eine

Stand:
Februar
2012

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



ungünstige konjunkturelle Lage hin. Der „geglättete“ Produktionsindex weist für das verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang des Güterausstoßes um 3,2 Prozent aus. Im Oktober hatte es bereits einen Rückgang von 1,8 Prozent gegeben.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes sinkt um 3,2 Prozent

Zwei der drei umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen hatten im November 2011 eine höhere Produktion als ein Jahr zuvor. Im Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“; Anteil 2010: zwölf Prozent) ergab sich mit +4,4 Prozent der höchste Anstieg unter den drei umsatzstärksten Branchen. Der Maschinenbau

Im Fahrzeug- und Maschinenbau steigt die Produktion weiterhin

(Umsatzanteil 2010: acht Prozent) verbuchte ein Plus von 0,6 Prozent, das aber wesentlich niedriger ausfiel als in den Vormonaten. Hingegen war in der chemischen Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) ein kräftiger Rückgang des Güterausstoßes um elf Prozent zu verzeichnen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter im Minus

Die Entwicklung der Auftragseingänge zeigt bereits seit einiger Zeit an, dass sich die rheinland-pfälzische Industriekonjunktur in den kommenden Monaten weiter abkühlen könnte.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes sinken um 3,5 Prozent

Die Auftragseingänge haben sich im November 2011 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent verschlechtert. Bereits im September und Oktober gab es Verschlechterungen von 1,1 und 3,2 Prozent. Von Mai bis August gab es nur noch Verbesserungen im einstelligen Prozentbereich; davor lagen die Zuwachsraten seit Dezember 2009 im zweistelligen Bereich. Die Nachfrage aus dem Ausland (-6 Prozent; Oktober: -4,3 Prozent) gab im November stärker nach als das Inlandsgeschäft (-0,1 Prozent; Oktober: -1,9 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um 11,3 Prozent

In der chemischen Industrie hat sich im November 2011 die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent verschlechtert (Oktober: -15 Prozent). Damit liegt das Ordervolumen bereits seit Mai unter dem Vorjahresniveau. Im November sanken die Bestellungen aus dem Inland um zehn Prozent. Im Auslandsgeschäft gab es einen Rückgang um zwölf Prozent.

Der Fahrzeugbau verbuchte im November 2011 ein Auftragsminus um 2,5 Prozent. Diese Entwicklung zeichnete sich schon in den Vormonaten ab. Seit Jahresbeginn 2011 wurden die Steigerungsraten kontinuierlich kleiner. Im Oktober wurde erstmals seit Oktober 2009 ein leichtes Auftragsminus verbucht. Von Juni bis September war nur noch ein Plus von 1,3 bis 9,6 Prozent registriert worden. Davor hatte es von Oktober 2009 bis Mai 2011 kräftige Zuwächse im teils hohen zweistelligen Prozentbereich gegeben. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten sank im November 2011 um 1,6 Prozent (Oktober: -0,4 Prozent). Die Auslandsnachfrage verminderte sich im November 2011 um 3,2 Prozent (Oktober: -1,6 Prozent).

Leichter Nachfragerückgang auch im Fahrzeugbau

Der Maschinenbau verbuchte im November 2011 ein Auftragsplus von 3,7 Prozent. Damit war die Steigerungsrate etwas niedriger als in den drei Vormonaten. Von August bis Oktober 2011 beliefen sich die Verbesserungen auf 7,2 bis acht Prozent. Während die heimische Nachfrage gegenüber November 2010 um 13 Prozent anzog, wurde bei der Auslandsnachfrage mit -0,5 Prozent ein leichter Rückgang festgestellt.

Maschinenbau: Auftragszuwächse schwächen sich ab

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich im Plus

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im November 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,8 Prozent gestiegen. Im Oktober war es zu einer Verbesserung um 5,8 Prozent gekommen, nachdem im September nur ein leichter Zuwachs um 0,1 Prozent zu verzeichnen war. Davor hatte es von Januar bis August Steigerungsraten zwischen 2,6 und 15 Prozent gegeben.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 7,8 Prozent

Im Tiefbau waren die Auftragseingänge bereits von August bis Oktober zwischen 3,6 und 7,9 Prozent gesunken. Im November wurde im Vorjahresvergleich nun ein weiterer Rückgang um 6,3 Prozent registriert. Von Mai bis Juli 2011 war es noch drei Mal in Folge zu Verbesserungen zwischen 1,5 und 4,9 Prozent gekommen. Im Hochbau hatte es dagegen bereits seit Januar 2011 steigende Auftragszahlen in einem Bereich von 4,1 bis 42 Prozent gegeben. Auch im November verbuchte dieser Teilbereich mit +24 Prozent wieder einen kräftigen Auftragszuwachs (Oktober: +23 Prozent). Gerade im Bauhauptgewerbe ist aber zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um elf Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im November 2011 um elf Prozent gestiegen. Von Juni bis Oktober hatte das Plus zwischen neun und 19 Prozent betragen. Davor war es allerdings von Dezember 2010 bis Mai 2011 zu noch deutlich stärkeren Zuwächsen gekommen (zwischen +31 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel weiter im Plus

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im November 2011 einen realen Anstieg um 0,7 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Juni 2010 Umsatzsteigerungen von bis zu 2,6 Prozent festgestellt.

Umsatzsteigerung im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze im November 2011 preisbereinigt um 5,4 Prozent verbessert. Von Mai bis Oktober wurden Zuwächse von 1,4 bis 8,6 Prozent

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **November 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate Oktober bis Dezember 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **Februar 2012** herangezogen.

registriert. Davor hatte es seit Dezember 2010 zweistellige Umsatzzuwächse gegeben.

Steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im November 2011 bei den realen Umsätzen einen Zuwachs um 3,3 Prozent. Im Großhandel war es bereits seit März 2010 zu Verbesserungen in einem Bereich von 1,2 bis 7,1 Prozent gekommen.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im November 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um 2,7 Prozent. Davor hat es seit September 2010 Verbesserungen zwischen 0,3 und 7,9 Prozent gegeben.

Jahresteuerrate im Februar bei 2,5 Prozent

Höhere Preise für Heizöl, Gas und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im Februar 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,5 Prozent erhöht. Damit hat sich der Anstieg der Jahresteuerrate wieder verstärkt. Die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke wurde bereits zum dreizehnten Mal in Folge übertroffen. Zuletzt hatte die Erhöhung im Dezember 2011 bei 2,3 Prozent und im Januar 2012 bei 2,2 Prozent gelegen. Zu der Verteuerung im Februar trugen die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Kraftstoffe (+7,8 Prozent), für Gas (+9,8 Prozent) sowie insbesondere für Heizöl bei (+18 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies einen Anstieg von zwei Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+4,4 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den

Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,4 Prozent), „Verkehr“ (+3,3 Prozent), „Bekleidung und Schuhe“ (+3,2 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2,8 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-1,6 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im Februar gestiegen

Die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz hat sich im Februar 2012 leicht erhöht. Insgesamt waren im Berichtsmonat 118 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind rund 400 bzw. 0,4 Prozent mehr als im Vormonat.

Arbeitslosigkeit hat im Februar leicht zugenommen

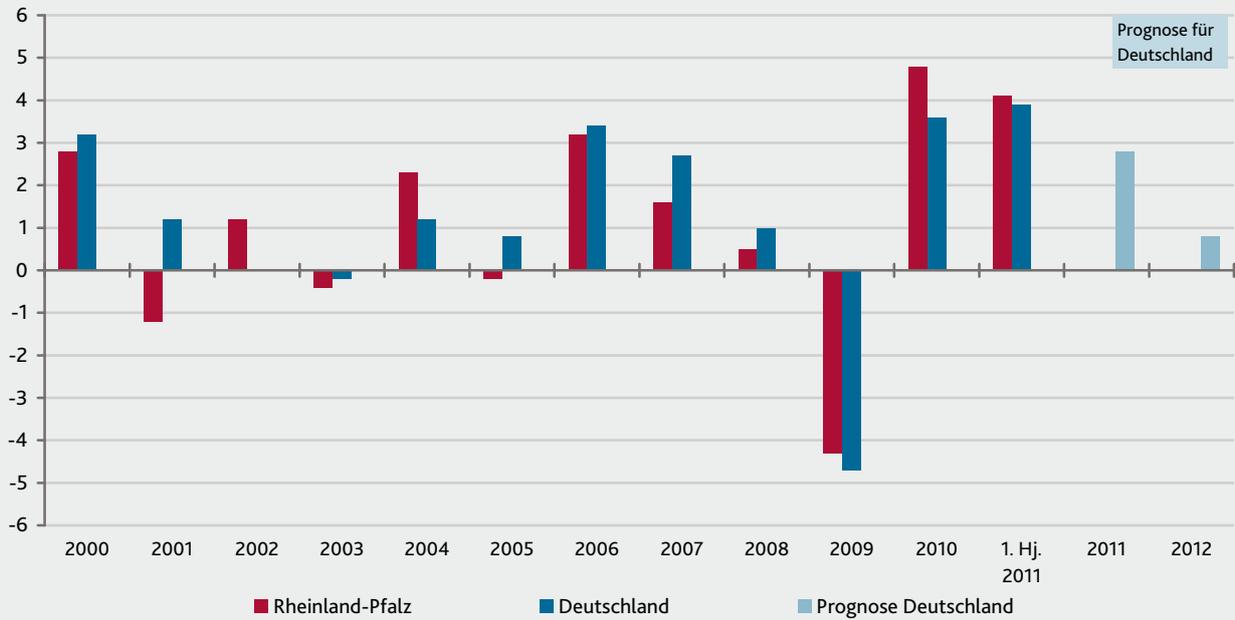
Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland wird die aktuelle Entwicklung vor allem durch zwei gegenläufige Faktoren bedingt. Nach dem Ende von dreieinhalb jährigen Berufsausbildungen haben sich wie jedes Jahr im Februar junge Leute, die nicht im Ausbildungsbetrieb verblieben sind, arbeitslos gemeldet. Dadurch ist die Zahl arbeitsloser junger Leute leicht gestiegen. Unterdessen ist die Arbeitslosigkeit der über 30-Jährigen geringfügig gesunken.

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb im Februar 2012 mit 5,6 Prozent gegenüber dem Vormonat unverändert. Gegenüber Februar 2011 ergab sich allerdings ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote 5,6 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Europa; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

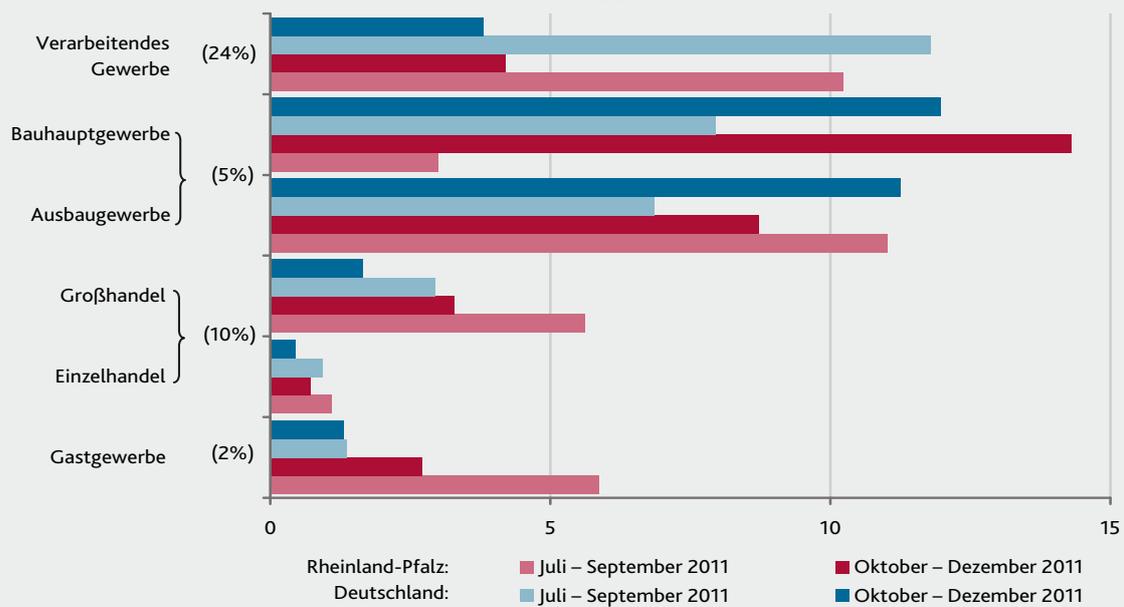


¹ 2000 – 2010 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011; 1. HJ 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2011; nächster Fortschreibungstermin im März 2012. Quelle Prognosewert 2011 und 2012: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



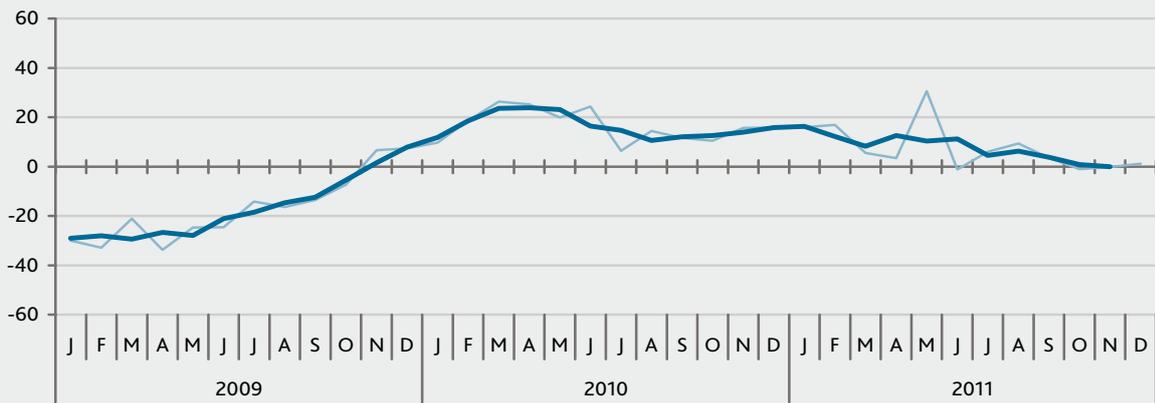
¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

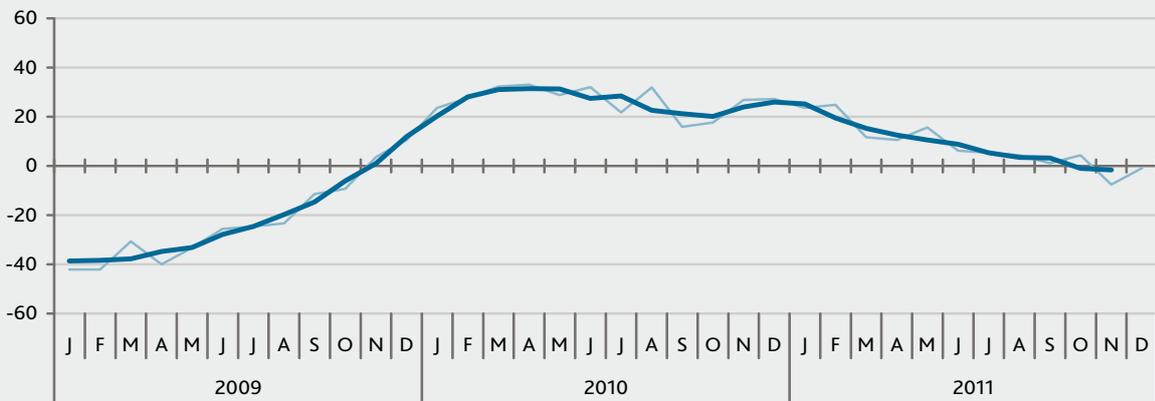
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



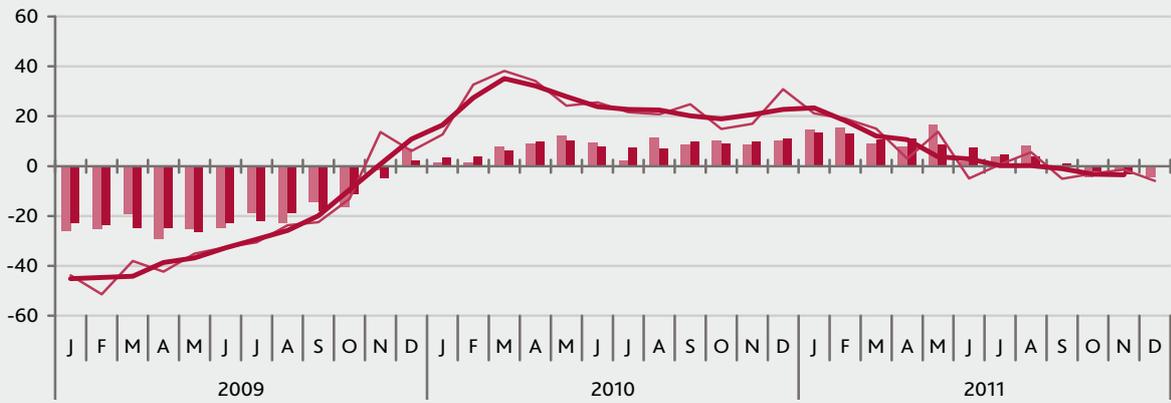
Ausland



■ Produktionsindex (Monatswerte) ■ Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
— Auftragseingang (Monatswerte) — Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)
 Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

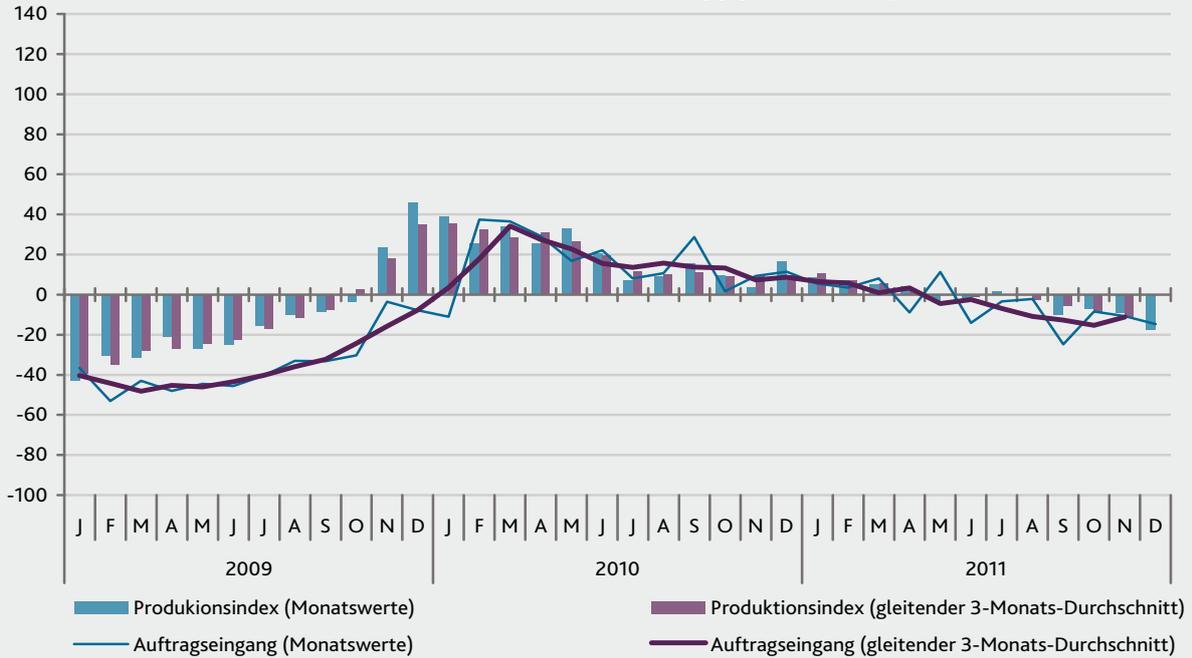
Auftragseingang (Monatswerte)
 Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



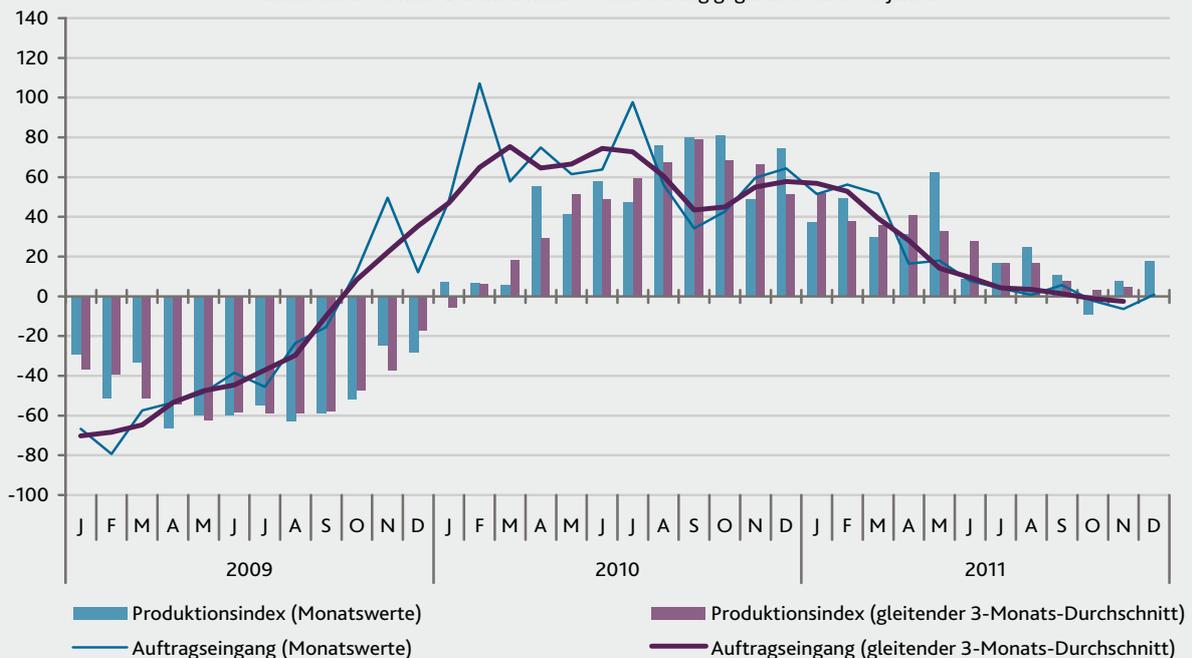
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



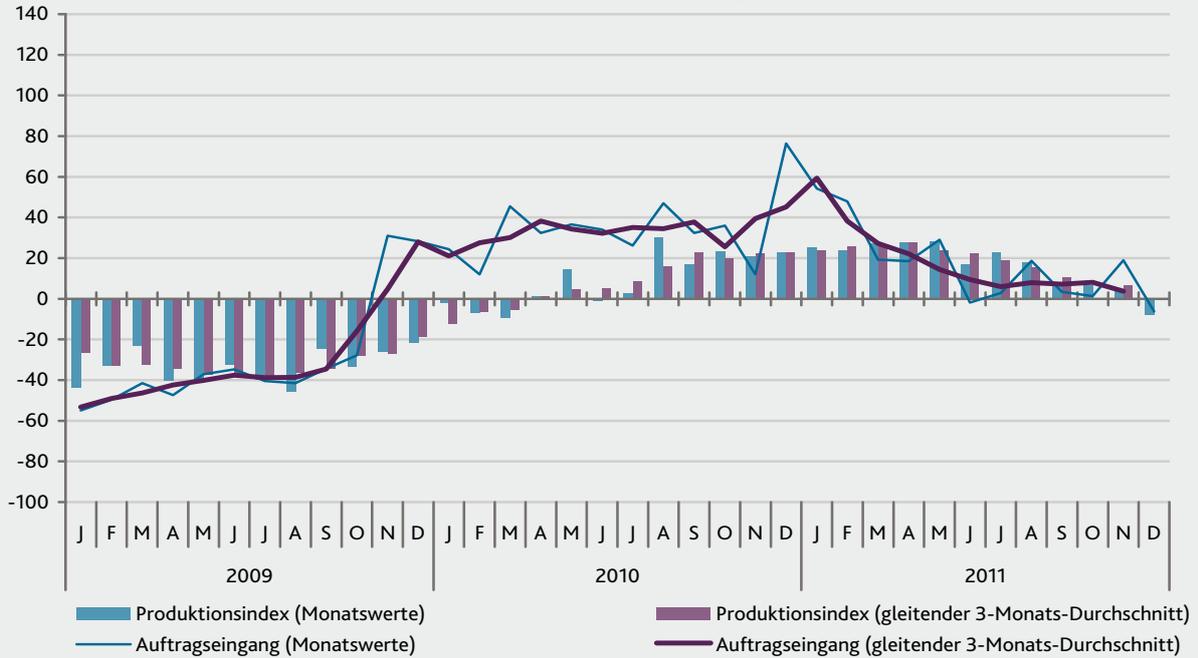
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



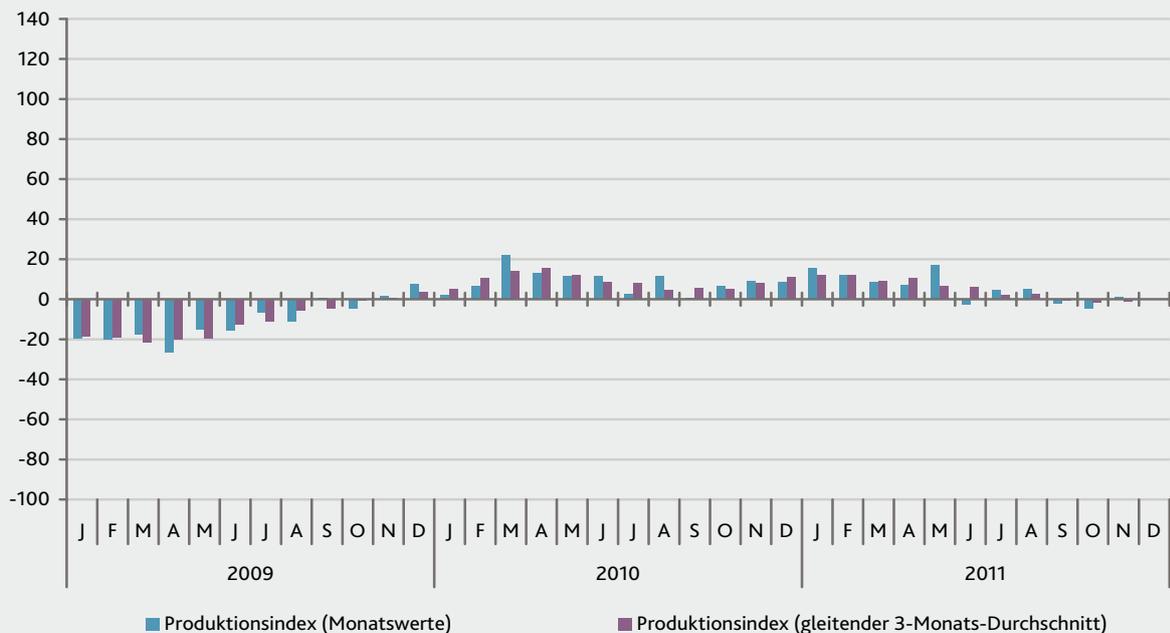
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



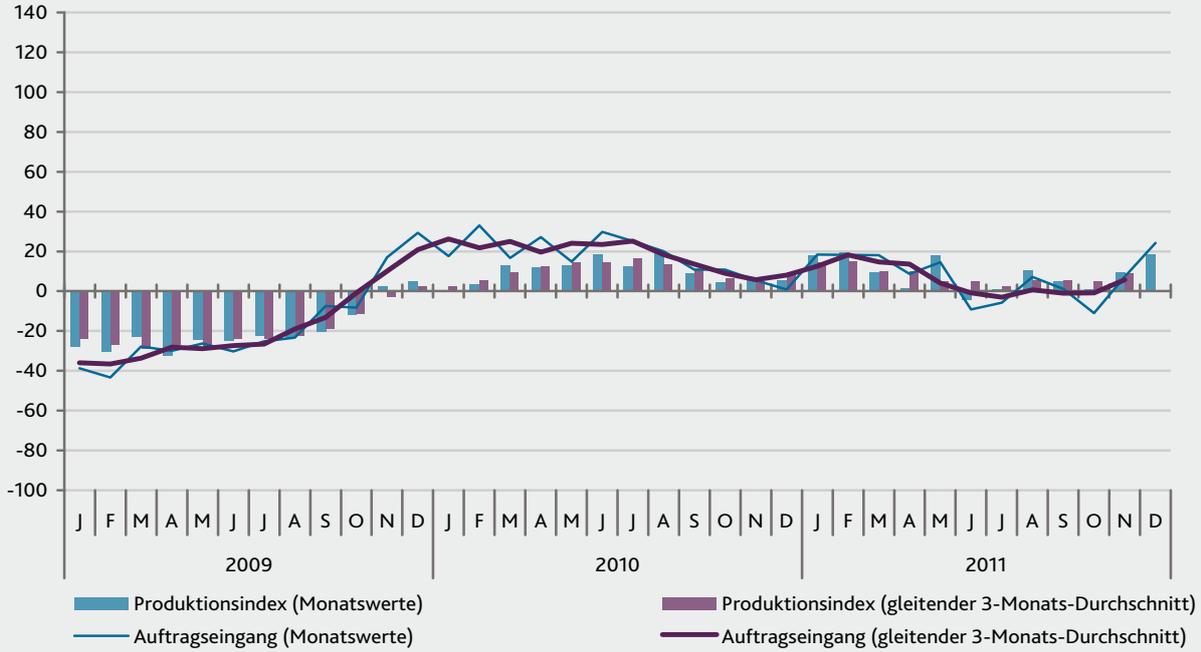
¹ Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – ² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

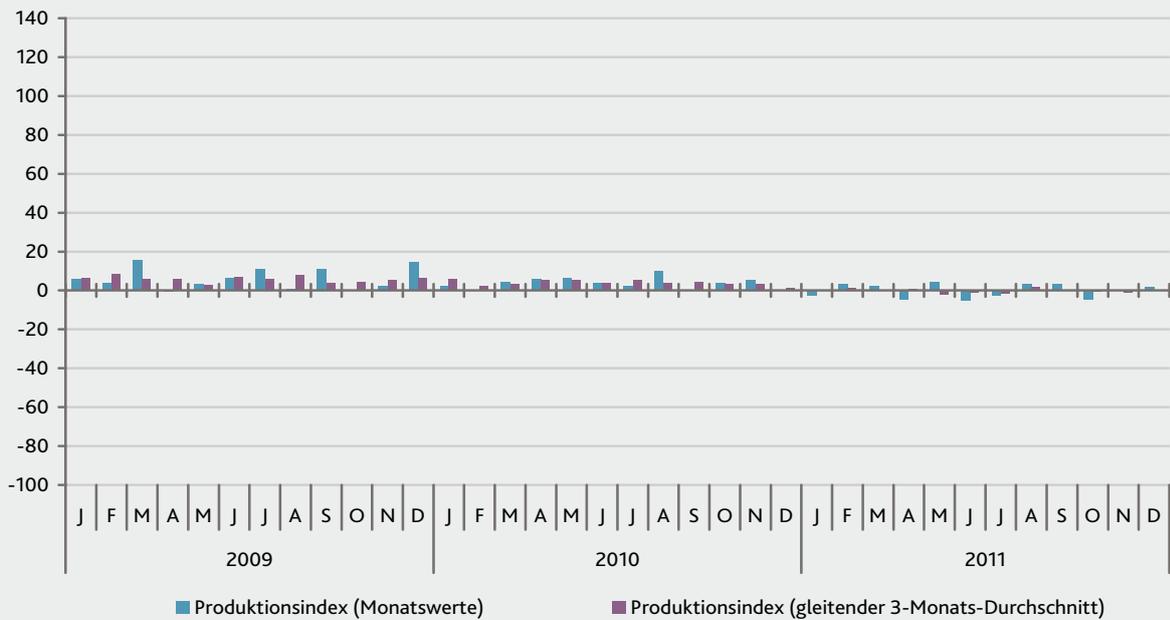
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



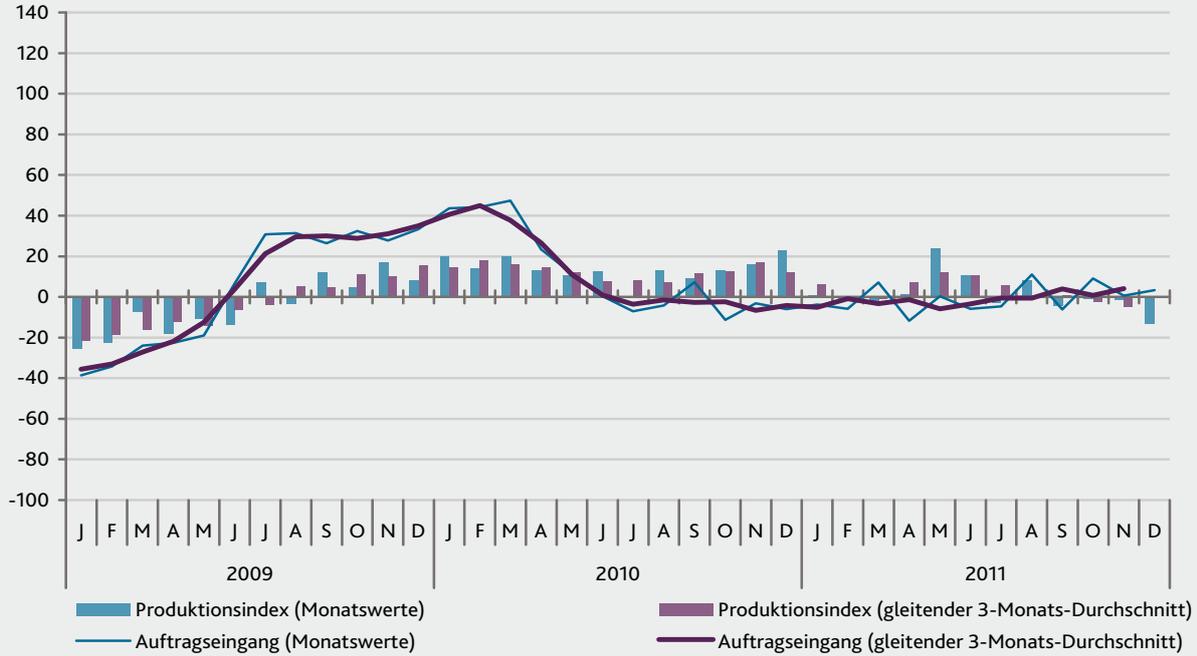
¹ Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – ² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



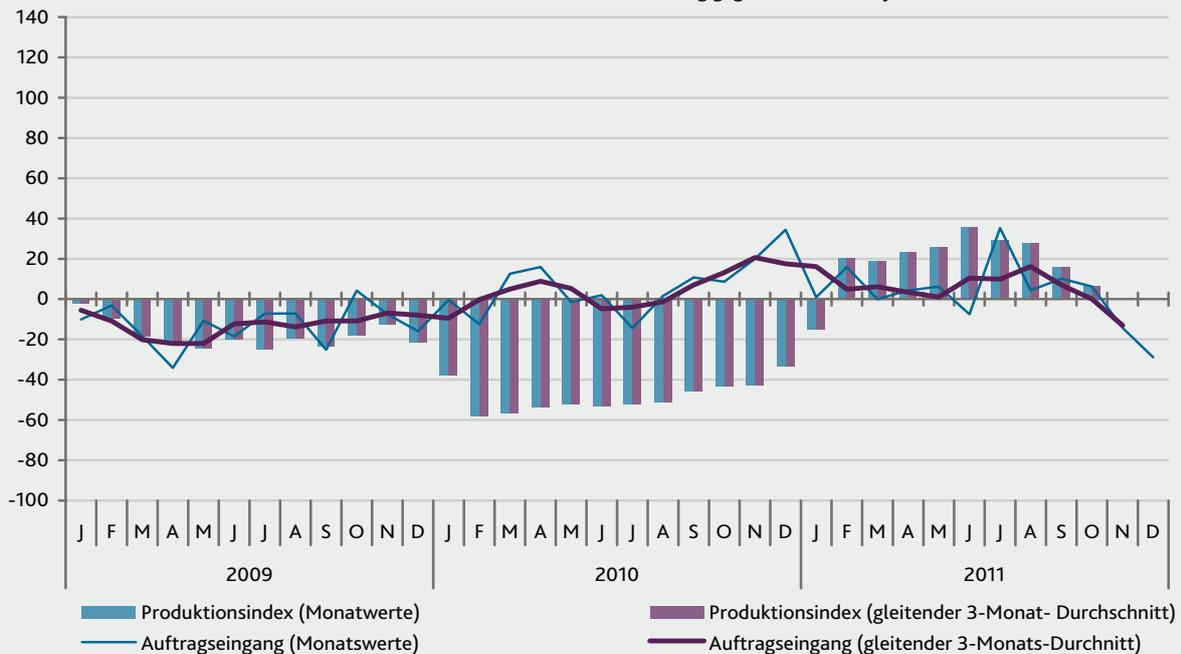
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

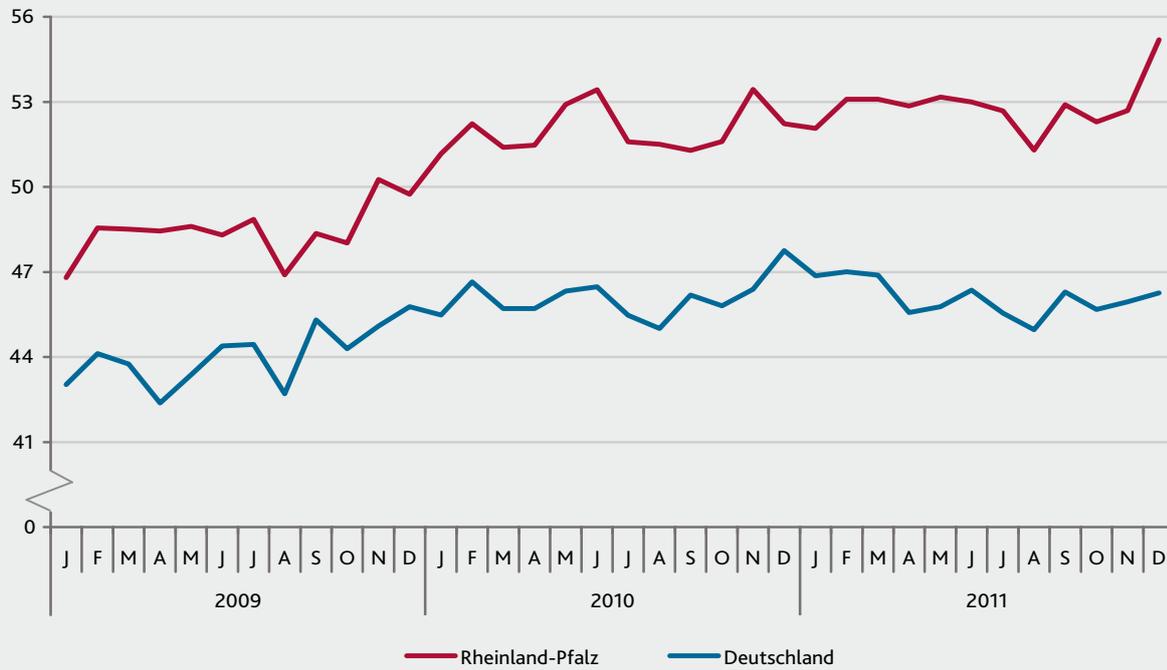


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

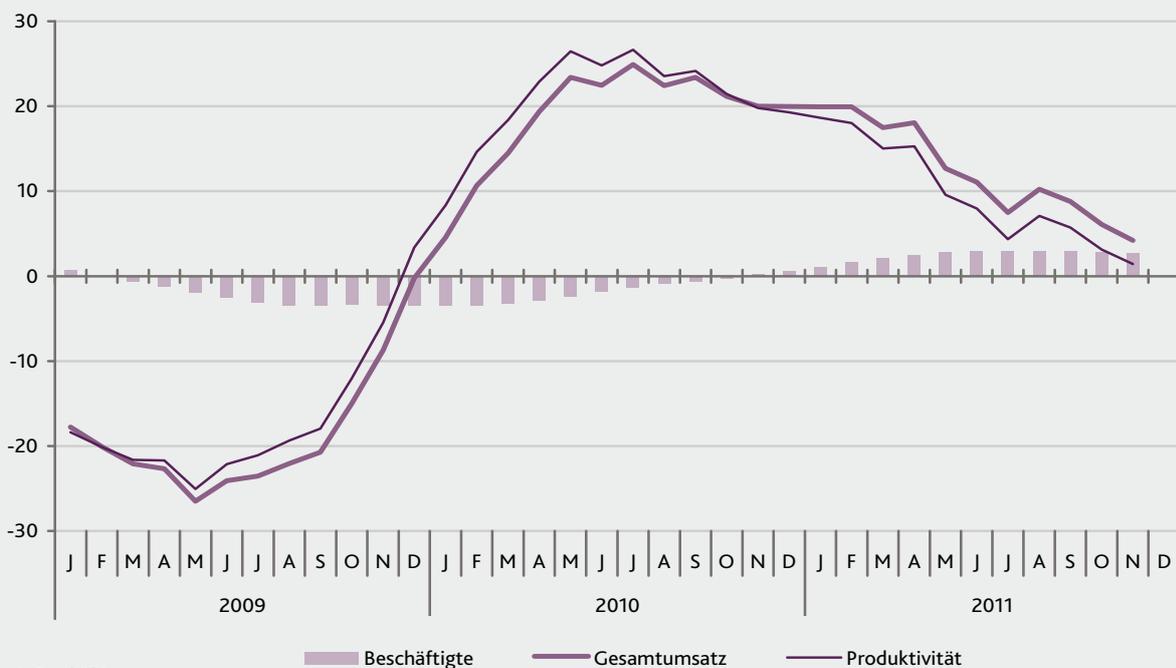
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



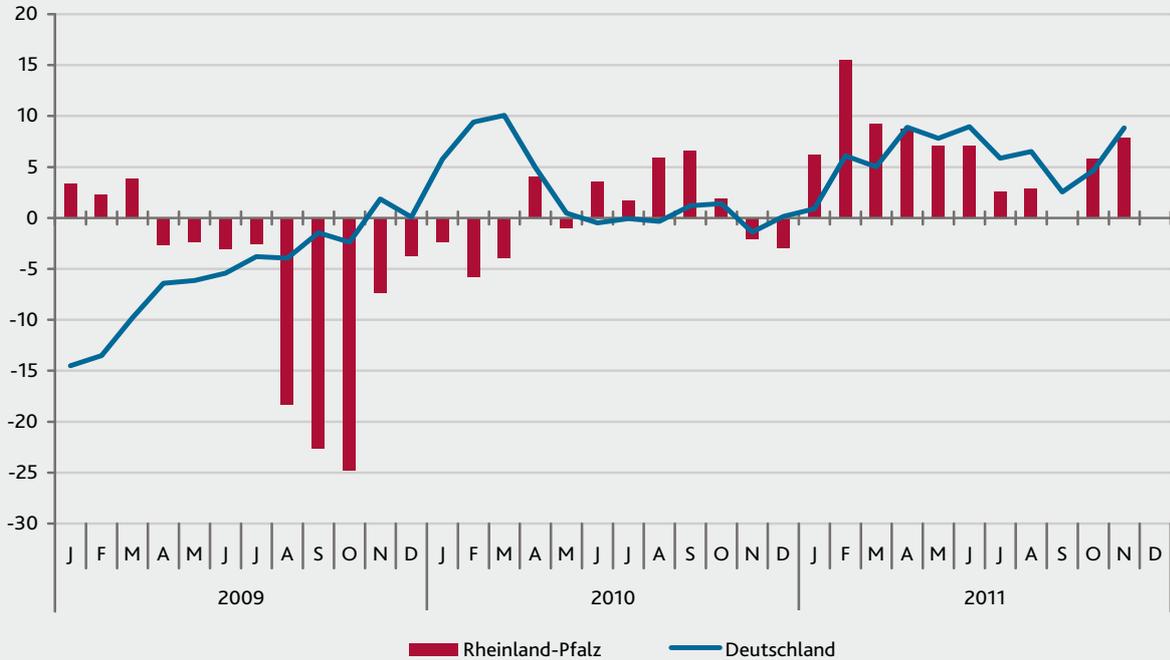
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

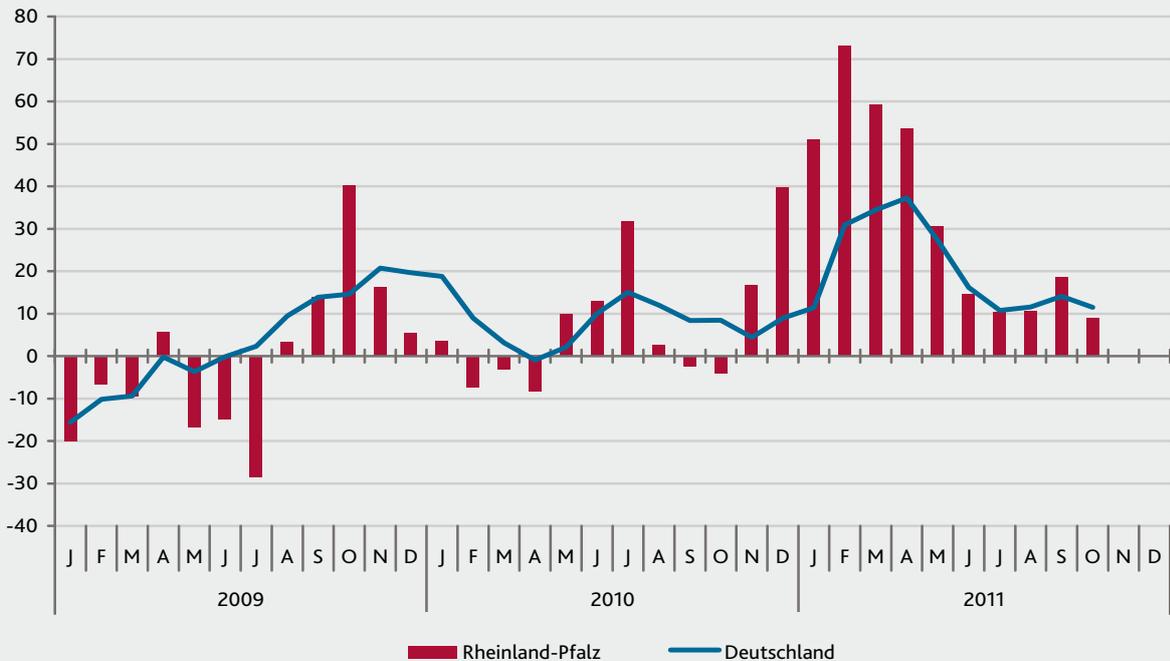


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



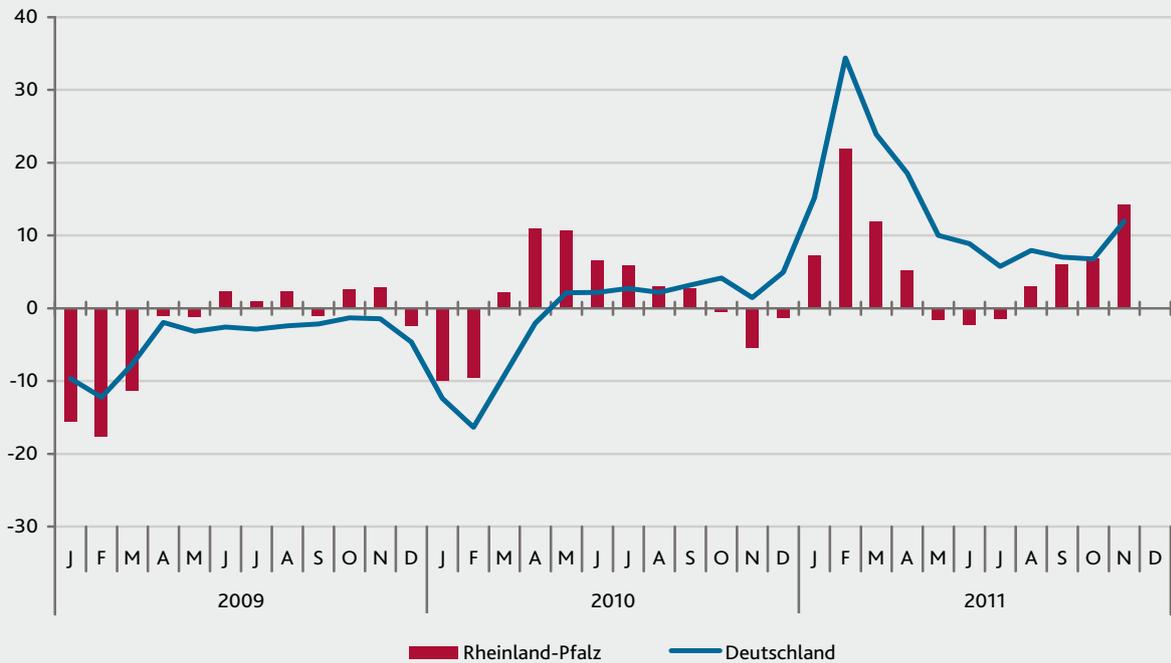
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

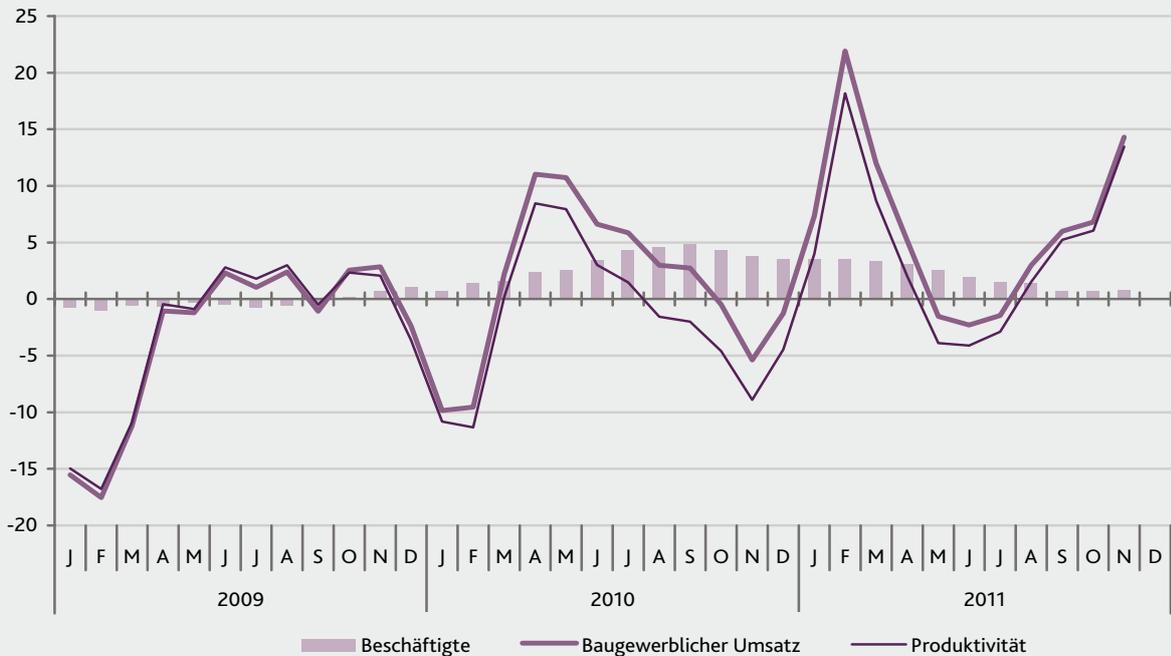


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

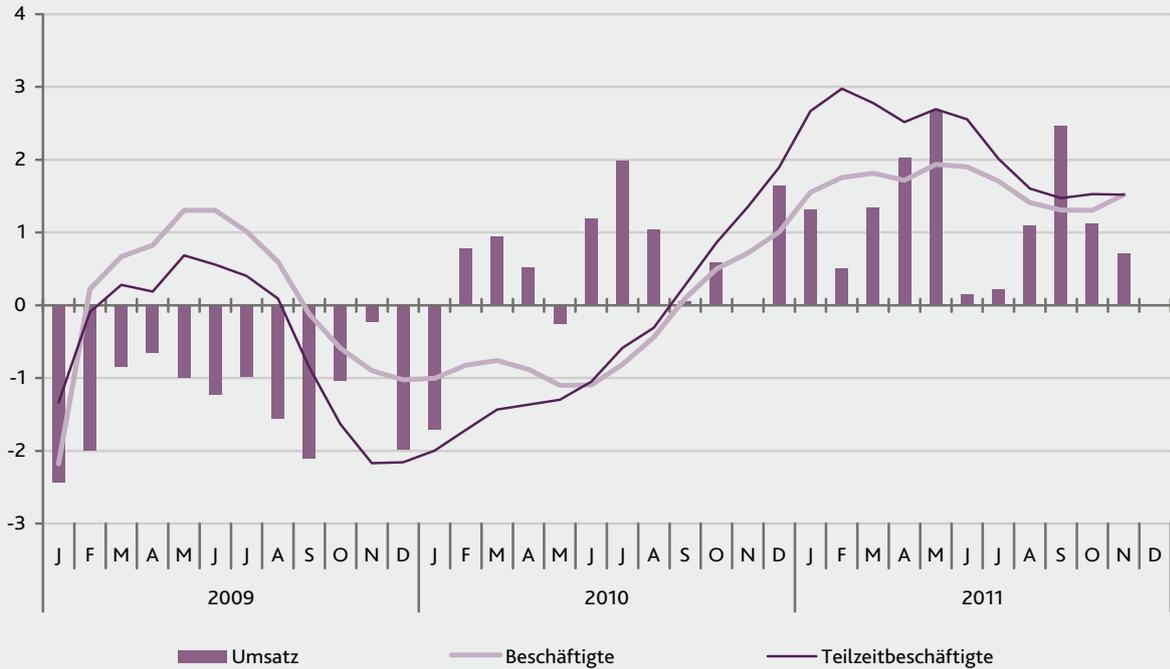


1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

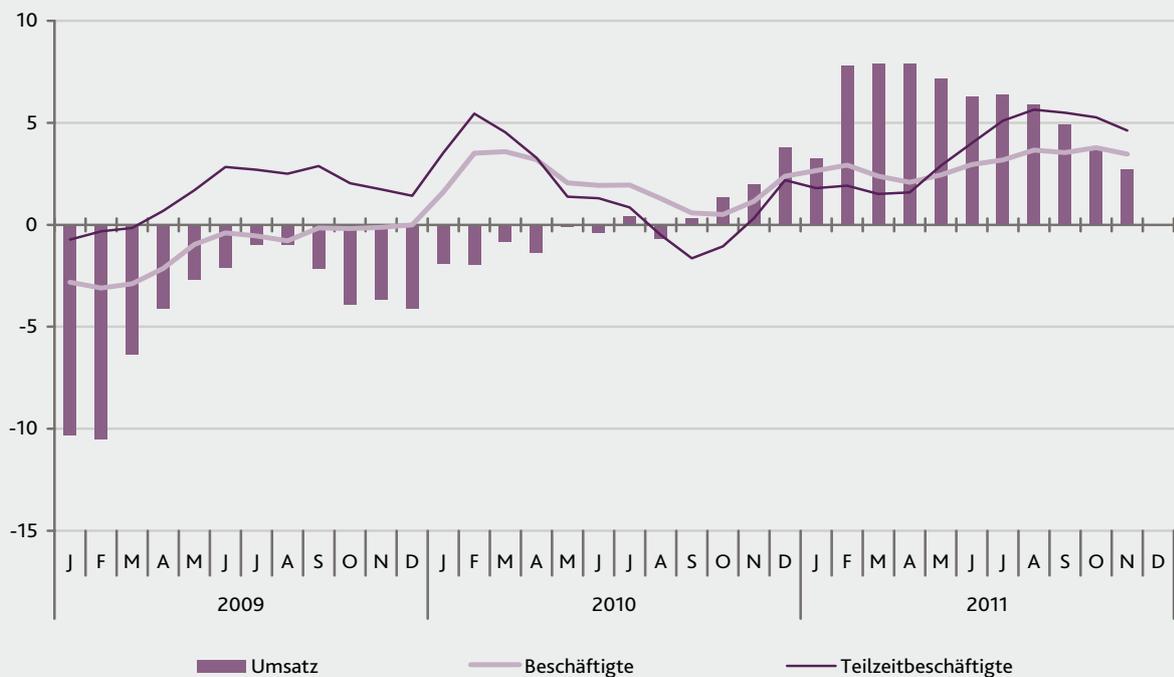


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

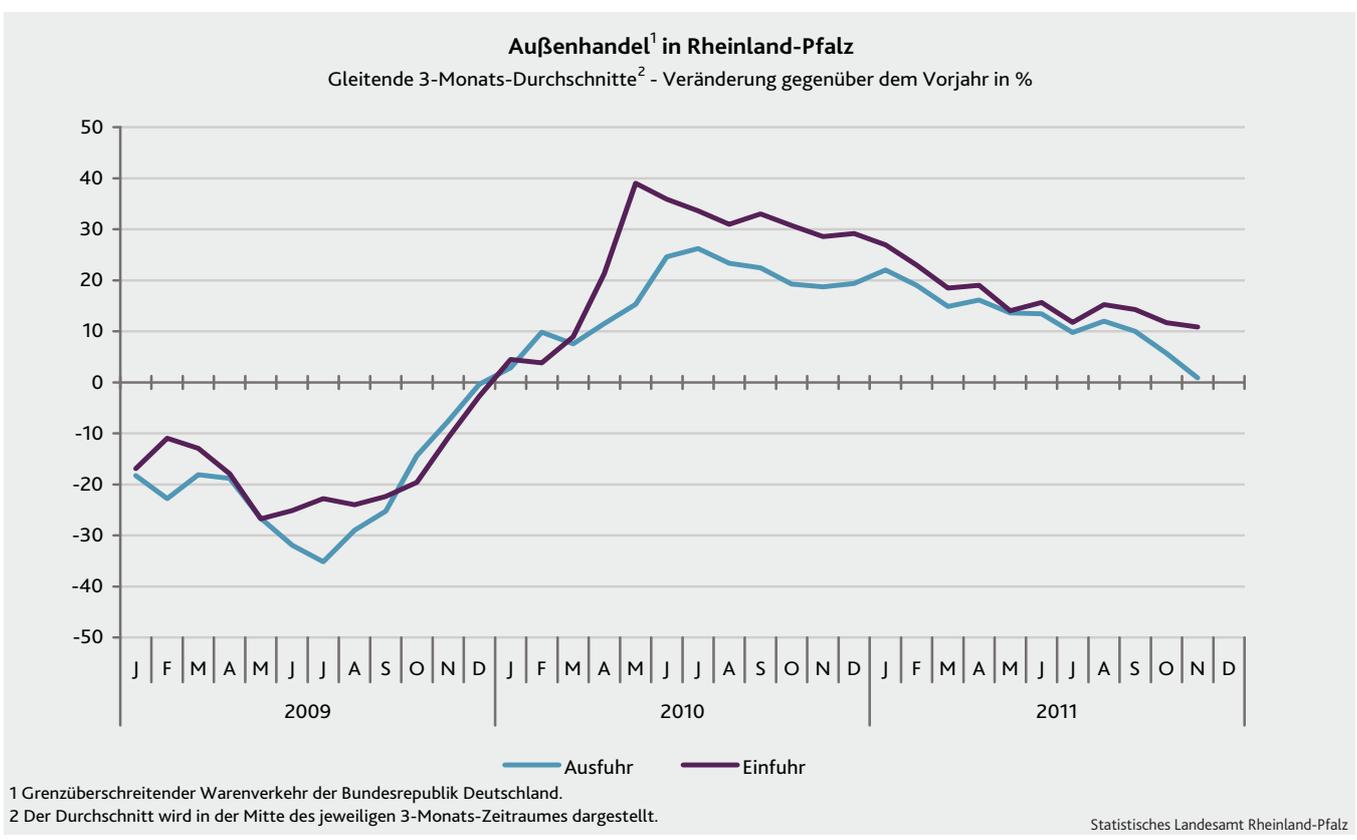
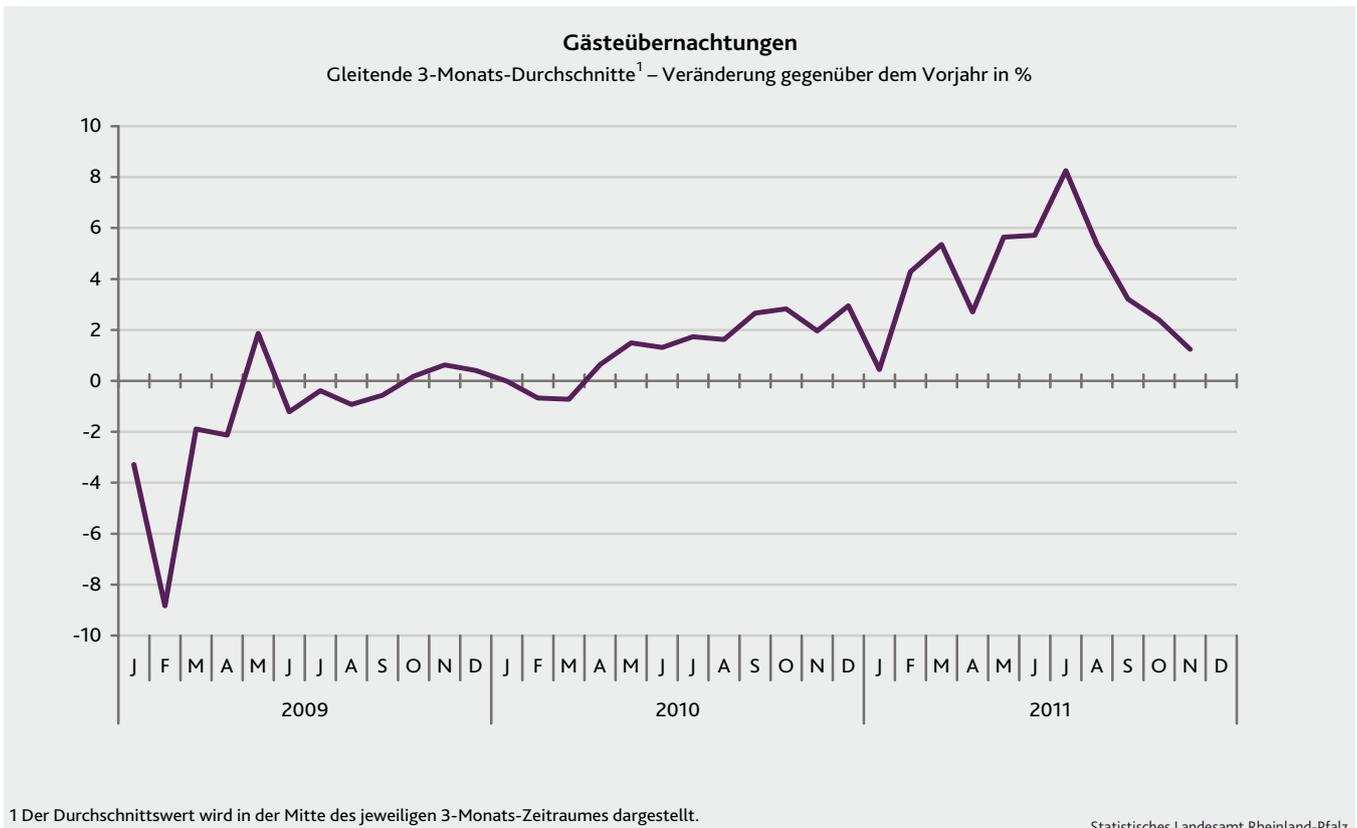
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

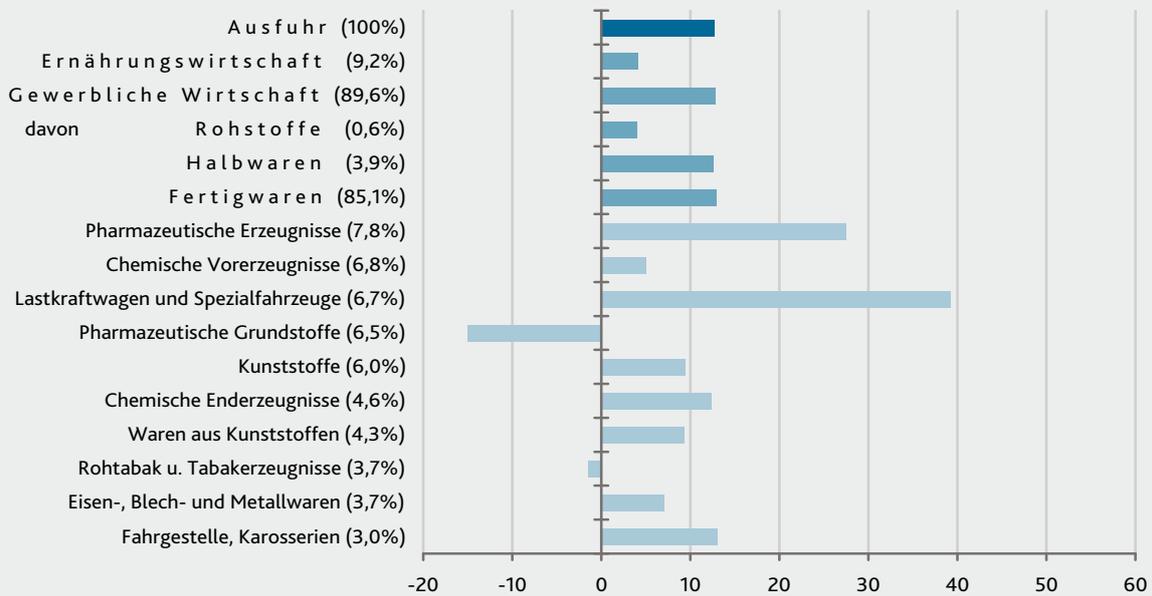


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



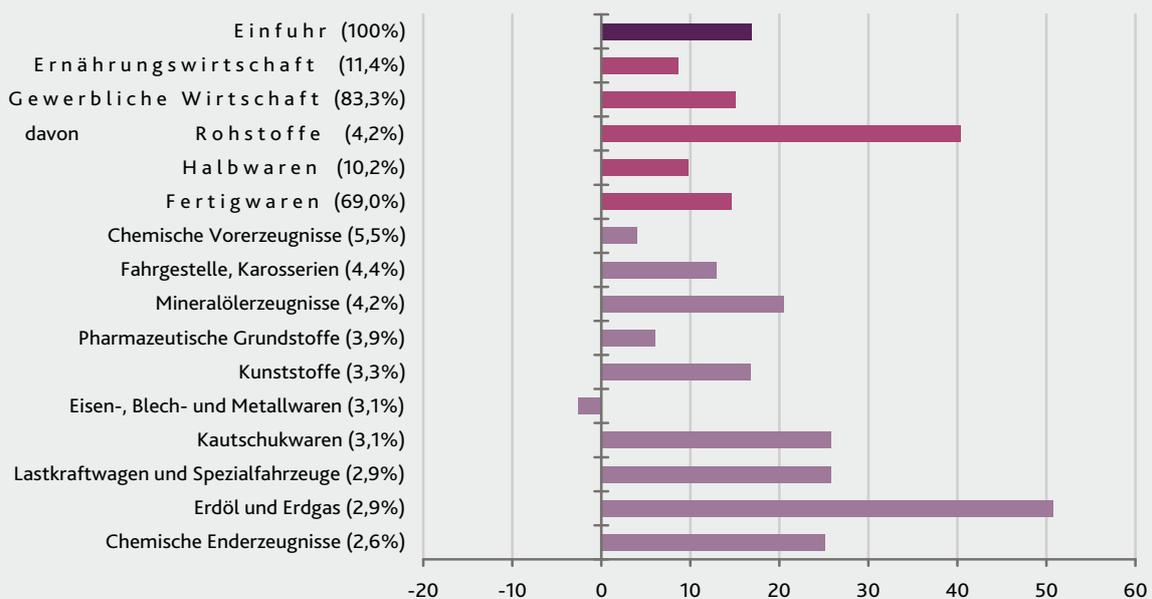
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2010 - November 2011 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

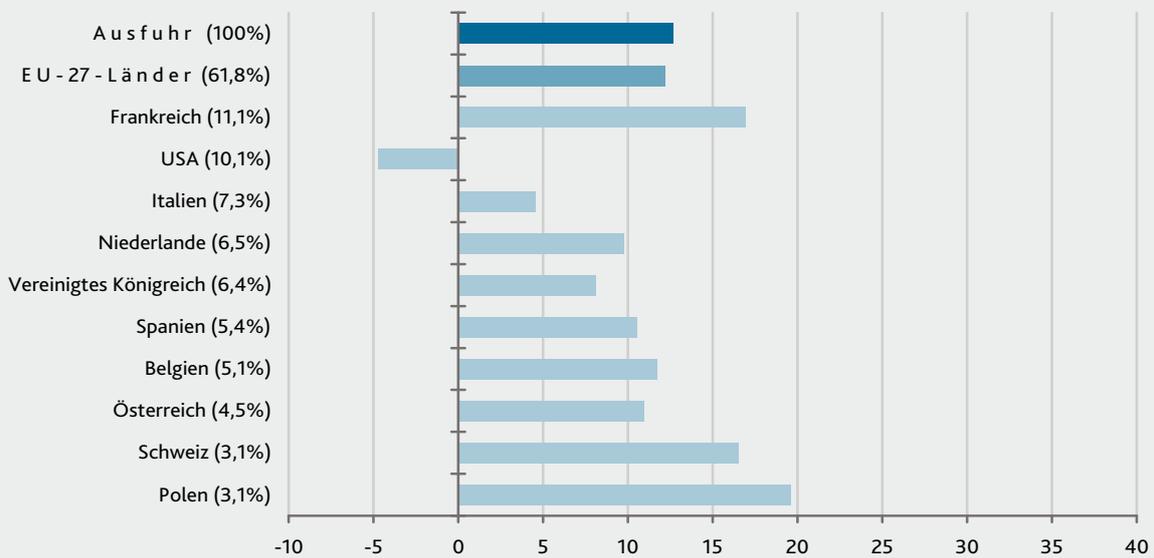
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2010 - November 2011 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

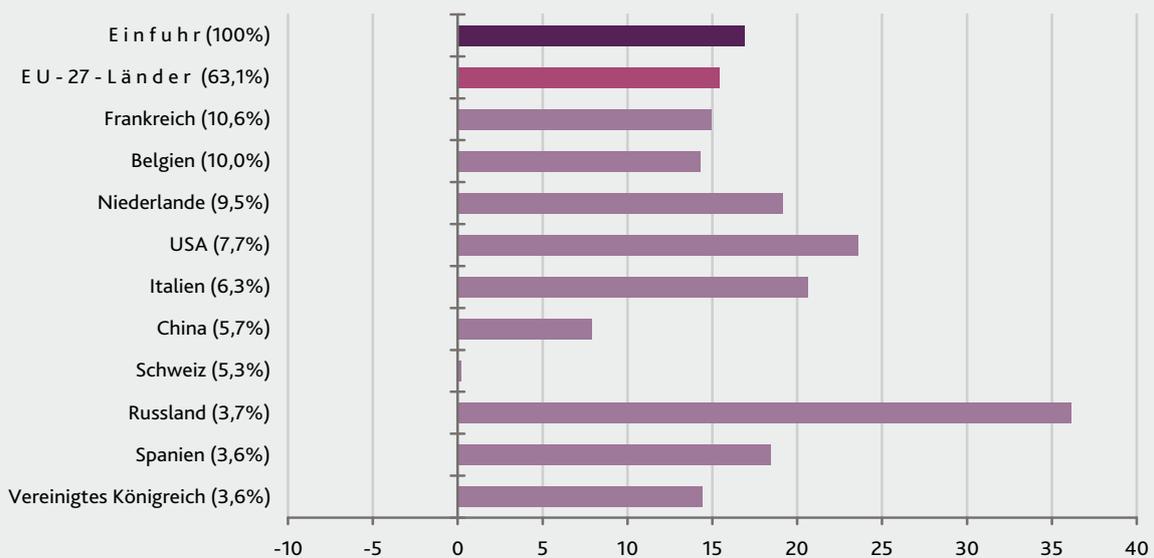
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2010 - November 2011 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

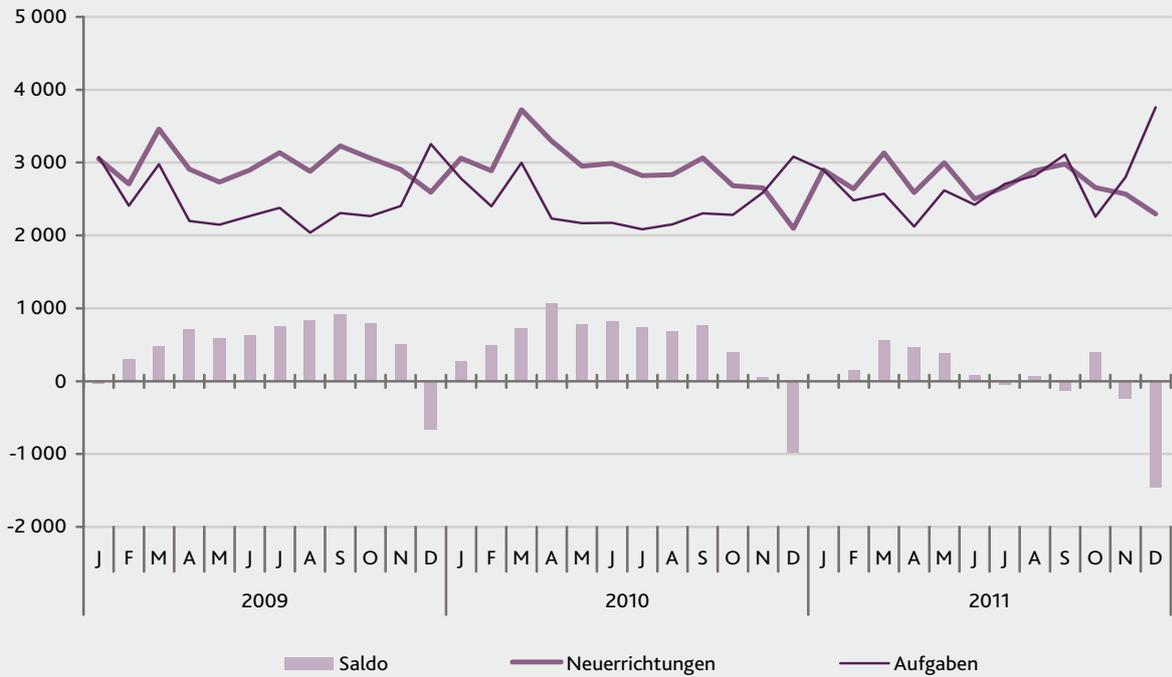
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2010 - November 2011 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

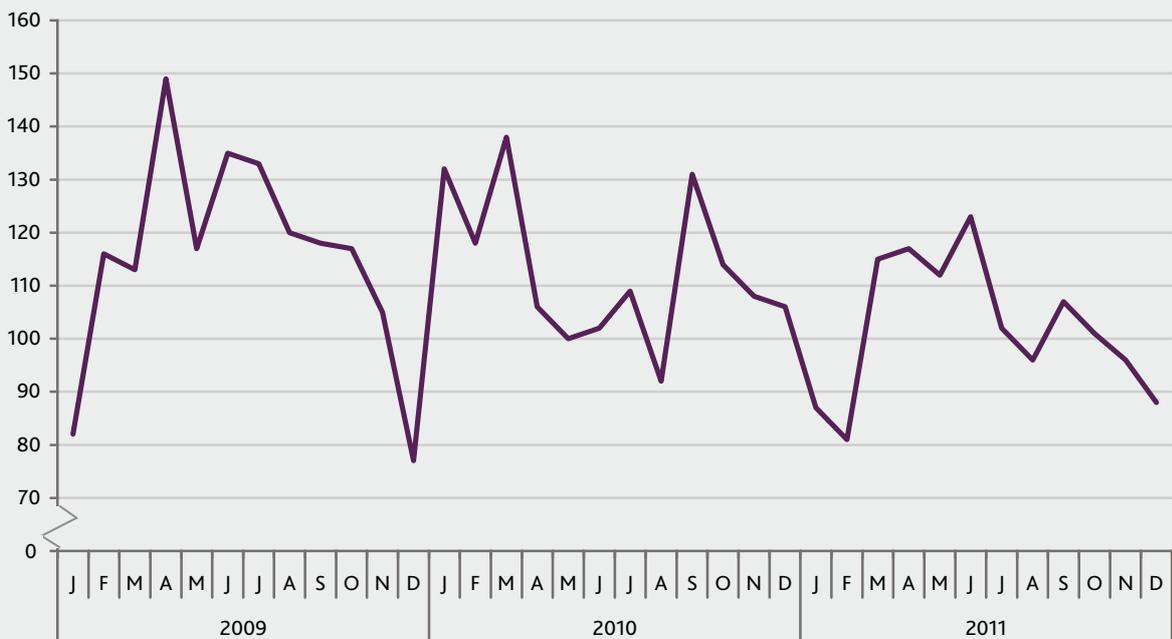
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



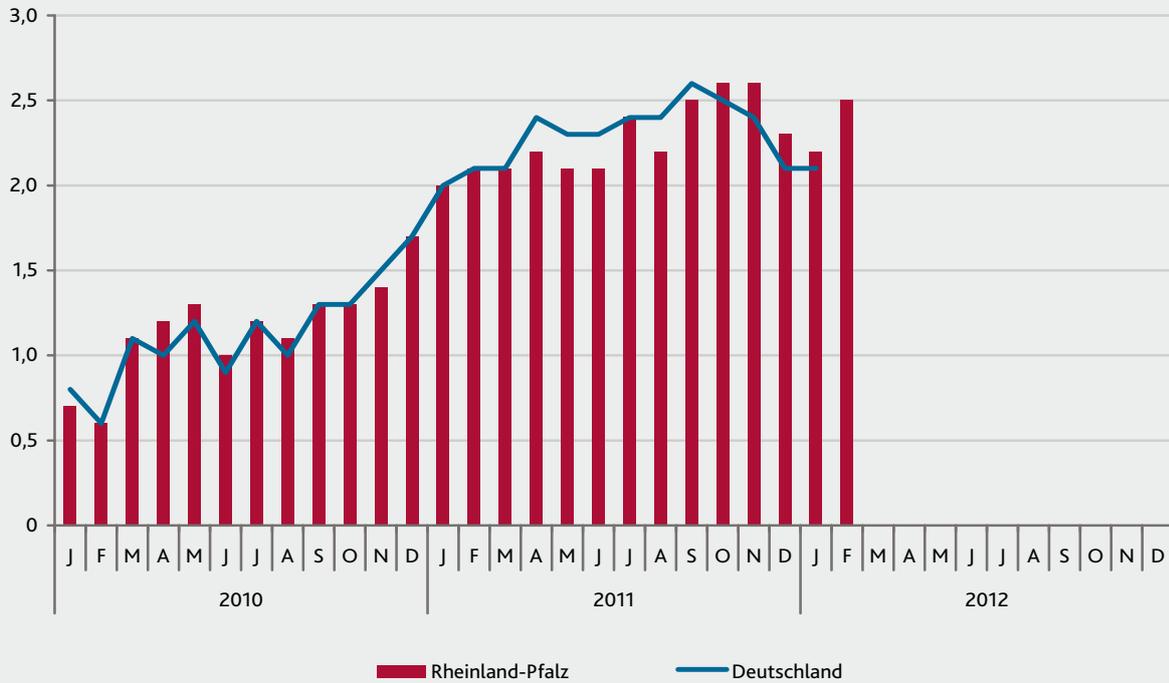
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



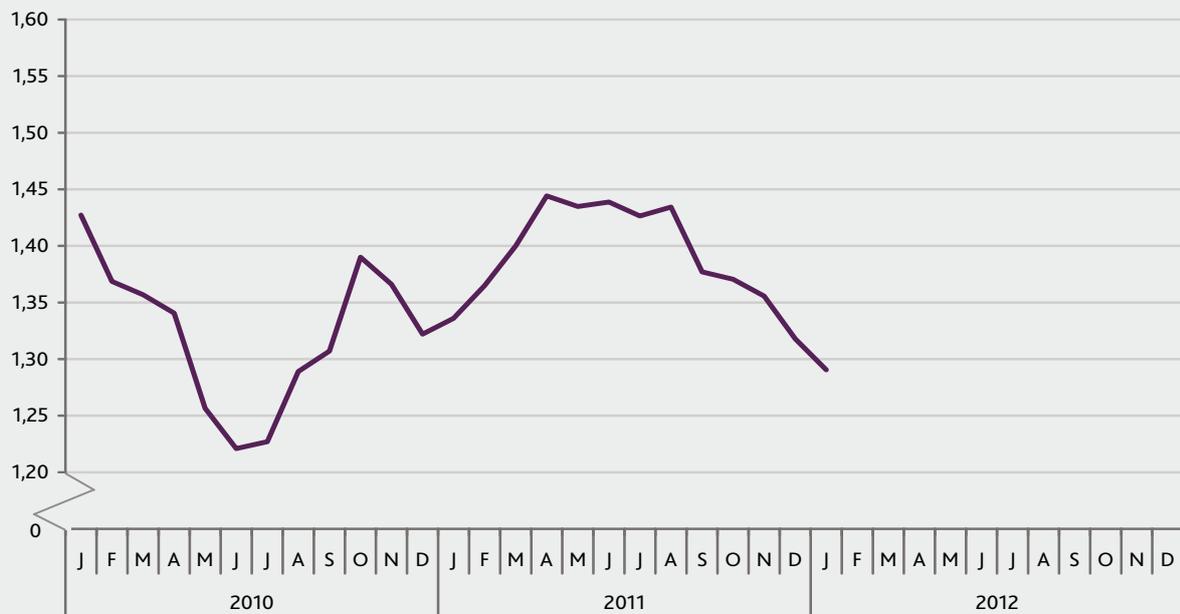
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

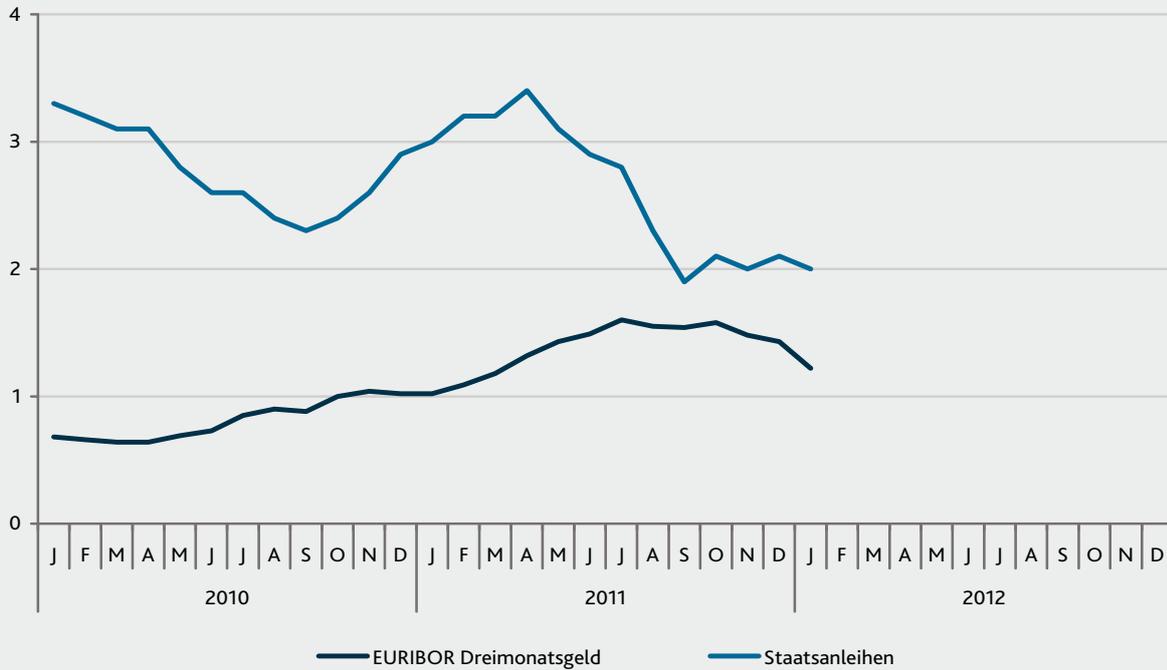
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

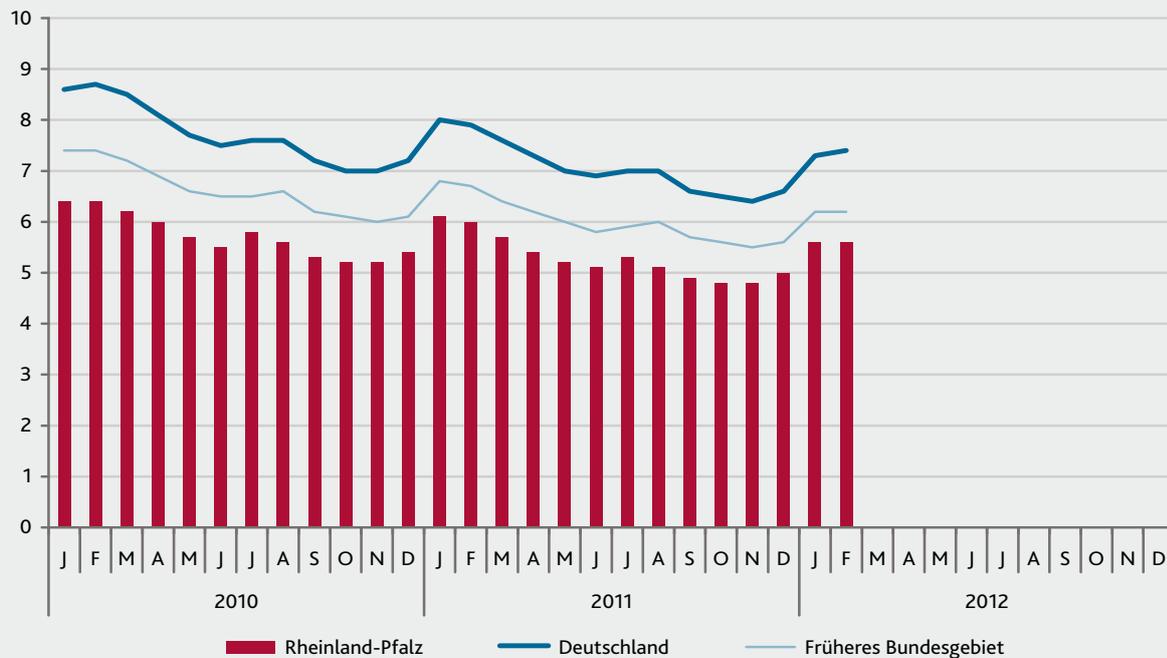
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

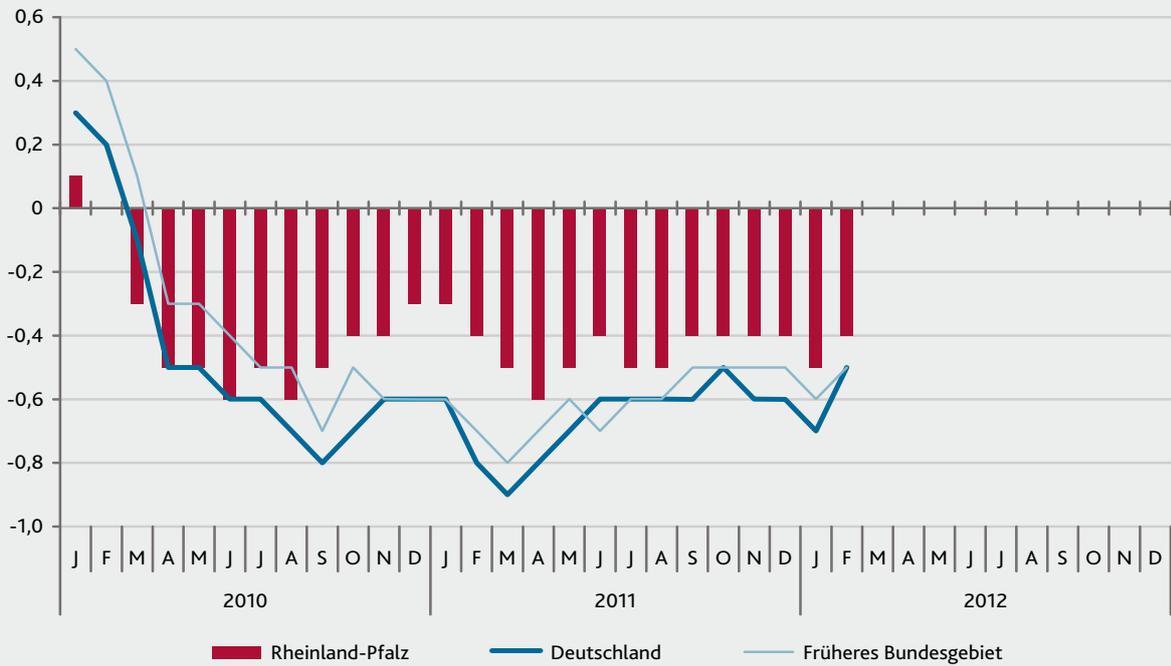
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

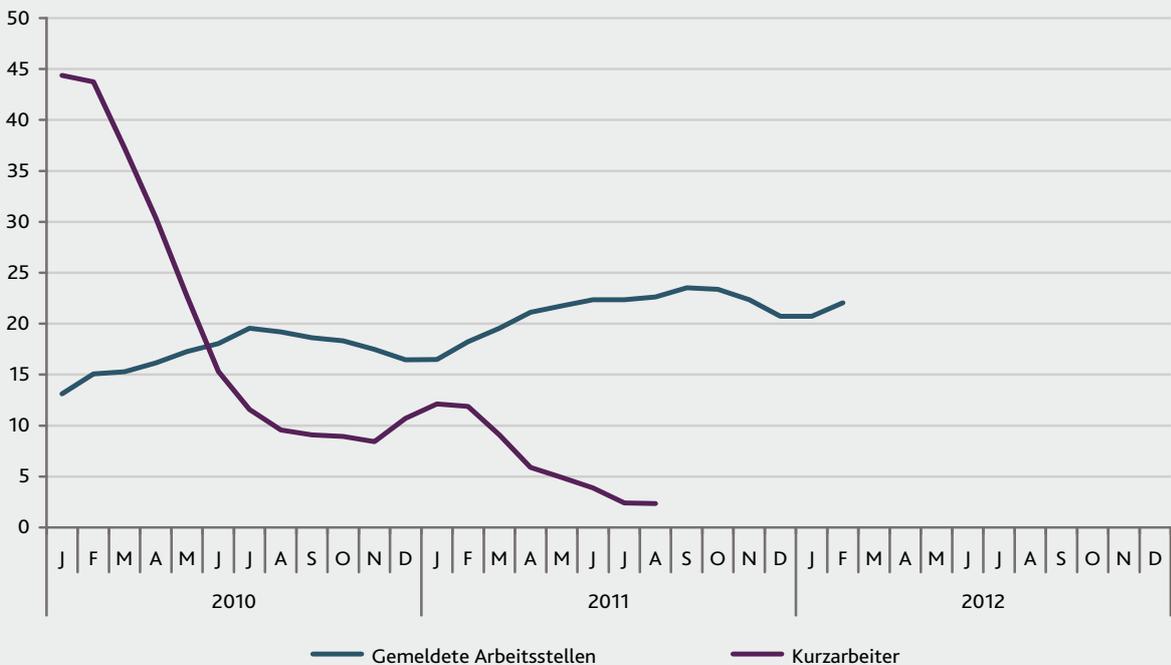
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

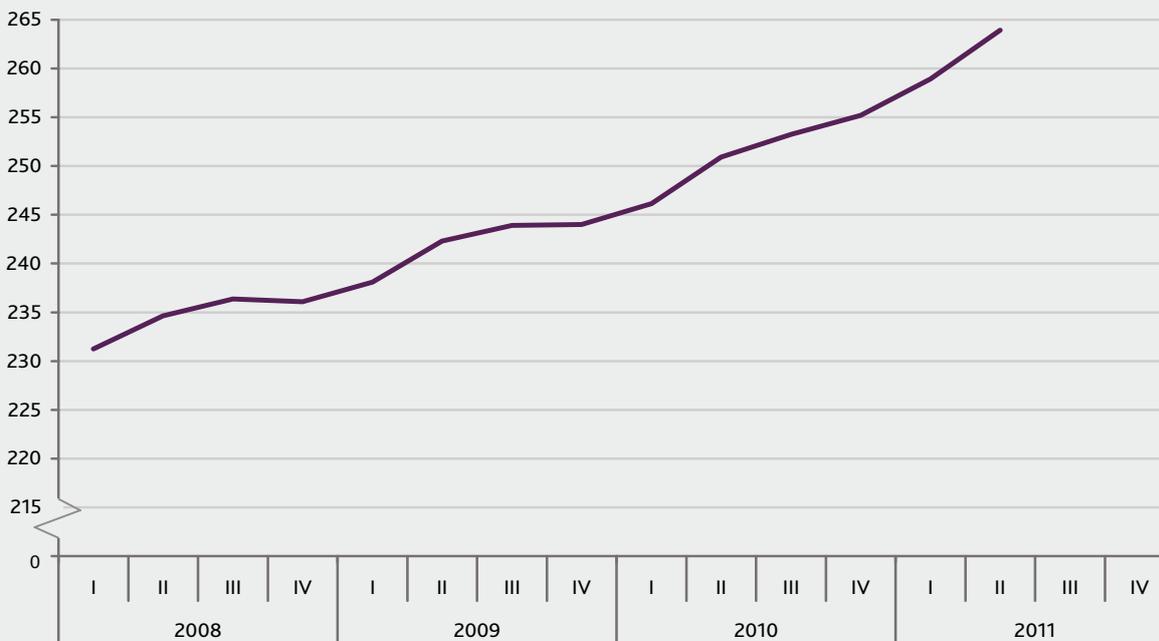
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

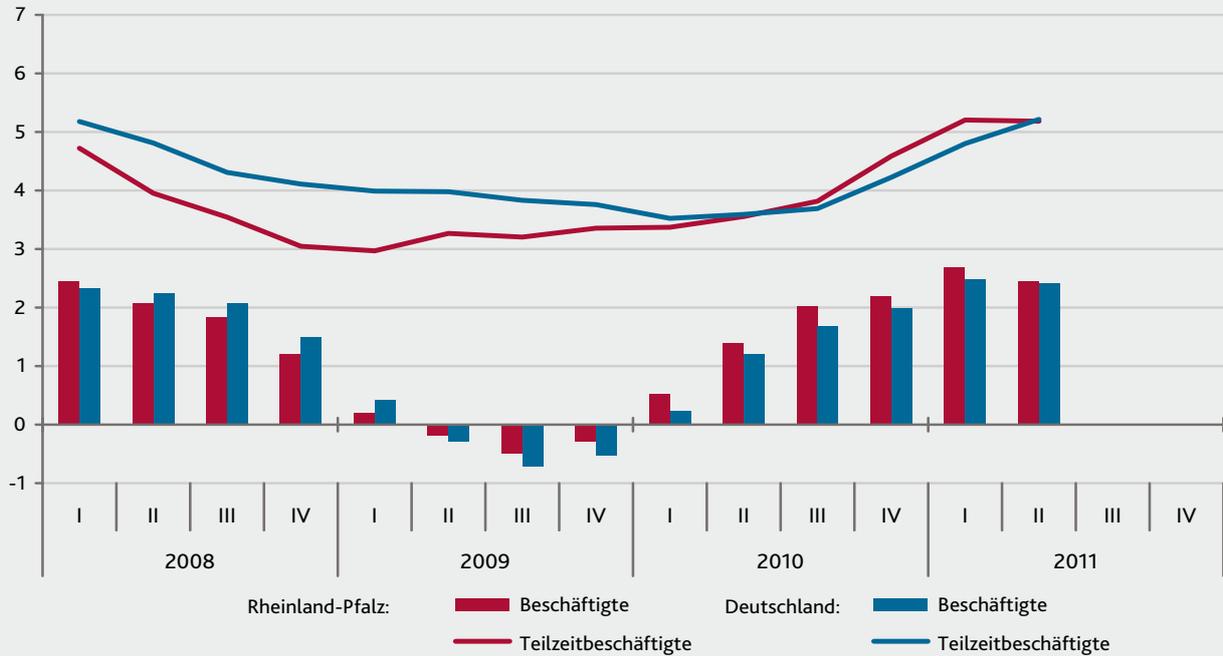
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

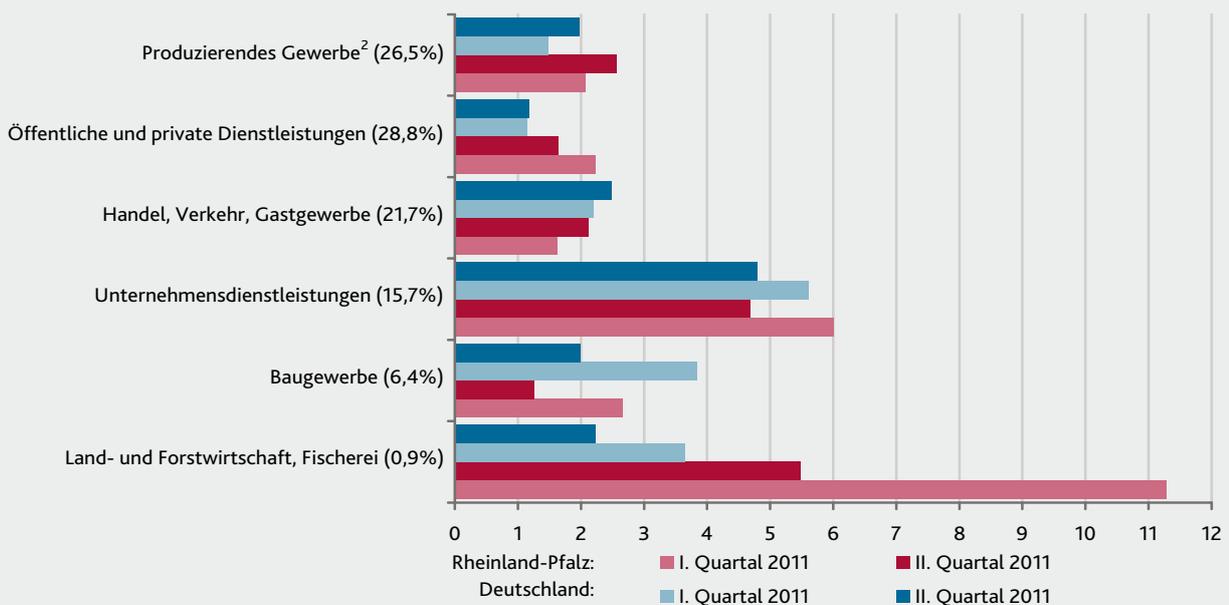
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

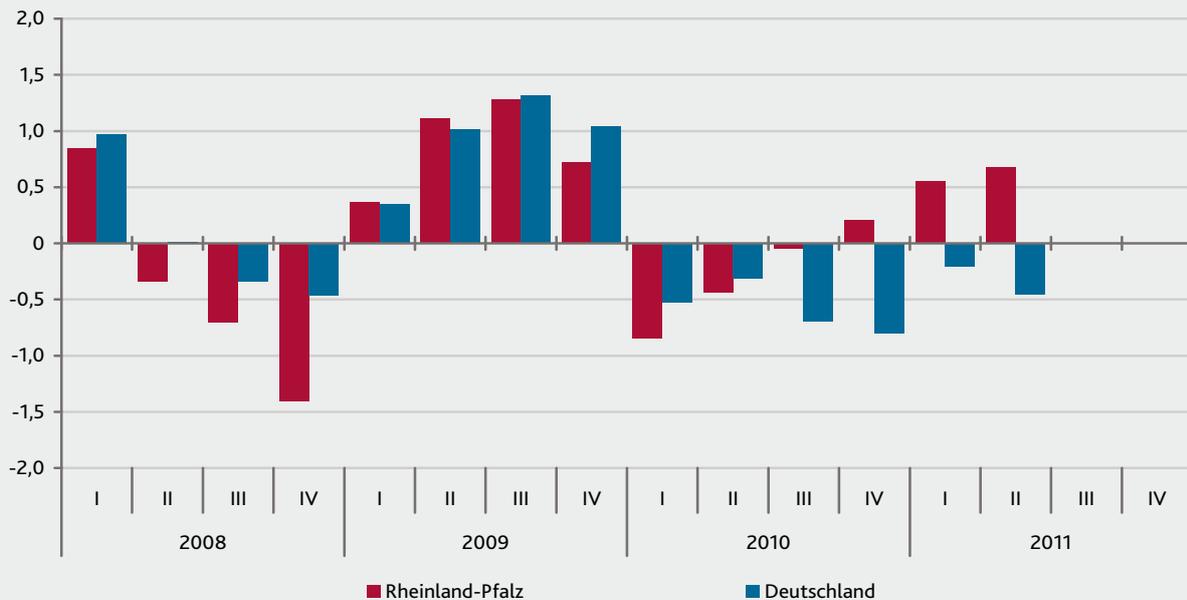
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

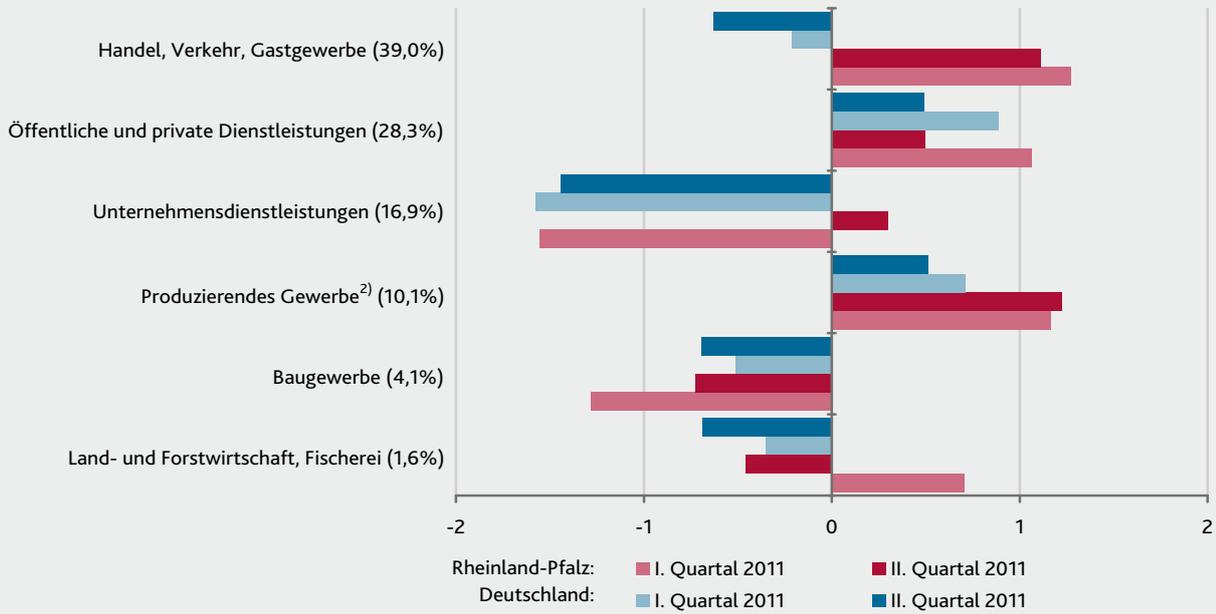
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. Februar 2012.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit

sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den

preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

20	129 151	130 953	128 093	127 962
752	134 121	128 093	133 450	128 432
6 058	126 824	133 450	157 264	152 522
134 628	134 545	157 264	111 776	110 138
157 811	157 827	111 776	80 756	77 082
113 466	113 035	80 756	63 568	61 102
87 007	84 980	63 568	77 648	69 102
65 282	64 829	77 648	92 396	87 102
78 320	78 146	92 396	125 873	118 102
95 409	94 429	125 873	103 800	98 102
	125 677	103 800	69 102	
	67 027	69 102		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 ¹	4 004 ¹	4 007	4 006	4 006	4 000	4 000	4 000	4 001
darunter Ausländer ²	1 000	306 ¹	309 ¹	308	309	309	313	313	314	316

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 656	1 681	2 759	2 003	1 996	2 577	2 709	2 239	1 457
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 573	2 631	2 733	2 935	2 609	2 660	2 925	2 942	2 698
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	8,0	8,9	7,7	7,8	8,6	8,9	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 659	3 622	3 399	3 372	3 336	3 087	3 759	3 494	3 488
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,0	10,2	9,8	9,1	11,1	10,6	10,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	10	8	11	11	10	6	7	11	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	4,0	3,7	3,8	2,3	2,4	3,7	4,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	- 666	- 437	- 727	- 427	- 834	- 552	- 790
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 2,0	- 1,3	- 2,1	- 1,3	- 2,5	- 1,7	- 2,3

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	10 329	9 241	9 555	9 704	11 140	10 097	11 078
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	3 271	3 467	3 057	3 835	4 143	4 079	3 937
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	9 842	9 083	9 194	8 227	10 206	9 556	9 751
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	2 623	2 324	2 251	2 320	2 969	2 631	2 221
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	487	158	361	1 477	934	541	1 327
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 832	12 576	14 591	13 384	12 798	13 203	15 348	13 330	13 968

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2008	2009	2010			2011			
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 203	1 201	1 205	1 205	1 218	1 247	1 232	1 237	1 248
* Frauen	1 000	540	549	556	556	558	571	569	570	571

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2008	2009		2010			2011		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Ausländer/-innen	1 000	77	76	71	74	78	81	76	79	84
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	235	242	244	246	251	253	255	259	264
* darunter Frauen	1 000	202	208	209	211	214	216	218	221	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	10	11	8	9	11	11	9	11	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	404	401	398	402	410	404	407	411
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	263	264	264	262	265	272	268	267	270
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	185	176	177	181	187	192	188	192	195
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	333	345	354	354	353	361	362	362	359

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2009	2010		2011			2012		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	113 002	128 173	125 614	101 242	104 438	117 907	118 320
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	52 591	57 269	56 275	48 686	49 429	53 515	53 062
Männer	Anzahl	69 477	64 735	60 411	70 904	69 339	52 556	55 009	64 392	65 258
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	52 882	46 790	42 861	51 439	49 567	36 248	38 471	46 879	47 424
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	74 332	73 143	70 141	76 734	76 047	64 994	65 967	71 028	70 896
* Arbeitslosenquote ⁷	%	6,1	5,7	5,4	6,1	6,0	4,8	5,0	5,6	5,6
* Frauen	%	6,0	5,7	5,4	5,9	5,8	5,0	5,1	5,5	5,4
* Männer	%	6,2	5,8	5,4	6,3	6,2	4,7	4,9	5,8	5,8
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	4,4	5,2	5,4	3,9	4,2	4,8	5,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	2,7	2,9	3,1	2,5	2,6	2,7	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	6,1	6,9	6,7	5,4	5,5	6,2	6,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,5	7,3	7,1	5,9	6,0	6,6	6,6
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,6	12,1	13,6	13,3	11,1	11,4	12,9	12,9
Deutsche	%	5,6	5,2	4,9	5,6	5,4	4,4	4,5	5,1	5,1
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	42 408	21 000	10 717	12 135	11 875
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	13 243	17 048	16 443	16 472	18 246	22 338	20 718	20 734	22 040

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	432	452	466	444	453	498	487	490	425
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	425	418	439	471	453	465	385

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	466	444	453	498	487	490	425
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	7	1	3	3	1	...	1
Unternehmen	Anzahl	63	50	34	48	89	49	92	78	34
private Haushalte	Anzahl	366	401	425	395	361	446	394	412	390
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	714	729	620	737	797	760	741
* Umbauter Raum	1 000 m ³	441	464	494	497	427	506	538	487	499
* Wohnfläche	1 000 m ²	80	87	94	94	80	96	106	93	94
* Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	3 762	3 707	3 259	3 957	4 217	3 827	3 745
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	132	129	113	134	143	130	133

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	106	128	146	124	125	153	155	155	125
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	22	15	24	17	18	14	13
Unternehmen	Anzahl	89	107	119	107	97	129	124	125	108
private Haushalte	Anzahl	2	4	5	2	4	7	13	16	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	45	9	12	13	8	2	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	707	748	1 000	825	708	863	1 986	1 046	487
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	104	127	106	104	131	184	140	82
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	82	72	62	100	113	103	61

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	893	865	749	866	899	904	872
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	4 508	4 203	3 828	4 606	4 762	4 530	4 445

Landwirtschaft

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 468	10 541	11 098	11 883	10 503	11 053	11 630	12 471	11 601
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	2 286	3 296	2 473	2 209	2 300	3 029	2 503
darunter										
* Kälber ²	t	13	12	12	18	24	11	11	18	23
* Jungrinder	t	11	9	11	24	15	5	13	18	17
* Schweine	t	8 001	8 198	8 768	8 486	7 973	8 797	9 279	9 335	9 028
* Eierzeugung ³	1 000	8 738	12 188	14 180	15 316	15 443	11 497	11 895	11 893	13 213

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 005	1 007	1 007	999	1 000	1 001	1 001
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	242 777	238 784	241 307	241 528	240 922	247 610	248 345	247 970	247 247
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	30 349	31 003	32 440	29 352	32 632	31 292	33 096	29 621
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	852	853	822	1 078	874	852	863	1 215	909
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 498	6 925	6 334	7 317	6 739	7 244	6 609
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	2 805	3 609	3 657	3 954	3 352	4 042	3 732	4 017	3 295
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 642	1 706	1 771	1 977	1 745	1 885	2 041
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	118	120	98	124	116	123	92
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 081	1 145	1 112	1 174	1 146	1 220	1 181
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	1 978	2 240	1 941	2 281	2 085	2 287	1 932
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	932	928	856	1 053	970	959	1 073
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	3 240	3 354	3 703	3 310	3 871	3 524	3 817	3 647
Exportquote ⁸	%	48,5	52,1	51,6	53,5	52,3	52,9	52,3	52,7	55,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	94,0	98,3	98,8	96,3	91,2	96,9	92,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	84,3	90,0	82,9	85,0	79,3	84,9	75,4
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	102,9	104,6	116,7	107,4	102,7	111,1	117,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2009	2010			2011					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	78,9	103,0	113,8	106,7	81,5	116,0	106,6	114,7	93,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	109,5	110,7	110,8	120,6	120,7	112,6	110,5	103,6	89,1
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	68,4	79,3	70,1	76,0	70,7	67,3	64,2	67,9	60,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	54,0	87,1	96,3	93,9	97,0	94,4	94,2	87,9	97,9

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2, 3}	Anzahl	116	164	163	163	163	167	167	167	167
* Beschäftigte ^{2, 3, 4}	Anzahl	10 014	9 470	9 477	9 467	9 464	9 565	9 643	9 643	9 621
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2, 3}	1 000 h	1 272	1 205	1 193	1 282	1 152	1 238	1 150	1 284	1 131
* Bruttoentgeltsumme ^{2, 3}	Mill. EUR	36	36	42	50	36	34	44	51	36
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	475	491	531	420	448	433	507
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	462	478	516	408	433	421	493

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	38 344	38 005	37 515	39 082	38 188	38 473	38 068
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	4 282	4 033	2 102	4 577	4 143	4 402	3 069
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 605	1 536	843	1 809	1 626	1 704	1 292
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	877	873	992	971	624	1 029	996	1 030	782
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 685	1 526	635	1 739	1 521	1 668	995
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	866	778	221	923	796	846	451
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	83	85	90	106	80	93	90	108	90

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	403	446	381	441	433	493	480
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	115	132	112	143	126	143	143
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	94	106	116	107	111	122	131	141
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	182	198	162	187	184	219	197
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	94	102	59	99	99	117	91

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
Betriebe ⁵	Anzahl	358	362	362	362	361	355	354	352	352
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 063	13 268	13 228	13 443	13 326	13 199	13 367	13 745	13 629
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 316	4 449	4 474	4 257	4 446	4 567	4 523
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	90	94	95	93	101	92	97	99	107
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	328	348	439	274	364	387	477

Handel⁷**Großhandel^{p, 8}**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2005=100	118,3	118,3	119,9	119,5	119,2	122,1	122,5	121,5	121,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	122,7	122,4	123,5	123,2	127,8	128,6	126,9	126,0
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	105,9	113,6	122,1	121,1	114,1	140,3	127,3	126,9	120,3
* Umsatz real ⁹	2005=100	100,7	103,0	109,9	109,1	101,3	122,4	112,1	112,2	106,5

Einzelhandel^{p, 10}

* Beschäftigte	2005=100	106,3	105,8	107,4	107,6	107,7	108,2	108,8	109,2	109,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	107,4	109,1	109,8	110,0	110,1	110,7	111,5	111,7
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	109,3	110,8	114,8	114,6	130,2	113,4	118,3	117,3	131,9
* Umsatz real ⁹	2005=100	106,5	106,9	110,7	110,5	125,8	107,6	112,1	111,2	126,2

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1,2}**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2005=100	105,7	105,5	107,2	107,3	107,3	109,7	110,1	109,9	110,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	127,6	129,2	129,9	130,1	133,4	132,3	131,6	132,3
* Umsatz nominal ³	2005=100	94,0	92,2	105,8	99,6	93,1	102,9	110,7	105,0	95,1
* Umsatz real ³	2005=100	89,7	87,6	100,0	94,1	88,2	95,7	102,2	97,5	88,7

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2005=100	103,8	105,8	108,9	105,0	103,3	114,5	112,6	108,4	107,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,9	116,1	113,8	112,2	123,8	121,9	118,4	117,6
* Umsatz nominal ³	2005=100	98,8	101,6	117,4	93,0	97,8	126,1	123,5	95,5	103,6
* Umsatz real ³	2005=100	92,7	92,6	106,4	84,7	89,0	112,0	109,6	85,4	92,7

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	620	640	839	503	399	973	855	515	409
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	171	106	97	205	170	105	96
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	2 220	1 220	1 042	2 469	2 264	1 240	1 061
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	463	270	253	572	465	256	242

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 950	1 886	2 172	1 938	2 050	2 229	2 203	2 081	1 898
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 229	1 525	1 274	1 279	1 609	1 613	1 400	1 232
* Getötete Personen	Anzahl	19	17	26	24	21	16	20	21	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	11	8	9	9	15	8	9	9	13
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	5	10	8	3	4	6	6	3
Radfahrer	Anzahl	1	1	4	2	-	1	2	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	-	3	2	2	1	5	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 599	1 983	1 681	1 710	2 099	2 092	1 838	1 570

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	390	297	290	372	372	348	260
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	170	137	163	140	154	174	132
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	79	73	103	78	35	119	111	79	48
Radfahrer	Anzahl	48	43	57	43	29	76	65	44	38
Fußgänger	Anzahl	32	31	45	27	43	26	24	36	34

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	11 769	11 929	11 468	13 044	12 038	12 469	11 088
darunter										
Krafträder	Anzahl	693	609	290	145	99	493	285	166	75
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	14 675	10 154	10 141	10 496	9 934	11 076	10 282	10 730	9 395
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	964	973	1 017	1 011	1 017	1 104	1 123
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	305	231	335	391	396	380	388

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	54 306	46 268	55 011	58 167	55 244	49 859	...
Personenkilometer ³	Mill.	574	530	535	455	589	543	534	478	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gütereingang	1 000 t	985	1 153	1 220	1 223	1 268	1 199	1 132	1 156	889
* Güterversand	1 000 t	834	930	969	975	984	868	827	780	598

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	3 369	3 578	3 597	3 626	3 749	4 048	3 635	3 688
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	282	284	317	305	304	312	294	298
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	3 052	3 256	3 242	3 283	3 380	3 653	3 255	3 249

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2009	2010			2011					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	23	26	25	22	19	23	22	21
* Halbwaren	Mill. EUR	111	152	174	160	171	180	178	152	146
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	2 877	3 055	3 057	3 090	3 181	3 452	3 081	3 082
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	912	943	914	903	892	1 008	909	839
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	1 965	2 112	2 143	2 187	2 289	2 444	2 172	2 243
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 002	2 328	2 490	2 592	2 560	2 579	2 842	2 576	2 600
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	1 766	2 023	2 145	2 241	2 215	2 165	2 416	2 193	2 223
Belgien	Mill. EUR	145	172	183	179	172	196	198	183	179
Luxemburg	Mill. EUR	44	52	54	53	51	55	64	59	61
Dänemark	Mill. EUR	33	34	40	37	35	39	45	38	35
Finnland	Mill. EUR	22	25	26	28	23	34	30	29	29
Frankreich	Mill. EUR	321	370	370	394	390	397	448	399	416
Griechenland	Mill. EUR	32	30	31	31	33	24	36	32	27
Großbritannien	Mill. EUR	184	201	225	237	239	224	244	223	242
Irland	Mill. EUR	8	9	8	9	12	10	7	9	9
Italien	Mill. EUR	211	247	252	270	281	199	268	250	229
Niederlande	Mill. EUR	185	205	206	237	219	212	228	204	189
Österreich	Mill. EUR	126	136	154	141	139	153	155	143	156
Schweden	Mill. EUR	41	58	68	71	62	67	69	67	64
Spanien	Mill. EUR	157	171	172	178	189	174	195	187	199
Portugal	Mill. EUR	18	20	22	24	22	21	26	22	21
* Afrika	Mill. EUR	76	82	102	83	83	94	93	95	90
* Amerika	Mill. EUR	406	452	446	418	389	480	521	443	426
darunter nach USA	Mill. EUR	296	289	253	258	233	290	326	272	275
* Asien	Mill. EUR	373	474	506	472	562	550	539	487	526
darunter nach China	Mill. EUR	85	118	126	115	170	144	129	104	125
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	31	33	32	31	48	52	33	46

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	2 257	2 395	2 307	2 471	2 625	2 720	2 652	2 651
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	216	193	223	240	222	209	229	250
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	1 969	2 123	2 006	2 142	2 281	2 349	2 256	2 175
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	91	94	53	111	50	185	102	141
* Halbwaren	Mill. EUR	184	293	301	273	320	341	314	337	259
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	1 585	1 728	1 681	1 711	1 890	1 850	1 817	1 775

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2009	2010			2011					
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	472	492	485	490	548	505	481	483
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	1 113	1 237	1 196	1 221	1 342	1 345	1 335	1 292
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 317	1 657	1 705	1 704	1 787	1 808	1 992	1 917	1 933
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 118	1 398	1 433	1 493	1 497	1 568	1 618	1 629	1 591
Belgien	Mill. EUR	180	240	261	241	268	296	276	262	262
Luxemburg	Mill. EUR	34	36	35	42	37	49	48	43	48
Dänemark	Mill. EUR	25	24	35	26	16	18	13	16	15
Finnland	Mill. EUR	9	11	8	10	11	14	12	10	10
Frankreich	Mill. EUR	192	225	226	208	238	231	246	254	235
Griechenland	Mill. EUR	7	8	7	7	8	8	8	7	7
Großbritannien	Mill. EUR	63	74	71	79	80	82	89	82	75
Irland	Mill. EUR	7	11	10	9	11	9	14	11	17
Italien	Mill. EUR	110	134	125	147	140	147	152	158	150
Niederlande	Mill. EUR	162	228	227	269	256	261	278	302	261
Österreich	Mill. EUR	59	81	94	99	90	81	92	86	100
Schweden	Mill. EUR	27	27	26	33	21	24	25	30	30
Spanien	Mill. EUR	67	82	77	74	86	77	97	106	109
Portugal	Mill. EUR	12	14	14	13	14	14	15	17	19
* Afrika	Mill. EUR	29	39	30	31	45	72	49	36	52
* Amerika	Mill. EUR	219	229	269	229	251	258	238	250	264
darunter aus USA	Mill. EUR	145	149	195	151	164	176	161	178	167
* Asien	Mill. EUR	239	327	385	339	384	481	435	444	398
darunter aus China	Mill. EUR	110	150	179	156	168	190	155	180	144
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	6	4	4	6	6	5	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2009	2010			2011					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 198	3 145	2 615	3 491	3 118	3 066	2 845
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	447	467	420	565	530	576	551
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 207	2 166	1 664	2 379	2 118	1 980	1 736
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	2 764	3 122	3 615	3 620	2 710	3 311	4 340
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	366	432	526	427	373	461	634
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	1 887	2 137	2 544	2 644	1 870	2 302	3 119

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	627	670	664	631	665	604	560	597	...
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	114	108	106	107	101	96	...
* Verbraucher	Anzahl	374	420	408	400	453	369	341	398	...
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	121	114	98	116	94	88	...
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	23	21	21	9	8	12	24	15	...
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	86	82	71	81	153	61	...

Handwerk²

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
* Beschäftigte ³	2007=100 ⁴	96,0	98,5	97,7	100,7	98,6	98,0	98,4	100,7	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2007=100 ⁶	101,1	97,7	98,7	101,5	113,7	84,6	104,4	107,8	...

Preise

	Einheit	2009	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	108,7	108,5	109,0	110,4	111,2	110,9	111,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,9	105,0	105,2	106,2	106,3	106,5	106,5

Verdienste⁷

	Einheit	2010	2011	2010			2011			
		Durchschnitt		II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 506	...	3 231	3 238	3 256	3 241	3 283	3 285	...
* Frauen	EUR	3 016	...	2 804	2 811	2 819	2 816	2 835	2 838	...
* Männer	EUR	3 699	...	3 399	3 405	3 428	3 411	3 461	3 463	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 079	...	5 484	5 486	5 546	5 452	5 543	5 558	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 971	...	3 678	3 691	3 714	3 700	3 762	3 769	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 057	...	2 818	2 835	2 845	2 832	2 881	2 890	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 502	...	2 331	2 361	2 360	2 358	2 398	2 408	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 867	...	1 783	1 779	1 813	1 809	1 829	1 836	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2010	2011	2010			2011			
		Durchschnitt		II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 689	...	3 315	3 343	3 359	3 353	3 430	3 435	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 425	...	3 097	3 122	3 214	3 220	3 230	3 306	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 777	...	3 372	3 400	3 421	3 424	3 492	3 491	...
* Energieversorgung	EUR	5 134	...	4 389	4 372	4 404	4 372	4 389	4 487	...
* Wasserversorgung ²	EUR	2 912	...	2 754	2 753	2 689	2 751	2 772	2 803	...
* Baugewerbe	EUR	3 001	...	2 858	2 920	2 881	2 815	2 961	2 987	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 377	...	3 171	3 163	3 183	3 160	3 177	3 177	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 386	...	3 095	3 092	3 122	2 945	2 968	2 984	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 835	...	2 627	2 620	2 646	2 643	2 678	2 679	...
* Gastgewerbe	EUR	2 044	...	1 977	1 974	1 987	2 004	2 009	2 002	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 686	...	4 169	4 253	4 289	4 197	4 380	4 314	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 528)	...	3 905	3 897	3 913	3 936	3 962	3 971	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 768	...	3 411	3 535	3 585	3 474	3 491	3 600	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 903	...	3 575	3 555	3 596	3 603	3 658	3 652	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(1 902)	...	1 836	1 801	1 856	1 866	1 868	1 864	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 260	...	3 158	3 171	3 174	3 188	3 194	3 204	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 991	...	3 926	3 925	3 926	3 887	3 904	3 919	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 480	...	3 259	3 268	3 285	3 287	3 324	3 369	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 371)	...	(3 257)	3 118	3 155	3 173	3 167	3 205	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 802	...	2 662	2 647	2 650	2 668	2 657	2 640	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 943	116 827	116 351	117 189	117 256	116 241	117 085	118 290	117 670
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	11 791	12 434	12 355	12 814	12 690	12 507	12 777	12 221	11 737

¹ Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 679	13 693	13 673	13 792	14 007	14 092	14 368	15 191	14 919
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	89 473	90 701	90 323	90 583	90 559	89 642	89 940	90 878	91 014
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	103 636	106 680	106 220	107 461	107 548	106 664	107 629	107 811	107 259
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	95 570	97 386	97 402	97 717	97 495	96 721	97 134	97 515	97 203
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	8 066	9 294	8 818	9 744	10 053	9 943	10 495	10 296	10 056
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 307	10 147	10 131	9 728	9 708	9 577	9 456	10 479	10 411

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	103 669	109 118	108 110	110 517	110 845	110 049	111 255	111 545	112 585
Sichteinlagen	Mill. EUR	34 674	41 764	40 771	43 811	43 584	43 233	43 891	43 853	44 412
Termineinlagen	Mill. EUR	34 510	31 010	31 191	30 462	30 389	29 690	30 015	30 419	30 667
Sparbriefe	Mill. EUR	8 091	7 040	6 999	6 909	7 098	7 252	7 628	7 825	7 981
Spareinlagen	Mill. EUR	26 394	29 304	29 149	29 335	29 774	29 874	29 721	29 448	29 525
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	101 502	106 608	105 579	108 007	108 404	107 672	108 995	109 181	110 083
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	99 326	104 341	103 462	105 680	105 624	105 248	106 430	107 057	107 012
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 176	2 267	2 117	2 327	2 780	2 424	2 565	2 124	3 071
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 167	2 510	2 531	2 510	2 441	2 377	2 260	2 364	2 502

Steuern

Einheit	2009	2010		2011				2012
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 755	3 103	3 372	4 110	2 898	3 106	3 416	4 164	2 768
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	913	923	913	1 596	720	532	885	1 709	617
Lohnsteuer	Mill. EUR	667	647	854	797	612	506	887	848	550
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	139	133	379	-	-	-	391	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	96	119	- 11	445	- 24	- 21	- 8	557	38
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	61	63	15	43	27	18	22	53	37

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2009	2010		2011				2012
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	43	34	42	15	85	12	42	11	80
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	15	25	-	-	0	26	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	46	60	12	296	21	17	- 57	240	- 89
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 3	- 2	18	-	-	-	- 49	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 841	2 180	2 459	2 514	2 178	2 575	2 531	2 456	2 151
Umsatzsteuer	Mill. EUR	456	443	516	479	393	467	534	458	434
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 385	1 737	1 943	2 036	1 784	2 108	1 997	1 997	1 716

Zölle

Mill. EUR	145	181	193	197	177	228	201	193	173
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern¹

Mill. EUR	96	114	91	177	97	94	86	181	96
-----------	----	-----	----	-----	----	----	----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	34	61	9	35	29	62	14
Kraftfahrzeugsteuer ²	Mill. EUR	17	38	34	32	55	34	32	31	53
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	40	23	84	33	26	25	89	28

Landessteuern

Mill. EUR	70	45	52	55	49	52	57	- 57	52	
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	1	0	0	- 0	- 0	0	0	-
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	16	12	16	15	13	13	23	- 94	13
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	17	23	21	19	23	20	22	21
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	10	12	14	12	10	12	13
Feuerschutzsteuer ¹	Mill. EUR	1	1	-	3	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	3	3	2	3	3

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.

Gemeindesteuern

Mill. EUR	429	490	543	449	556	501	541	528	595	
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	107	111	116	129	101	105	115	135	107
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	309	366	412	304	444	383	411	376	476
sonstige Gemeindesteuern ³	Mill. EUR	9	9	10	10	7	8	9	10	9

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – ³ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
Mill. EUR	690	762	826	686	1 035	557	798	819	1 121
Gewerbesteuer (netto) ¹	255	299	357	222	332	352	336	298	352
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	283	298	297	284	525	77	300	329	576
Anteil an der Umsatzsteuer	32	39	41	35	66	12	33	41	75

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2009	2010		2011				2012	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Mill. EUR	695	698	731	998	646	602	732	911	614
Landessteuern	70	45	52	55	49	52	57	- 57	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	333	335	327	582	301	171	315	629	257
Lohnsteuer	225	213	303	223	260	158	321	245	234
veranlagte Einkommensteuer	41	50	- 5	189	- 10	- 9	- 4	237	16
Kapitalertragsteuer	25	26	4	15	3	8	8	22	15
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	19	15	19	7	37	5	18	5	35
Körperschaftsteuer	23	30	6	148	11	9	- 29	120	- 44
Anteil an den Steuern vom Umsatz	278	301	346	319	286	326	356	287	298
Umsatzsteuer	216	221	250	231	192	227	261	188	209
Einfuhrumsatzsteuer	62	80	96	88	94	99	95	100	89
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	1	11	3	14	1	14	2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	1	2	1	5	1	6	0	6	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	8	9	3	22	6	27	2	27	4
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	1	4	1	6	0	6	1
Steuereinnahmen des Bundes	1 448	1 643	1 741	2 183	1 542	1 771	1 773	2 222	1 475
Bundessteuern	96	114	91	177	97	94	86	181	96
Anteil an den Steuern vom Einkommen	396	401	390	703	310	228	373	748	259
Anteil an den Steuern vom Umsatz	952	1 124	1 259	1 292	1 136	1 435	1 313	1 279	1 118
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	1	11	- 1	14	1	14	2

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2012

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 3. Vierteljahr 2011
Kennziffer: A1013 201143

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2010
(endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupt-
erhebung)

Kennziffer: C1033 201001

Bestockte Rebflächen 2011

Kennziffer: C1073 201100

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe 2010
(endgültiges Ergebnis der Landwirtschaftszählung
am 1. März)

Kennziffer: C3033 201001

Rinderbestände und Rinderhaltungen
im November 2011

Kennziffer: C3073 201122

Schweinebestände und Schweinehaltungen
am 3. November 2011

Kennziffer: C3083 201112

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2011

Kennziffer: D1013 201100

Gewerbeanzeigen im Dezember 2011

Kennziffer: D1023 201112

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden im Dezember 2011 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und
mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201112

Bauhauptgewerbe im Dezember 2011 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201112

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im November 2011

Kennziffer: E4023 201111

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Dezember 2011

Kennziffer: F2033 201112

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus und Einfuhr im November 2011

Kennziffer: G3023 201111

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2011

Kennziffer: H1023 201112

Binnenschifffahrt im November 2011

Kennziffer: H2023 201111

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in
Deutschland im Januar 2012

Kennziffer: M1013 201201

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2012

Kennziffer: Z2201 201202

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Arbeitsmärkte im Wandel

Kennziffer: A6345 201201

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Simone Emmerichs und Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.